Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 | Nr. 25 Jahrgang 3 | Oktober '86 ! | 3.00 DM

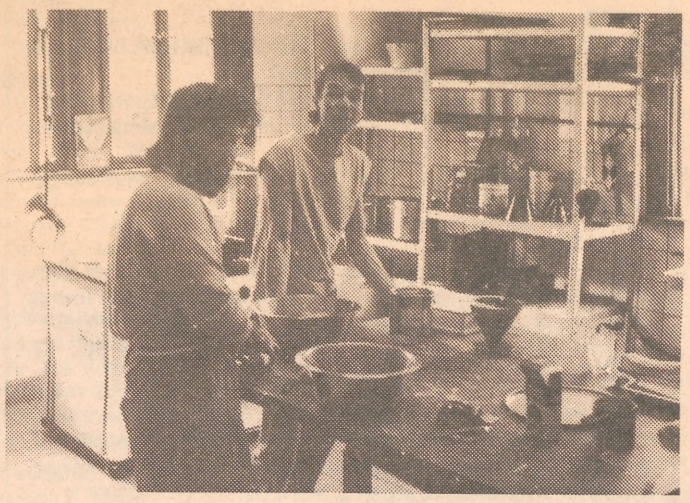
Geschichte der Selbstverwaltung im linken Buchhandel

Red. Heidelberg *20 Jahre linke Buchhandelsprojekte. Im 2. Teil unseres Beitrages über die Geschichte der Selbstverwaltung im linken Buchhandel geht Elmar Sing näher auf den 1970 gegründeten Verband des linken Buchhandels (VLB) ein und versucht einzuschätzen, wie sich der Strukturwandel im linken Buchhandel vollzogen hat* **auf den Seiten 4 und 5**

Kultur als Standortfaktor

Umorientierung in der Kulturpolitik? Dem „Alstervergnügen" in Hamburg standen einst für dieses Fest 175.000 DM zur Verfügung, 1985 wurde dieser Betrag gestrichen und die Organisation eines vergleichbaren Festivals dem Hamburger Schaustellerverband übertragen. Und was die Hamburger 1985 an Kultur zu sehen bekamen, waren Spielmannszüge und Schlagersternchen.

Vergleichbares Ende Mai '86 bei einem (Kommerz-) *Stadtfest in Bremen: Bratwurstbuden und „unterhaltende" Kunst. Ein Beitrag aus der Bremer Literaturzeitung „skript"* **auf Seite 14**



Zivildienstleistende in der Tagungshausküche

2 Jahre lang gibt's jetzt CONTRASTE die einzige Zeitung für Selbstverwaltung

...und immer noch viel zu wenig Abonnenten!

Moloch Gesundheitsapparat

Red. Heidelberg Das bundesdeutsche Gesundheitssystem hat in erster Linie gesellschaftsstabilisierende Aufgaben. Die destruktiven Wirkungen von entfremdeten Arbeitsstrukturen sollen kompensiert werden, ohne dabei das kapitalistische System selber anzugreifen. Gleichzeitig sollen durch staatliche Gesundheitspolitik aktiv die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse hergestellt werden...

Ein Aufruf zur Mitwirkung an der Vorbereitung zum Gesundheitstag '87 in Kassel **auf Seite 13**

Vom Tagungshaus zur Bildungsstätte

Red. Heidelberg Standesdünkel bei den Tagungshaustreffen? Materielle Rahmenbedingungen wurden kaum dikutiert, man ist eben nicht einfach ein Betrieb, nein man kümmert sich um politische, oder politisch sinnvolle Bildungsziele. In Hessen haben in den letzten 5 Jahren die Hälfte der sich einstmals treffenden Häuser dichtgemacht Wird so dieses Defizit manifest? So ein Diskussionsbeitrag von Rolf Klatta zu unserem Schwerpunktthema Tagungshäuser und Bildungsarbeit auf Seite 6.

Weitere Beiträge zur Entwicklung der selbstorganisierten Bildungsstätten, eine Vorstellung der Tagungshäuser in Nordrhein-Westfalen, die Vorstellung des soeben erschienen bundesweiten Verzeichnisses der Tagungshäuser und ein Bericht über die Entstehungsgeschichte des Johanneshofes in Schleswig-Holstein runden den 1. Teil unseres Schwerpunktes ab.

auf den Seiten 6/7

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In dieser Ausgabe:

Eine gute Idee wird See

Eine ungewöhnliche Idee: auf ihrem Sommerseminar Ende August erbauten selbstverwaltete Gartenbaubetriebe eine Wurzelraumkläranlage. Was das ist? Die Erklärung und ein Bericht der von dieser Seminarform begeisterten Gärtner/innen
auf Seite 2

Gemeinsam und selbstbestimmt

Eine Ausstellung über die vielfältigen Formen gegenwärtiger genossenschaftlicher Selbsthilfe, die Ende August auf einer kleinen Projektmesse am Rande des SPD-Parteitages gezeigt wurde, kann nun auf Reisen gehen...
Näheres auf Seite 2

Mit dem Umbau beginnen!

Schon in früheren CONTRASTE-Ausgaben wurde als Ergänzung zum Umbauprogramm der Grünen ein sogenannter „Initiativ-Ansatz" angeregt. Zur Entwicklung dieses Ansatzes ein. Beitrag unserer Berliner Redaktion
auf Seite 11

Im Inneren des Wales

SPD-Parteitag in Nürnberg, Ende August. Zu der kleinen Projektmesse unter dem Motto „Gemeinsam und Selbstbestimmt" am Rande des Parteitages hatte der SPD-Parteivorstand auch verschiedene Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe eingeladen.
Ein Bericht auf Seite 12

Red. Heidelberg *Die* **BUNTEN SEITEN,** *der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, soll im November '86 wieder erscheinen.*

Dieses ist aber noch keinesfalls gesichert. *Wir können nur in die Produktion gehen, wenn sich noch mehr Projekte und Betriebe entschliessen, Anzeigen zu schalten, damit CONTRASTE, die Zeitung für Selbstverwaltung, die durch die beteiligten Betriebe und Projekte auch nach 2-jährigen Bestehen leider immer noch subventioniert werden muß, nicht einen noch größeren Schuldenberg aufbauen muß.*

Preisbeispiel. Anzeige 1-spaltig, 43 mm breit und 30 mm hoch, kostet 30 DM netto. D. h. der Preis beträgt pro mm 1 Mark. Bei einer 2-spaltigen Anzeige, 90 mm breit und 50 mm hoch müßtet Ihr 100 Mark berappen. Alles klar?

Falls nicht, ruft uns an oder schreibt uns bis **spätestens 13. Oktober 1986 (der Redaktionsschluß war schon am 15. September 1986!)**

Zeitsprung-Verlag,
Gaisbergstr. 97 (HH),
6900 Heidelberg 1
Tel (06221) 1 34 02.

Zur Nachahmung wärmstens empfohlen:

Eine gute Idee wird See

Seminar selbstverwalteter Gartenbaubetriebe baut Wurzelraumkläranlage

Red. Heidelberg **Auf ihrem zweiten bundesweiten Treffen erprobten selbstverwaltete Gartenbaubetriebe eine viel zu seltene Seminarform. Vom Mittwoch 27. bis Sonntag 31.8.86 bauten 40 Gärtner/innen in Berkamen (nordöstlich von Dortmund) eine Wurzelraumkläranlage auf dem Gelände der „WIR Produktionsgemeinschaft für Garten- und Landschaftsbau, Landwirtschaft, Dienstleistung und Handwerk eG".**

Austausch, Referat und Gespräche begleiteten die Arbeit im Matsch. Inzwischen fließen die klaren Wasser in den ebenfalls neuangelegten See.

Gärtner/innen bei der Arbeit... *Foto: BaseG*

Mittwoch abend
Wir verlassen nach langer Fahrt die Schnellstraße an einer unscheinbaren Abzweigung. Hunderte Kilometer Beton und Asphalt hinter uns sind plötzlich vergessen. Eine schmale, lauschige Allee führt geradewegs in den großen Innenhof des altdeutschen Gutshofs. Hier sind WIR also. Im Hofraum stehen ein paar Gärtnerautos, einige noch nicht ganz verdunstete Pfützen und die Frage Was, bitte, ist um alles in der Welt eine Wurzelraumkläranlage?

Die Idee ist so einfach wie alle genialen Überlegungen: Gärtner/innen, also Praktiker/innen wollen Erfahrungen austauschen. Politikerinnen und Philosophen mögen Klausurtagungen und Grundsatzseminare abhalten. Wir suchten ein interessantes Projekt, fachliche Infos dazu und die Möglichkeit, die Sache gleich auszuführen.

Und fanden schließlich die Möglichkeit, bei den WIR – Leuten, die selbst auch Gartenbaubetrieb sind, diese Kläranlage zu erstellen, die sie ohnehin dringend brauchen.

Donnerstag morgen:
Das Frühstück findet in der Scheune statt. Durch das offene große Scheunentor scheint die Sonne auf die (noch) weiße Papiertischdecke der Frühstückstafel. Die herbstliche Kühle und Härte der Nacht im Zelt und auf dem Holzboden der alten Mühlräume lösen sich in Kaffee, Tee und Wohlgefallen auf. Daß der angekündigte Regen sich noch geduldet, tut der ausgesprochen schönen Atmossphäre sichtlich gut.

Schwer zu beschreiben die Atmossphäre dieses Seminars. Was heißt schön? Mal mit einer großen Gruppe von Leuten zusammen zu sein, die das ganze Jahr mit ähnlichem Zeug zu tun haben wie ich, denen ich den Spaß und die Knochenarbeit, die Finanzprobleme und die komischen Kunden nicht lange erklären muß.

Mal eine Baustelle, bei der ich nicht für ein Festpreisangebot, Termine und fachgerechte Ausführung vor den Augen der Kunden verantwortlich bin, sondern mitarbeite und zuschaue, frage, lerne und Erfahrungen austausche.

Mal ein Tagungsort zwischen altem Landadel und knappen sanitären Möglichkeiten, mit Familienanschluß und Seminarraum in der Scheune.

Die Vorbereitung eines solchen Seminars ist allerdings relativ aufwendig: Zu den üblichen Tagungsvorbereitungen wie Ausschreibung und Anmeldungen, Tagesordnung und Unterkunft/Verpflegung, Finanzierung und Zuschüsse, Tagungsraum und Referenten kommt noch der ganze praktische Bereich: Anlagenplanung, Bereitstellen von Material, Werkzeug und know how sowie eine grobe Arbeitsplanung für die Seminarteilnehmer.

Donnerstag
Chinesische Zustände. Auf einer Baustelle von knapp 50 mal 50 Metern stelle man sich 40 Menschen vor, Schaufeln, Spaten und Schubkarre schwingend. Ein göttliches Bild und eine neue Erfahrung zu dem elementaren Problem: Wie fühlt sich eine Ameise in ihrem Haufen.

Die WIRler hatten schon 180 Kubikmeter Material ausheben und abtransportieren lassen. Wir ziehen die Verbindungsgräben und bringen das Wurzelraumbecken und den Teich auf die endgültige Tiefe.

Alles das läuft wie am Schnürchen und fast von selbst. Kommandos wie „Ihr macht jetzt mal ..." scheinen selbstverwalteten Gärtner/innen fremd. Jede/r ist im wesentlichen informiert was zu tun ist oder fragt halt nach und macht dann was nötig ist. Wir müssen uns selbst erst bewußt machen, daß dies durchaus nicht selbstverständlich ist.

Wurzelraumkläranlage, die: Ein biologisches Klärverfahren für normale Abwässer von bis zu ein paar tausend Einwohnern, das ausgesprochen günstige Klärwerte ergibt. Das Verfahren ist erprobt, im wesentlichen erforscht und wartet auf Erfahrungen im Einsatz größeren Stils. Über Details streiten Experten (natürlich) noch, es gibt jedoch schon eine breite behördliche Anerkennung. Wir bauten das System mit einem Planungsbüro nach Prof. Dr. Kickut.

Man nehme also die Abwässer von hier 20 Personen und lasse das Dicke sich setzen (hier 9 Kubikmeter Absetzgrube). Das verbleibende Süppchen leite man in den abgedichteten Wurzelbereich einer Schilfpflanzung. Die dort lebenden Bakterien bauen da die Schadstoffe um bzw. lagern sie an. Nach einer bestimmten Verweildauer fließt das Wasser am anderen Ende des Pflanzenbekkens gereinigt wieder heraus. Die Zusammensetzung des Pflanzsubstrats sowie die Dimensionierung der Anlage und diverse andere Details bleiben (tunlichst) authorisierten Planungsbüros überlassen. Die Größe der Pflanzanlage liegt zwischen 3 und 6 qm je Einwohner(gleichwert), der durchwurzelte Bereich ist ca. 60 cm tief. Der Winterbetrieb ist durch die Prozeßwärme, die Vorlaufwärme der eingeleiteten Abwässer und die Abdeckung durch das liegengebliebene Schilf u.a. zu ca 90 % gewährleistet. Die Dimensionierung nimmt darauf Rücksicht.

In unserem Fall wurde noch ein (Schönungs)teich hintergeschaltet, der aber nicht nötig wäre und hier der Vereinfachung der Genehmigung und der Wasserpflanzenverschulung dient.

Zum gesamten Themenbereich gibt es natürlich ausführliche Literatur.

Samstag abend:
Die Folien und Rohre sind verschweißt und eingebaut, Kies und Erde liegen friedlich in dem Wurzelraumbecken und die Schilfpflanzen sind sogar schon angegossen. Die Anlage ist soweit fertig.

Wir auch. Nach dem Info-Referat am Freitag vormittag wurden wir bei der Arbeit immer wieder nass. Und hätten uns manchmal doch über einen Schaufellader gefreut. Nicht einmal das himmlische Volleyballspiel vom Donnerstagabend konnten wir fortsetzen. Vielleicht sollte das nächste Seminar im Süden ... . Alte Lehrmeistersprüche fallen uns ein: „ Es gibt kein schlechtes Wetter, nur unangemessene Kleidung." Oder unangemessenes Verhalten. Wie aber wär's mit Lagerfeuer und Glühwein. Oder Sauna. Oder warmer Stube und heißer Schwoofmusi?, alles dagewesen.

Na also, werden wir Gärtner/innen doch noch mit „jedem Scheiß" fertig.

Thomas Müller

Eine neue Ausstellung über neue Genossenschaften und selbstverwaltete Projekte

»Gemeinsam und selbstbestimmt«

Red. Ffm Um die historischen Leistungen der Genossenschaftsbewegung zu dokumentieren, erstellte die „Ausstellungsgruppe Genossenschaften" 1983 die Wanderausstellung „ANDERS LEBEN" – Genossenschaftliche Selbsthilfe als politische Kultur". In der inzwischen dreijährigen Betreuung der Ausstellung entwickelte sich der Gedanke, die vielfältigen Formen gegenwärtiger genossenschaftlicher Selbsthilfe ebenfalls in einer eigenen Ausstellung darzustellen. Dies ist jetzt gelungen: Vor einigen Wochen wurde in Nürnberg erstmals die Ausstellung „GEMEINSAM UND SELBSTBESTIMMT – auf den Weg zu neuen Wirtschaftsformen" eröffnet.

Das Thema Selbsthilfeökonomie hat Konjuktur. Sowohl SPD wie GRÜNE haben sich seiner angenommen, in der SPD wurde ein „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" gegründet. Selbst das Bundesfamilienministerium stellte einen Netzwerkveteranen ein.

Die IG-Metall setzt sich in einer Stellungnahme mit der Übernahme konkursbedrohter Betriebe durch die Belegschaften auseinander, auch bei der IG-Bau, Steine, Erde liegt ein Antrag zur Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens vor. Seitdem klar ist, daß selbstorganisierte Projekte auch einen Beschäftigungseffekt erzielen, wird mit Politikern und Behörden heftig über Fördermöglichkeiten diskutiert. Dennoch bleiben die Diskussionen über die Zukunft der alternativen Ökonomie auf einen kleinen Kreis beschränkt, herrschen Berührungsängste und Abgrenzungen vor. Welche Blüten das treiben kann, zeigte der Bericht über das Gespräch zwischen Ökobank-Vorgenossenschaft und dem Verband der Volks- und Raiffeisenkassen in der letzten CONTRASTE-Ausgabe.

Hier Vorurteile abzubauen und zur Diskussion über weitere Entwicklungsperspektiven anzuregen, soll Ziel der Ausstellung „GEMEINSAM UND SELBSTBESTIMMT" sein. Ziel der Ausstellung soll es auch sein, die Vielfalt neuer genossenschaftlicher Ansätze aufzuzeigen.

In den Themenblöcken „Selbstbestimmt arbeiten", „Berufsausbildung mit Perspektive", „Wandel im Handel" und „Selbstbestimmt wohnen" werden in der Ausstellung die vielfältigen Erscheinungsformen der neuen genossenschaftlichen Selbsthilfeprojekte dargestellt.

In Deutschland stehen Produktivgenossenschaften und Erwerbsprojekte im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. So naheliegend dies angesichts einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist, verdeckt es doch gleichzeitig den Blick auf eine Vielfalt von neuen Selbstverwaltungsansätzen in anderen Wirtschaftssektoren. Während die konservative Wohnungspolitik über die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit diskutiert, erlebt die Idee der Wohnungsgenossenschaften eine Renaissance, in der Berufsausbildung wächst die Zahl selbstorganisierter Initiativen und die Versorgung mit ge sunden Lebensmitteln wurde von Erzeugern und Verbrauchern gemeinschaftlich organisiert, lange bevor der Handel auf dieses Bedürfnis reagierte. Auch in konventionellen Betrieben, denen der Konkurs droht, sind viele Belegschaften nicht mehr bereit, die Schließung kampflos hinzunehemen. Nicht nur die Zahl der Betriebsbesetzungen hat zugenommen, auch die Versuche, das Unternehmen in eigener Regie weiterzuführen.

Die neuen Genossenschaften und selbstverwalteten Betriebe haben sehr schnell eine eigene Infrastruktur hervorgebracht. Entsprechend geht die Ausstellung auch auf die unterschiedlichen Formen von Vernetzung ein, auf Beratungsprobleme und die Versuche, durch neue Finanzierungsformen besser überleben zu können.

Ein gesonderter Teil „Theorie und Praxis" stellt die Prinzipien und Orientierungen der Selbstverwaltungsökonomie dar, aber auch die Probleme, die sich im Alltag bei der Realisierung dieser Ansprüche ergeben. Nicht die Gewinnmaximierung ist vorrangig, sondern der gesellschaftliche Nutzen und die ökologische Verträglichkeit der Produkte, die Abschaffung entfremdeter Produktionsformen und die Verankerung demokratischer Entscheidungsstrukturen.

Hier stehen die neuen selbstverwalteten Projekte und Betriebe in der Tradition der historischen Genossenschaftsbewegung, für die ebenfalls die Kapitalneutralisierung, das Demokratieprinzip und das Identitätsprinzip programmatisch waren. Die Neutralisierung des Kapitals, der Produktionsmittel, Gebäude etc., soll garantieren, daß die Betroffenen selbst unabhängig von ihrem Kapitaleinsatz entscheiden können.

Eng damit verknüpft ist das Prinzip „Pro Kopf eine Stimme", um Hierarchien und institutionelle Machtstrukturen zu verhindern. Auch die Diskussion um eine gesellschaftlich sinnvolle und ökologisch vertretbare Produktion hatte ihren Vorläufer in der genossenschaftlichen Produktion für den organisierten Bedarf.

Mit ihren Orientierungen, die quer zu den gängigen Mechanismen der Marktwirtschaft stehen, ist die Selbstverwaltungsökonomie eingebettet in eine politische Kultur. Sie ist eben nicht nur eine Selbsthilfebewegung, sondern der praktische Versuch, anders zu wirtschaften. Diese Ansätze gilt es weiterzuentwickeln und zu verbreitern. In welche Richtung diese Entwicklung geht, hängt auch von der Unterstützung ab, die sie erfahren.

Die Ausstellung „GEMEINSAM UND SELBSTBESTIMMT" ist als Wanderausstellung konzipiert und kann beim Verein Genossenschaftlich Wohnen e.V. entliehen werden. Neben der Betreuung der Ausstellungen arbeitet der Verein an der Unterstützung und Beratung von genossenschaftlichen Selbsthilfeprojekten, vor allem im Wohnbereich. Eine Ausstellungszeitung (ein Katalog zur Ausstellung ist in Vorbereitung), Entleihbedingungen und Informationen über die Arbeit des Vereins können über folgende Adresse bezogen werden:

Genossenschaftlich Wohnen e.V., Jöllenbeckerstr. 123
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 88 95 54

Albert Schepers

Wir kündigen an:
Das Winterseminar der BaseG (Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe)
Vom 13.2. bis 15.2.87 im Waldschlößchen bei Göttingen
Themen: Austausch und Gespräche. AGs zu Versicherungen, Baumbiologie und -pflege, ...
Info und Anmeldung bei: Grüner Garten, Hamburger Str. 29a, 2800 Bremen 1

Wir suchen
noch ein geeignetes Projekt und Ort für unser nächstes Sommerseminar. Tagungshäuser, Projekte und wer auch immer wenden sich vertrauensvoll an:
Rehbein Garten- und Landschaftsbau, Wriezener Str. 43, 1000 Berlin 65

Wir haben
ein kleines Heftchen gemacht mit Selbstdarstellungen einiger selbstverwalteter Gartenbaubetriebe in cold Germoney. Gibt's für Interessierte gegen 5 Mark bei:
die bäumler, Thomas Müller, Bismarckstr. 24, 7440 Nürtingen. Neuaufnahmen in dieses Heft und auch dahin. Es gibt ein 'Formular'.

Wir glauben
daß es immer noch selbstverwaltete Gartenbaubetriebe gibt, die die schöne neue BaseG nicht kennt. Gilt auch für Einzelkämfer/innen mit Ambitionen:
BaseG Kontaktadresse:
Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe, c/o Grünland, Wassermühle, D-3507 Baunatal 7

Gärtner beim Zuschauen... *Foto: BaseG*

Arbeitslosenzentrum Hannover:

Kritische Bestandsaufnahme

Bericht 85/86 „Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt"

Red. Heidelberg **In einer Zeit, in der ein gewaltiger Umwälzungsprozeß der Industriegesellschaft abläuft, in dem viele Arbeitslose immer endgültiger ausgegrenzt werden und das Thema Arbeitslosigkeit verdrängt wird, geht es in dem Bericht 1985/86 des Arbeitslosen Zentrums Hannover um den Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme.**

Damit gibt das Arbeitslosen Zentrum Hannover eine umfangreiche Darstellung seiner Arbeit, der dabei aufgetretenen Konflikte und der praktizierten Lösungen.
Der Bericht erfaßt viele Aspekte der Arbeit des Zentrums:

- Fragen der Arbeitsorganisation
- Schwierigkeiten mit ABM-Stellen
- Verschärfung des „Arbeitsförderungsgesetzes" (AFG) und die Auswirkungen auf die Beratung
- Schuldnerberatung
- Gruppenarbeit
- Pressekontakte und -konflikte
- Einschätzung der „Arbeitslosenbewegung" (regional und überregional)
- Möglichkeiten und Grenzen von Projekten für Arbeitslose und anderes.

Diesen Bericht (160 Seiten) kann man nach Überweisung von DM 7.– an das Arbeitslosen Zentrum Hannover (Konto: 764 680 bei der Stadtsparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80) erhalten.

Kinderbriefe für den Frieden

Red. Heidelberg **226.000 Kinderbriefe an Reagan und Gorbatschow lagern in Umzugskartons in einer Wohnung in Berlin-Tempelhof. Noch in diesem Jahr sollen sie auf dem Gipfeltreffen in Washington den Adressaten öffentlich übergeben werden. Die Schirmherrschaft über die Briefe haben gemeinsam die Bürgermeister von Hiroshima und Hannover übernommen.**

Wie die Briefe zusammengekommen sind? Nun: nachdem sich unsere Bürgerinitiative Ende 1983 mit der simplen Absicht gegründet hatte, auch mal was für den Frieden zu tun, hatten wir die glorreiche Idee, einen möglichst langen Brief an die beiden Verhandlungsdelegationen in Genf zu schreiben (Mittelstreckenwaffen). Bei dem Brief schrieben mehr als 10.000 Leute mit, und er wurde 1350 Meter lang. Dabei beteiligten sich prozentual so viele Kinder, daß wir beschlossen, uns in einer nächsten Aktion ganz darauf zu konzentrieren, den Kindern bei den Mächtigen mehr Gehör zu verschaffen.

Wir richteten daher für die zwei mächtigsten Männer der Welt ein Postfach ein. Dazu verkündeten wir vor der Presse, daß alle Kinder, die den beiden etwas zur Rüstung mitteilen möchten, ihre Briefe dorthin schicken können. Unsere Empfehlung: Möglichst einen Brief an beide gemeinsam. Wir versprachen, alle Briefe zu sammeln und alles zu tun, um sie den Adressaten auf eine Weise zu überreichen, daß die ganze Welt von dem spricht, was die Kinder bei der ständigen Aufrüstung heute empfinden.

Inzwischen haben wir viele solche Presekonferenzen gegeben, und viele Medien im In- und Ausland haben uns geholfen, die Briefidee und die Nummer des Sammelpostfachs zu verbreiten. Hier ist sie.

Gorbatschow und Reagan
Postfach 60 20 47
2000 Hamburg 60

Bis zur Übergabe können noch alle Kinder mitschreiben.

Um unser Ziel zu erreichen, brauchen wir jetzt größere Unterstützung, durch aktive Mitarbeit und durch Spenden. Wir wollen internationale Wanderausstellungen der Briefe organisieren! Wir wollen Kopien der Briefe an Politiker in allen Atomstaaten verschicken! Wir müssen zu Vorbereitungsgesprächen nach Moskau und Washington fliegen!

Wenn Sie spenden möchten – hier ist unser Konto:
Peace Bird e.V.
Kto. 1606 123 800
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BLZ 100 101 11)
Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Wenn Sie aktiv mitarbeiten möchten, schreiben Sie an:
Peace Bird e.V.
Kaiserin-Augusta-Str. 62
1000 Berlin 42
Besonders brauchen wir Leute in Hamburg, Freiburg und Berlin!

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43
6000 Frankfurt/Main 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 59 04

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
[illegible]
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Peter Tejkl, Dieter Poschen (Heidelberg), Jochen Reinalda (Frankfurt), Michael Makowski (Berlin), Kurt Regenauer (Nürnberg), Elmar Sing (Konstanz), Jutta Gelbrich (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
Kerstin Schmidt
Krebsmühle
6370 Oberursel
Tel. (06171) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Kongress zur ♀ autonomen ♀ -Politik,

Das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation veranstaltet in Essen, Zeche Carl (a), Hömannstr. 10 vom 24. bis 26. Oktober 1986 einen bundesweiten Kongreß, der sich vor allem an die Frauen aus den autonomen Frauen-Projekten und Zusammenschlüssen wendet.

Wir wollen mit und auf diesem Kongreß eine politische Analyse und Auseinandersetzung einerseits darüber führen, welche Räume für Frauen mit den Projekten in den letzten 10 Jahren entstanden sind, welche Möglichkeiten, aber auch welche Schwierigkeiten für und in den Projekten bestehen.

Auf der anderen Seite möchten wir auf dem Hintergrund einer „feministischen Gesellschaftstheorie" weitergehende Strategien und Perspektiven entwickeln, d.h. im Hinblick auf eine Utopie von Frauenland diskutieren, welche wichtigen Kompetenzen uns heute noch fehlen (gewerbliche Projekte/Betriebe von Frauen bilden innerhalb des Spektrums der zahlreichen Frauen-Projekte z.B. nach wie vor die Ausnahme!). Wie können wir die Aneignung dieses notwendigen Wissens organisieren und in neue Projekte umsetzen?

Neben Referaten und AGs findet eine Informationsbörse zu Finanzierungsfragen und ein Kunsthandwerkerinnenmarkt statt.

Anmeldung: (bis 15.10.) und Programm bei der Koordinatorin Gisela Netzeband, Maybachstr. 1, 4800 Bielefeld.

Vormerken: Am 25. Oktober ab 20 Uhr große Frauenfete für alle Frauen, die mit uns feiern wollen. Eintritt 7 Mark, es spielt das Fantastische Damenensemble.

Tagung in Berlin am 1./2. November

Umweltentlastung durch Strukturwandel

Red. Heidelberg **Wirtschaftliche Modernisierung ist langfristig angelegter Umweltschutz und kann sich gleichzeitig wettbewerbs- und beschäftigungspolitisch vorteilhaft auswirken – diese These ist das Ergebnis einer von Professor Martin Jaenicke und Mitarbeitern des IIUG-Programms „Theorie und Methodik präventiver Umweltpolitik" an der FU-Berlin durchgeführten Studie.**

Grundlage der Studie sind Daten aus 31 Industrieländern über deren Wirtschaftsstruktur und Umweltqualität. Dabei wurde der Verbrauch von Primärenergie, Stahl, Zement sowie das Gewicht der auf Schiene und über Straße transportierten Güter mit dem Bruttosozialprodukt der betreffenden Länder und diese untereinander verglichen.

Hinsichtlich des Zusammenhangs von wirtschaftlichem Strukturwandel und Umweltentlastung teilen sich die untersuchten Länder in 3 typische Gruppen auf:

- Länder, in denen **keine Umweltentlastung** stattgefunden hat, weil kein nennenswerter wirtschaftlicher Strukturwandel erzielt worden ist. Dies trifft vor allem auf die **südeuropäischen Länder** zu, gilt aber auch in ähnlicher Weise für **Ostblock-Länder**, wo die Umweltbelastung infolge überalteter Produktionsprogramme – und -methoden seit 1970 beträchtlich zugenommen haben
- Länder, in denen trotz wirtschaftlichen Wandels eine Umweltentlastung vor allem deshalb nicht zum Tragen gekommen ist, weil gleichzeitiges rasches Wirtschaftswachstum die umweltpolitischen Effekte wieder eingeholt hat („**relative Entlastungseffekte**") – zu diesen Ländern gehören Österreich, Norwegen und **insbesondere Japan**
- Länder, in denen wirtschaftlicher Strukturwandel **tatsächliche Umweltentlastungen** herbeigeführt hat („**absolute Entlastungseffekte**") – dies sind vor allem **Schweden und Dänemark**

Schweden hatte noch vor 1970 die höchste Durchschnittsbelastung durch die 4 Faktoren Energie, Stahl, Zement und Transport. Der Verbrauch aller 4 Faktoren ging stark zurück, gleichzeitig stieg das Bruttosozialprodukt um 20 %. Zudem ist hier der relativ höchste Beschäftigungsstandard im Vergleich zu allen anderen untersuchten Ländern erreicht worden (bzw. gehalten) worden.

Ein dem schwedischen Beispiel ähnlich radikaler, jedoch ungesteuerter Strukturwandel hatte in **Großbritannien** Massenarbeitslosigkeit zur Folge.

Auch in der **Bundesrepublik Deutschland** ist in den Jahren 1973-83 eine absolute Umweltentlastung durch Strukturwandel zu verzeichnen. Allerdings kam es auch hier eher zu krisenhaften Wandlungsprozessen.

Die Verfasser der Studie plädieren für eine aktive Strukturpolitik des Staates. Dabei wird u.a. das Instrument einer stärkeren Besteuerung des Rohstoff- und Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Steuerentlastung der betrieblichen Personalkosten empfohlen...

Anmeldung und weitere Information zu dieser Tagung über:
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
Niebuhrstr. 61
1000 Berlin 12

5000 Mark für Nicaragua

Mit einer Spende von 5000 Mark machte das Cafe Mahlzahn möglich, was sich das Heidelberger Forum Nicaragua Solidarität vorgenommen hatte. Ziel des Heidelberger Forums war, in einer Kampagne „Nicargua muß überleben!" zur Unterstützung des nicaraguanischen Schulwesens, 20000 Mark an Spenden in Heidelberg zu sammeln. Für den größten Einzelbetrag in der Spendenaktion sorgte jetzt das Cafe. 2500 Kilo Nicaraguakaffee mußten hierfür in den letzten eineinhalb Jahren zu einem Solidaritätspreis verkauft werden. Daß die 20000 Mark für die Kampagne nicht schon eher zusammenkamen, dafür macht das Forum den Besitzer und Chefredakteur der RNZ, Winfried Knorr, verantwortlich. Er hatte aus Pietät gegenüber den in Heidelberg stationierten US-Soldaten den Spendenaufruf nicht veröffentlicht.

ern

aus. COMMUNALE, Heidelberger Wochenzeitung

Geschichte der Selbstverwaltung im linken Buchhandel

Teil II

Fortsetzung aus CONTRASTE 24

Der Verband des linken Buchhandels (VLB)

Dieser wird 1970 (wohl zur Vermeidung staatlicher Kontrolle) als nicht (!) -eingetragener Verein gegründet. In einem rotierenden VLB-Sekretariat wird jeweils eine Halbtagskraft beschäftigt, die für die unzähligen organisatorischen Aufgaben ca. 1000.– DM im Monat erhält:

„Über den Verband soll jeweils geprüft werden, ob und wieweit neue politische Buchläden unterstützt oder sogar initiiert werden können. Dazu soll der Verband die Informationen über rechtliche und kaufmännische Fragen sammeln, die dafür notwendig sind. Der Verband

- sammelt Druckvorschläge einzelner Gruppen oder Buchläden
- versucht, über die Läden Informationen über die notwendige Auflagenhöhe zu beschaffen
- wird sich allgemein über Rechtsschutzfragen informieren
- sammelt Informationen über Rechtsstreitfragen seiner Mitglieder und koordiniert Gegenmaßnahmen.

Die Mitglieder werden sich gegebenenfalls auch finanziell gegenseitig unterstützen (...) Um unsere gegenseitige Kontrolle zu verbessern, müssen alle Informationen über Unregelmäßigkeiten einzelner Mitglieder an den Verband gerichtet werden (...) Bei Büchern ohne Preisbindung werden 10 % Gruppenrabatt gewährt." (1)

Historisch nur vergleichbar mit dem „Münzenberg-Konzern" (2) der zwanziger Jahre vereinigen sich im VLB in freier Kooperation abgesehen von der Rohstoffproduktion (Papier) alle für die Buchproduktion und -distribution notwendigen Produktionseinheiten mit Verkaufsstellen in allen größeren Städten der BRD: „Damit wurde – einzigartig in der Welt – ein politischer Zusammenhang geschaffen, in dem sich linke, parteiunabhängige, nicht privatwirtschaftlich betriebene, autonome Projekte freiwillig zusammenschlossen. (...) Sie bildeten damit eine nationale Organisationsstruktur aus, die wegen ihres eingegrenzten Inhalts – linke Buchproduktion und -distribution – und ihres weitgefaßten Selbstverständnisses – unzensierte Gegenöffentlichkeit zu schaffen – im Gegensatz zu anderen linken Zusammenschlüssen, trotz oder auch wegen aller Veränderungen von Bestand ist.' (3)

Als (damals) wichtigste linke Infrastruktur wird der VLB und seine Mitglieder aber auch von Interesse für den Staatsschutz. Die Dokumentation eines Flugblatts der „Roten Hilfe" zum RAF-Anschlag auf das IG-Farben-Hochhaus im Juni 1971 im Verlagsalmanach 1972 dient als Vorwand für die erste Polizeidurchsuchung des Verlages „Roter Stern". Bei entsprechenden Gelegenheiten steht nun die Polizei immer mal wieder ins Haus, was wiederum die „Putschistischen Tendenzen" einiger Verlagsmitarbeiter verstärkt und schließlich zu „Helden" werden läßt. (4) Aber es ist zunächst nicht die wachsende staatliche Repression, die den VLB Anfang der 70er Jahre bedroht, sondern der interne Putschversuch der an K-Gruppen orientierten Buchhandelsprojekte. Doch ihr Versuch 1971, über den Ausschluß der in der Tradition der antiautoritären Bewegung stehenden Projekte den VLB in einen „Verband des kommunistischen Buchhandels" umzuwandeln, scheitert kläglich. Im Gegenteil, die Erfahrungen aus diesen Auseinandersetzungen um die Politik des linken Buchhandels (siehe „Anmerkungen zur Situation Revolutionärer Literaturproduktion") tragen beträchtlich zur Konsolidierung des VLB und zur Klärung des eigenen Selbstverständnisses bei. Auf einem ähnlichen Hintergrund entsteht ebenfalls 1971 die neue Zeitschrift „Probleme des Klassenkampf (PROKLA)", die damals vom Politladen/Erlangen vertrieben wird:

„Die Herausgabe der neuen Zeitschrift wurde notwendig, nachdem vier Mitglieder der Redaktionskonferenz der SOZIALISTISCHEN POLITIK, die Herstellung und Vertrieb besorgten, hinter dem Rücken der übrigen Mitglieder eine GmbH ('Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik') gegründet und damit die ihnen übertragene Verfügungsgewalt in ein bürgerliches Eigentumsrecht umgewandelt hatten. (...) Die neuen 'Eigentümer' bemäntelten die Usurpation mit der von ihnen niemals zuvor erhobenen Forderung nach einer 'bewußt und planmäßig vollzogenen Instrumentalisierung im Vorfeld der kommunistischen Partei', sprich: SEW/DKP." (5)

Auf der Rückseite der PROKLA Nr. 1 werden als Verkaufsstellen „alle linken Buchhandlungen" namentlich genannt. Es sind 35 an der Zahl und reichen von Aachen (Kleine linke Buchhandlung) über Konstanz (Das politische Buch) bis nach Zürich (Pinkus Limmat Buchhandlung).

Kooperation und Widerstand

1975 hat der VLB etwa 100 Mitglieder (Druckereien, Verlage, Buchläden) und es entsteht als erster tatsächlich funktionierender ökonomischer Zusammenschluß der „VLB-Ramsch-Koop" (6). Zehn Buchläden und eine Auslieferung schließen sich dabei zusammen, um die von den bürgerlichen Verlagen bereits wieder verramschte „Linke Literatur" aus der Zeit der Studentenbewegung wenigstens teilweise wieder erhältlich zu machen. Leider erweist sich schon sehr bald ein weiteres Kooperationsprojekt des zu diesem Zeitpunkt in seiner vollen Blüte stehenden VLB als völlig unpraktisch: Das „Verzeichnis Lieferbarer Linker Bücher (VL (L) B)" als Gesamtkatalog der linken Verlage ist stets chaotisch geordnet und meistens veraltet.

Doch der VLB als wichtigste Vernetzung der bundesrepublikanischen undogmatischen Linken paßt nicht in das „Modell Deutschland". So wie die Stadtguerilla das Gewaltmonopol, so stellt der linke Buchhandel die kulturelle Hegenomie des Staates in Frage, indem er eine unzensierte Gegenöffentlichkeit herstellt. Darauf zielt als „Beitrag zur Wiedergewinnung der inneren Sicherheit" die Strafrechtsnovelle mit der Einführung der „Gewaltparagraphen" 88a, 130a u.a. (7) ab, die im Januar 1976 vom Bundestag verabschiedet werden.

Nach ihrem Inkrafttreten im Mai 1976 dauerte es gerade 3 Monate, bis in einer bundesweit koordinierten 88a-Aktion auf Anordnung des damaligen Generalbundesanwalts Buback die Geschäftsräume von linken Buchhandlungen sowie die Privatwohnungen der formalrechtlich verantwortlichen Geschäftsführer in Berlin, Bochum, Essen, Hamburg, Heidelberg, Köln, München und Tübingen durchsucht werden. Dabei werden diverse Titel beschlagnahmt, 4 Personen vorübergehend festgenommen und schließlich im März 1977 gegen 40 linke Buchhandelsprojekte Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der VLB gilt somit ab sofort als „kriminelle Vereinigung".

Begleitet wird die staatliche Repression durch eine beispiellose Hetzkampagne in den Medien: z.B. macht die FAZ vom 7.5.1977 den linken Buchhandel für den Terrorismus (mit-) verantwortlich und der SPIEGEL vom 1.8.1977 behauptet sogar, 147 Verlage, 27 Buchvertriebe und 108 linke Buchläden würden nicht nur „Revolutionslektüre en masse" vertreiben, sondern neben der Vertriebshilfe für Guerilla-Schriften den Terroristen-Kadern auch finanzielle Unterstützung gewähren.

Der VLB reagiert auf diese Angriffe durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (z.B. einer VLB-Broschüre „88a in Aktion", die ebenfalls beschlagnahmt wird) und die gemeinsame Herausgabe des verbotenen Buches von Bommi Baumann „Wie alles anfing" aus dem Trikont-Verlag durch über 300 Personen (8). Diese Anti-Zensur-Kampagne findet ihren Höhepunkt 1979 beim 3. Internationalen Russell-Tribunal „Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland '(9).

Außerdem gründen zunächst Buchhandelsprojekte in Nordrhein-Westfalen und dann 1977 in der gesamten BRD einen „VLB-Rechtshilfefonds", „aus dem jeder der Vertragspartner finanzielle Unterstützung beziehen kann, wenn er infolge von politischer Repression von Prozessen, Beschlagnahmungen, vorübergehender Schließung, Anschlägen jeder Art, Inhaftierung einzelner Mitglieder des Kollektivs oder Sperrung der Konten betroffen ist." (10). Daneben können auch kurzfristige Kredite bei Liquiditätsschwierigkeiten vergeben werden.

Linker und alternativer Buchhandel

Diese notwendigen Reaktionen auf die staatliche Repressionswelle in der Vorlaufphase des „Deutschen Herbstes" (11) bewirken einen kurzfristigen Homogenisierungseffekt im linken Buchhandel, der längst schon durch den Prozeß der Ausdifferenzierung der Linken in Teil-Bewegungen (z.B. Frauen, Ökologie, Alternativen usw.) geprägt ist. So überrascht der Trikont-Verlag als eines der damaligen Hauptziele staatlicher Verfolgung den VLB anläßlich seines zehnjährigen Bestehens im Sommer 1977 mit seinem neuen Selbstverständnis als revolutionärer Wasserlandschaftsverlag, durchzogen von zahlreichen Strömen, die keineswegs alle in die gleiche Richtung fließen: bewaffnete Kampfflüsse, Indianerrinnsale, Männerbäche, Massenarbeitertümpel, ökologische Stauseen, Kinderquellen." Begründet wird diese neue – und für viele VLB-Projekte dubiose – Sichtweise mit der bisherigen Verlagsgeschichte:

„Das fing an mit den Dritte-Welt-Arbeitskreisen, die als Trikont-Gruppen über die ganze BRD verstreut waren. Ein sehr naheliegender Beginn, denn wir sind als Institution aus einem solchen Arbeitskreis hervorgegangen. Dann kam die 'Arbeitersache', die als erste (!) deutsche Betriebsgruppe den Kontakt zum italienischen Arbeiterradikalismus hergestellt hat, die als erste mit der Parole vom multinationalen Massenarbeiter in der Fabrik praktisch intervenierte. (...)

Ihren Höhepunkt und ihr gleichzeitiges Ende hatte diese Phase in dem internationalen Kongreß über die Krise im Jahre 1974. Dann ging aus uns die Frauenoffensive hervor. (...) Die Autonomie war von Seiten der Frauen im ersten Stadium keine ausgemachte Sache. Bei uns erinnert sich jeder an den Ausspruch einer der ehemaligen Genossinnen: Autonomie ja, wenn unser Programm finanziell gut läuft. Nein, wenn's schief geht. Dann trägt der Trikont das Risiko!' 1975 ist über die Hälfte der Buchproduktion von der Frauenoffensive in Beschlag genommen worden. Dann finanzielle Unterstützung bei der Gründung des Schwarzmarkts, dem jetzigen Lebascha, in der Absicht, einen Diskurs zwischen alternativer und linker Bewegung in Gang zu setzen. Wir waren es ebenfalls, die gewisse finanzielle Voraussetzungen und das technische Vorfeld dafür boten, daß sich die April-Records als ein selbstverwaltetes autonomes Musiklabel entwickeln konnte." (12)

1980 wird dann Trikont mit der Parole „Wir sind konservativ geworden und revolutionär geblieben" zu „Trikont-Dianus" und damit zu einem der ersten New Age/Esoterik-Fachverlage, der nach anfänglichen Erfolgen dieses Jahr Konkurs anmelden mußte. Aber nicht nur in Metropolen wie München (Trikont) oder Frankfurt (Karl - Marx - Buchhandlung) fungiert der linke Buchhandel als Geburtshelfer und Krisenmanager für andere Alternativprojekte, sondern auch in der Provinz: so beispielsweise 1977 in Konstanz (13) und in Kassel mit dem „Heumarkt" als Versuch, Buchladen und Landkommune zu verbinden (14).

Nach dem desolaten Zustand der Linken in der BRD infolge des „Deutschen Herbstes" wirkt im Januar 1978 der TUNIX-Kongreß in Berlin als plötzlicher kultureller Aufbruch (15). Einerseits wird dabei die Vielzahl und Verschiedenheit der politischen Ansätze dieser neuen „Neuen Linken" deutlich, die eine enorme Resonanz als „alternative Kultur" in der Öffentlichkeit findet, und andererseits entsteht daraus das bislang größte links-alternative Projekt: „die tageszeitung" in Berlin.

Zur Vorbereitung des TUNIX-Kongresses verschickt Meino Büning vom Basis-Verlag für den Berliner VLB ein Papier, in dem bereits der Generationskonflikt zwischen dem alten linken und dem neuen alternativen Buchhandel anklingt: „Für viele der Jüngeren ist die Existenz eines breiten, weitgehend in einem politischen Schonraum angesiedelten linken Milieus eine Selbstverständlichkeit. (...)

Sie erinnern sich nicht daran, daß z.B. auf dem Gebiet der Literatur an Bücher über sozialistische Theorie und Geschichte kaum heranzukommen war, daß z.B. in Frankfurt die universitäre Linke jahrelang aus 80 - 100 Leuten bestand, daß es kaum linke Zeitungen gab, und daß die existierenden über geringe Auflagen und abstrakte Praxisferne kaum herauskamen. Aber nur wer sich diese Zeit klarmacht, kann sich ein paar realistische Vergleichskriterien für die vor uns liegende Zeit verschaffen." (16). Meinos Versuch, mit „Sysyphos?" als eigenständiger VLB-Zeitschrift die notwendige Vermittlungsarbeit zu leisten, scheiterte jedoch 1979 nach wenigen Ausgaben mangels Interesse.

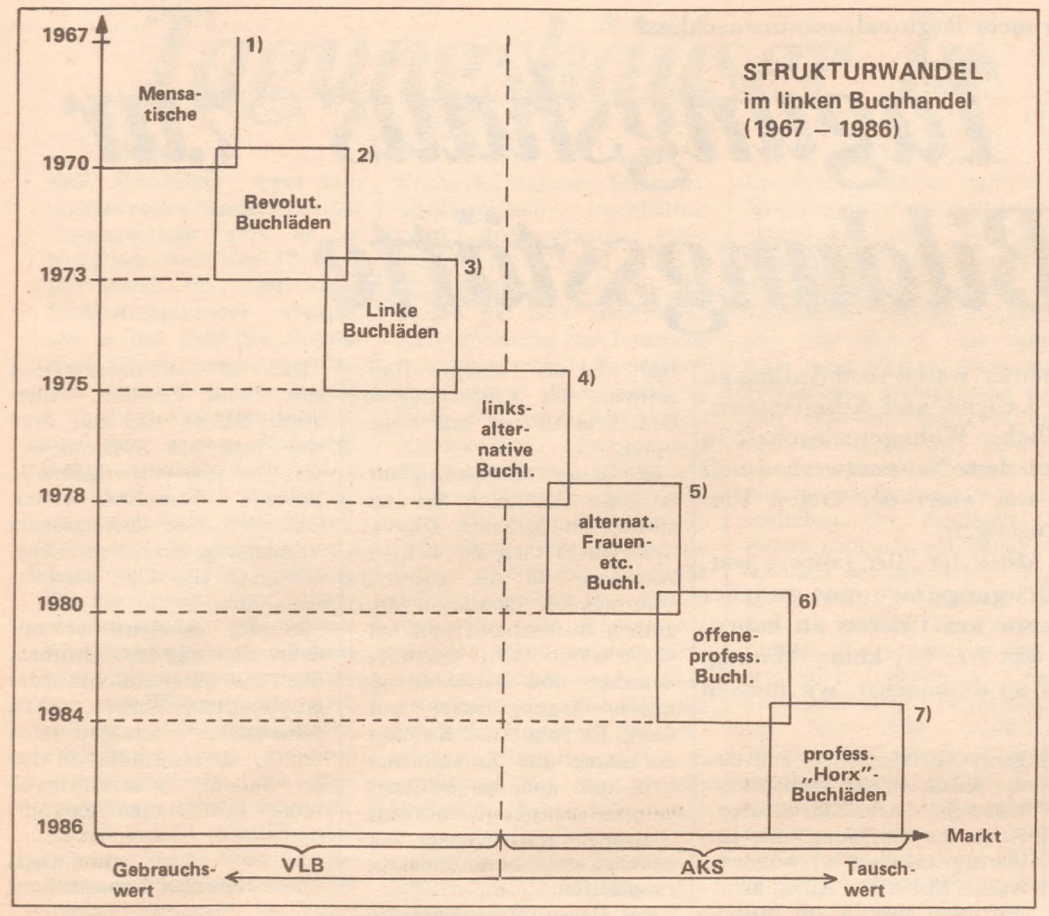
1980 kommt es dann in Berlin zum vorläufig letzten nationalen VLB-Treffen, auf dem Widersprüche und Unterschiede deutlich zum Vorschein kommen und u.a. anhand der Vielzahl von Buchladen-Typen begriffen werden: „1. jene gestandenen, alten, so um 68-70 entstandenen Läden (...) 2. Läden, die um 76/77 entstanden sind (...) 3. Läden des BRD-alternativen Frühlings (...)
4. menschliche Läden. Diese können mit der Kategorie 'links' nichts mehr anfangen. Sie beziehen sich lieber auf die Kategorie 'Menschlichkeit', dadurch erweitert sich ihr 'revolutionäres subjekt' und gleichzeitig ihr potentieller Kundenstamm auf die ganze Weltbevölkerung." (17)

Vom Gebrauchswert zum Tauschwert

Anknüpfend daran läßt sich die bisherige Geschichte des linken Buchhandels zusammenfassend in der folgenden Typologie analytisch darstellen. Dabei ist zu beachten, daß ein neuer Ladentypus den/die alten gemäß einer Markterweiterung durch stärkere Tauschwertorientierung ergänzen kann und nicht unbedingt ersetzen muß. D.h. die verschiedenen Ladentypen können sehr wohl nebeneinander existieren. So enthält etwa die Kundenliste der SOVA unter der Rubrik „Linke, Halblinke, Frauen, Alternative" (1984) 378 Anschriften, darunter 46 Naturkostläden mit Bücherecken, 174 Buchläden, 34 Frauenbuchläden, 2 Frauenverlage, 60 andere Verlage und 62 Vertriebe, Vertretungen etc.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.



1) Mensatische
dienen der Agitation und Aufklärung und sind wichtiger Teil der politischen Arbeit. Obwohl sie teilweise zu Reproduktionssicherung beitragen, ist die Arbeit zumeist ehrenamtlich und ausschließlich am politischen Gebrauchswert orientiert.

2) Revolutionäre Buchläden
(z.B. Karl-Marx-Buchhandlung/Frankfurt) haben sich ebenfalls dem Vertrieb politischer Aufklärungsliteratur verschrieben. Die politische Arbeit steht an erster Stelle und für sie müssen auch eventuelle Profite verwendet werden. Die revolutionären Buchläden gelten als Agitationszentren und sind oftmals an politische Organisationen angebunden, teilweise werden sie zu Partei-Läden der diversen K-Gruppen.

3) Linke Buchläden
(z.B. Roter Stern/Marburg) sind nicht mehr an eine politische Organisation gebunden, an die sie die Profite abzuführen haben. Überschüsse werden stattdessen in das breite politische Sortiment reinvestiert. Die linken Buchläden werden zu Kommunikationszentren der lokalen und undogmatischen Linken. Sie sind weitgehend kollektiv organisiert; eine Arbeitsteilung stellt sich entlang der Qualifikationsstruktur her.

4) Links-alternative Buchläden
(z.B. Zur Schwarzen Geiß/Konstanz) versuchen dagegen die Arbeitsteilung in Hand- und Kopfarbeit aufzuheben und politische Arbeit als „Politik in erster Person" zu begreifen. Der persönliche Gebrauchswert tritt als „subjektiver Faktor" in den Vordergrund und bestimmt auch das Sortiment. Neben einer breiten Auswahl an politischer und alternativer Literatur schlagen sich auch persönliche Schwerpunktsetzungen (z.B. Frauen, Kinder, Ökologie, Comix, Musik, Kunst usw.) in der Gestaltung nieder. Während ein Teil der Läden bzw. des Kollektivs sich weiterhin am VLB orientiert und sich in der lokalen und regionalen „Szene" politisch engagiert, genügt einem anderen Teil das Merkmal ‚Selbstverwalteter Betrieb" als politische Legitimation und schielt zu den vermeintlichen Profis im „Arbeitskreis Kleine Sortimenter" (AKS) des Börsenvereins.

5) Alternative, Frauen- etc. Buchläden
beziehen sich auf die entsprechenden politischen „Teilbewegungen", wobei sich dahinter die Orientierung am persönlichen und politischen Gebrauchswert und/oder an der entsprechenden Marktlücke verbergen kann. Sie erfordern zunächst viel ehrenamtliche Arbeit („Selbstausbeutung") und bleiben durch die enge Sortimentsauswahl immer krisenanfällig. Viele dieser Buchläden setzen deshalb auf eine stärkere Tauschwertorientierung und Produktdiversifizierung. Sie sind aber nach Möglichkeit selbstverwaltet.

6) „Offene"-professionelle Buchläden
sind meistens Existenzgründungsprojekte arbeitsloser Lehrer/innen, die immer „offen" für alles sind. Sie haben – wenn überhaupt – in der Friedensbewegung ihre politische Heimat gefunden und sind primär tauschwertorientiert. Falls es ihnen nützlich erscheint, geben sie sich ein politisches oder alternatives Image, engagieren sich aber hauptsächlich im AKS. Hier erhoffen sie sich weitere Anregungen für Professionalisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, um ihre ökonomische Existenz abzusichern.

7) „Horx" -professionelle Buchläden
beschwören das „Ende der Alternativen" (18), um sich in völliger Tauschwertorientierung als jung-dynamische Neue Selbständige auf geeignete „Geschäftsideen" zu stürzen. Styling ersetzt Engagement, Ästhetik die Politik und das „Team" das müde belächelte „Kollektiv". Professionalisierung und Profit werden zum Fetisch der unternehmerischen Initiative, deren Qualität sich aus der Höhe des dadurch finanzierbaren Luxuskonsums bestimmt.

Vom Buchhandel zur Selbstverwaltungswirtschaft

Derweil nehmen heute einige der Kollektivist/inn/en der linken und links-alternativen Buchläden ihre VLB-Vergangenheit ernst und diskutieren ihre 10 bis 15jährige Erfahrung mit der Selbstverwaltung. Dieses Erfahrungswissen gewinnt zusehens die Qualität von „praktischen Theorien", die die früheren auf Bücherwissen beruhenden „theoretischen Theorien" in der linken Diskussion verdrängen.

Erstmalig im linken Buchhandel dienen politische Theorien nicht mehr der Begründung der Buchladenarbeit als politische Praxis, sondern umgekehrt die inzwischen langjährigen Erfahrungen der kollektiven Praxis in einem selbstverwalteten Betrieb legitimieren jetzt die politischen Theorien und Einschätzungen zumindest bezüglich einer Selbstverwaltungswirtschaft. Nach dem Verkümmern der universitären Linken könnten so die älteren Projekte, deren Mitglieder ohnehin völlig überqualifiziert sind, für einige Bereiche (Frauen, Selbstverwaltung, Alternative Ökonomie usw.) zu zentralen Orten einer realistisch-praktischen linken Theorieproduktion werden.

Denn schon längst haben in der Praxis einige von uns neben der weitgehend konsolidierten und professionalisierten Buchladenarbeit ein weiteres Arbeitsfeld für die Anwendung ihres fachlichen und Selbstverwaltungs-Wissens gefunden:
Helmut Richter, der ehemalige SDS-Kassierer, Neue Kritik- und SOVA-Gründer, sitzt heute im Vorstand des Ökobank-Vereins. Roland Kreling und Helmut Schwarz aus dem Buchladen Roter Stern in Marburg betreiben seit einiger Zeit ein Unternehmensberatungsbüro (KRESCH) für selbstverwaltete Betriebe und sitzen in der Vergabekommission der Hessenknete. Ich selbst bin Aktivist beim Netzwerk Selbsthilfe Bodensee-Oberschwaben und bin als solcher im regionalen und landesweiten Ökofonds der Grünen Baden-Württembergs. Wir orientieren uns dabei alle an unseren bisherigen Projekterfahrungen im linken Buchhandel und speziell hinsichtlich einer bald anstehenden Branchenorganisation am VLB.

Dieser „VLB-neu" als Branchenverband wird spätestens nach Gründung der Ökobank vonnöten, wenn es darum geht, Kreditanträge aus dem selbstverwalteten Buchhandel qualifiziert und politisch zu prüfen. Auch der Ausbau weiterer alternativer und staatlicher Finanzierungsinstrumente für den Selbstverwaltungs-Sektor macht entsprechende ökonomische Prüfungsverbände erforderlich.

Aber nicht nur für die Zuckerbrötchen des Staates, sondern auch für dessen Repressions-Peitsche brauchen wir besonders für den linken Buchhandel eine neue Vernetzung. Die Polizeiaktion in Detmold (19) mit über 100 Polizisten und Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Ermittlungsverfahren in der bundesweit koordinierten „Radikal"-Aktion diesen Sommer erinnern sehr an die Repressionswelle vor zehn Jahren. Damals gab es noch einen aktiven VLB, der reagieren konnte. Und heute?...

Doch bei genauer Betrachtung finden sich auch aktuell wieder Ansätze zur Schaffung neuer Arbeits- und Diskussionszusammenhänge im linken Buchhandel: So planen z.B. eine Reihe von Buchläden (von Kiel bis Konstanz) in einem Gemeinschaftsprojekt, vergriffene wichtige Titel neu herauszubringen (20). Damit fing vor zwanzig Jahren schon einmal der linke Buchhandel an...

Elmar Sing

Anmerkungen

1) Seminar-Reader „Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels". Roter Stern/Marburg 1986.
Vergl. dort den „Bericht des Sekretariats des VLB über die Arbeit im Sekretariat. Vorgelegt zur 3. Frankfurter Versammlung des VLB -Frankfurt III- Konstituierende Sitzung des VLB (anläßlich der Buchmesse). Frankfurt 15.10. bis 17.10. 1971". Wie lange das VLB-Sekretariat tatsächlich bestand (1972/73?) ist mir unbekannt.
2) Rolf Schwendter (Hg.), Materialien zur Alternativen Ökonomie 1. AG SPAK (M 19) 1976, S. 31-44.
3) Gerd Fürst / Heinz-Peter Weiss, Einleitung zum Expose der gemeinsamen Dissertation über den linken Buchhandel am Beispiel der Karl-Marx-Buchhandlung. Unveröffentlichtes Manuskript Frankfurt 1980, o.S.
4) Im Juli 1976 entführt der ehemalige Roter Stern-Mitarbeiter Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann zusammen mit Palästinensern ein Flugzeug nach Entebbe/Uganda, um die Freilassung einer Reihe von Gefangenen aus RAF und 2. Juni zu erzwingen. Bei der blutigen Geiselbefreiungsaktion eines israelischen Kommandos werden beide erschossen. Siehe Gerd Fürst, Kim Il Sung, Hölderlin, Goethe – Stationen eines Verlages. In: Pflasterstrand 220, 1985; S. 46 und K.D. Wolff (Hg.), 15 Jahre – Almanach aufs Jahr 1986. Roter Stern / Stroemfeld 1985, S. 64.
5) Elmar Altvater u.a., Editorial. In: Probleme des Klassenkampfes Nr. 1/November 1971. Politladen / Erlangen, S.1.
6) Der „VLB-Ramsch-Koop" brachte in den ersten Jahren sogar Gewinne. Zum Auflösungstermin am 31.12.1985 wurden aber für die Beteiligten jeweils 3000.– DM Verlustausgleich fällig.
7) Politische Buchhandlung Bochum u.a., Das Diskussionsverbot. Eine Geschichte der Zensur aufgeschrieben und vorgestellt anläßlich der ersten 88a-Prozesse. Selbstverlag Bochum 1977.
8) Nach dem gleichen Muster wird 1981 die verbotene „Krankfeiern - Broschüre" wieder herausgebracht: Gesundheitskollektiv Hamburg, Wege zum Wissen und Wohlstand oder lieber krankfeiern als gesundschuften. Eigenverlag 1980.
9) Jury, Deutscher Beirat und Sekretariat des 3. Internationalen Russel-Tribunals (Hg.), 3. Internationales Russel-Tribunal „Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland" Band 3. Gutachten, Dokumente, Verhandlungen der 2. Sitzungsperiode / Teil 1: Zensur. Rotbuch 1979.
10) zit. aus dem notariellen Vertrag des VLB-NRW. Bochum am 3.7.1976.
11) Vgl. Tatjana Botzat / Elisabeth Kiderlen / Frank Wolff, Ein deutscher Herbst. Zustände. Dokumente, Berichte, Kommentare. Neue Kritik 1978.
12) Trikont - Verlagskollektiv, Verlagsprospekt 10 Jahre Trikont. Trikont 1977, o.S. Vgl. Herbert Röttgen / Florian Rabe, Vulkantänze. Linke und alternative Ausgänge. Trikont 1978.
13) Annamaria Waibel / Paul Stammeier, Politik und Selbstverwirklichung in der Alternativbewegung Band 1. Möglichkeiten und Grenzen der Alternativbewegung. Ein Beispiel: Buchladen Zur Schwarzen Geiß, Konstanz. Zündhölzchen 1981, S. 85-88.
14) Klaas Jarchow / Norbert Klugmann, Heumarkt. Versuche anderen Lebens zwischen Stadt und Land. Rotbuch 1980, S. 78 - 105.
Vgl. auch ABC - Kollektiv & Co, 5 Jahre ABC - Buchladen. Selbstverlag Kassel 1980.
15) Vgl. Dieter Hoffmann - Axthelm / Otto Kallscheuer / Eberhard Knödler - Bunte / Brigitte Wartmann, Zwei Kulturen? TUNIX, Mescalero und die Folgen. Ästhetik und Kommunikation 1978.
16) Siehe Seminar - Reader „Selbstverwaltung am Beispiel des linken Buchhandels". Roter Stern /Marburg 1986.
17) Protokoll zum nationalen VLB - Treff vom 8. / 9.11. 1980. Konstanz 1980, S. 4-5.
18) Matthias Horx, Das Ende der Alternativen oder die verlorene Unschuld der Radikalität. Ein Rechenschaftsbericht. Hanser 1985, S. 45-66.
19) Buchladen Distel, Info zum § 129a. Distel / Detmold zur Durchsuchung am 14. 5.1986.
20) Schwarze Risse, Rundbrief zum geplanten Gemeinschaftsprojekt „Autonomie" Schwarze Risse / Berlin vom 9.8.1986.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zur Situation

Diskussionsbeitrag

Meine Ausgangslage ist die Situation in Hessen, wo kein Zusammenschluß von Tagungshäusern besteht, und zudem, (oder weil) die infrage kommenden öffentlichen Mittel den außerschulischen Bildungssektor in drei Bereiche aufspaltet: Jugend, Erwachsene, Frauen. Häuser sind selten Empfänger solcher Mittel, sondern die anerkannten Verbände auf Landesebene. Daher ein Motiv unseres Hauses für Kooperation und viele Mitgliedschaften bei solchen Organisationen.

Die ökonomische Situation der Tagungshäuser ist gekennzeichnet durch konstant hohe Fixkosten, der Konkurrenz mit geförderten / staatlichen Bildungsstätten, oder auch Jugendherbergen, die zu erzielende Gewinnspanne ist allerdings klein. Die oft akademisch ausgebildeten Mitarbeiter sehen sich in der Situation die beruflichen Rollen Hausmeistern und Putzfrauen einzunehmen, deren Arbeit auch woanders keinen hohen Preis erzielt.

Da aufgrund der Hauskapazitäten und der Saisoneigentümlichkeiten der Markt nur eingeschränkt bedienbar ist (die maximale Auslastungsquote dürfte gemessen an den absoluten Belegungsmöglichkeiten, bei 50 % liegen), ist nicht zu erwarten, daß man hier BAT-vergleichbare Gehälter erreichen könnte, egal wieviel man arbeitet. Ausnahmen mögen einige Häuser mit einem speziellen, nicht auf saisonelle Bedingungen abgestimmten Teilnehmerkreis sein, z.B. im Bereich der institutionellen oder verbandlichen Fortbildung.

Daß hier eine dauerhafte Existenz (und ausreichende Alterssicherung) mit Konsumverzicht und dem glücklichen, aber einfachen Leben in der Kommune machbar wird, ist eine Ideologie der Minimalpropagandisten, die es dann selbst höchstens drei Jahre aushalten und dann ins bürgerliche Leben zurückkehren.

Alle, die ihre Tätigkeit im Tagungshaus ernsthaft zu einer Voll-Berufsperspektive ausbauen wollen, stürzen sich daher auf den Bereich eigener (Bildungs-) Angebote. Neben einigen Trends, wie dem derzeitigen Psycho-Boom, der wohl einen zahlungskräftigen Markt darstellt, setzen diese Bildungsangebote allerdings öffentliche Förderung voraus um die gewünschten höheren Einnahmen für die qualifizierten und auch für die Macher attraktiven Maßnahmen zu erzielen. Aus Teilnehmerbeiträgen ist Fortbildung, berufliche Weiterbildung, oder politische Bildung nicht finanzierbar.

Spezialisierte und profilierte Häuser scheinen hier wiederum Vorteile zu haben, Teilnehmer zu gewinnen, auch bei höheren Beiträgen, während offene und zu allgemeine Angebote dann aufgrund Teilnehmermangels nicht zustande kommen.

Bisher wurde diese Ebene materieller Probleme selten offen diskutiert, praktische Informationen gab es bei den mir bekannten Tagungshaustreffen nur am Rande. Dies liegt weniger an einer direkten Konkurrenz gegenüber den möglichen Belegern, als mehr an einer betont ideologisch ausgerichteten Diskussion, die man als Standesdünkel bezeichnen kann: Man ist eben nicht einfach ein Betrieb, nein man kümmert sich um politische, oder politisch sinnvolle Bildungsziele. Die daraus resultierenden Abgrenzungen haben die meiner Ansicht nach notwendige Diskussion um die materiellen Rahmenbedingungen bisher verhindert. In Hessen haben in den letzten 5 Jahren die Hälfte der sich einstmals treffenden Häuser dichtgemacht. So wird dieses Defizit manifest.

Es wird Zeit, daß wir uns dazu einmal selbst fortbilden.

Rolf Klatta

Jugendhof Bessunger Forst

Keine Branche, aber immer mehr Regionalzusammenschlüsse

Vom Tagungshaus zur Bildungsstätte

Red. Heidelberg **Tagungshäuser waren vom Anfang an ein Sinnbild für alternative Lebens- und Arbeitspraxis. Die Vermischung von ländlicher Wohngemeinschaft in einem alten Bauernhof mit dem Nebenerwerb durch vermietete Tagungsräume war einer der ersten Versuche in diese Branche einzusteigen.**

Typisch für diese Zeit – Mitte der 70er Jahre – war, beim Anruf wegen einer Belegungsfrage eine zu jeder Tageszeit verschlafene Stimme am Telefon zu haben, die meinte: „ob da noch was frei ist, keine Ahnung. Am besten rufste nochmal an demnächst, wir müssen das erst klären."

Typisch war auch, daß allzuoft nicht die kollektive Diskussion das Instrument der Entscheidungsfindung war, sondern der Kapitalanteil am erworbenen Anwesen. Für viele Mitbewohner und -arbeiter war das Wohngemeinschafts- / Tagungshaus nur eine kurze Übergangserfahrung. Wer blieb war der Besitzer, und der suchte sich dann neue Leute.

Dabei spielte die Rahmenkonzeption des Tagungshauses, zumeist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein, kaum eine Rolle, da das Vermögen, das Haus, in Privathand war. Da die Vereine selbst kein Vermögen erwirtschaften konnten, im Gegenteil, meistens steckten die Mitglieder noch Geld und Arbeit ins Projekt, gab und gibt es in dieser Branche jede Menge Pleiten, bei denen meist ein Einzelner mit einem großen Haus übrig bleibt – und darüber hinaus noch mit einem Berg Schulden.

Selbstorganisierte Bildungsstätten als gemeinsame Lebens- und Berufsperspektive wurden zunehmend interessanter unter sinkendem Anreiz und Chancen im öffentlich organisierten Sozial- und Bildungsbereich.

Ansätze von Konzeptionen, Augenmerk auf bestimmte Zielgruppen erwuchsen aus der Praxiserfahrung ausgestiegener Sozialarbeiter, und deren Kritik an den verbürokratisierten Arbeitsstrukturen. Auch die Hoffnung, das zukünftig machen zu können, was im bisherigen Alltag nicht lief: der Mensch im Mittelpunkt, kreativ arbeiten, und eigene Bedürfnisse einbringen. Aber auch hier die Realität: jahrelange Renovierungsarbeiten, daneben kochen, putzen, um den Betrieb zu finanzieren. Erst nach einer solchen Einstiegsphase gelingt es meist Zeit und Nerven zu erübrigen, um Kurse anzubieten, bzw. das inhaltlich zu machen, weshalb man eigentlich das Projekt begonnen hatte. (daher wohl auch der Begriff „Projekt", man trachtet etwas zu machen, erreicht es aber nie ganz. Man befindet sich ständig auf dem Weg).

Dennoch, immer häufiger, bildeten sich Vereine mit bestimmten Bildungszielen und Bezugsgruppen vor Augen, die sich erst nach einer inhaltlichen Übereinkunft daran machten, ein geeignetes Haus zu suchen.

Es bildeten sich unterschiedliche und z. T. deutliche Profile von Häusern heraus, mit Schwerpunkten wie: Musik, Theater, Tanz, Kultur berufsorientierte Bildung; alternative Energienutzung. Ökologie, manuelles und schöpferisches Arbeiten als Fortbildung für im Sozialbereich Tätige, und als Therapie; Freizeithaus für Kindergruppen und Schulklassen mit Angeboten.

Mit dieser Orientierung entwickelte sich auch der Anspruch im örtlichen Umfeld des Hauses tätig zu werden. Angebote für die kulturell verarmenden ländlichen Regionen zu machen (typischerweise waren es oft Gasthöfe, Schulen, und Bahnhöfe aus denen Tagungshäuser wurden). Es folgte die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern zwecks Erfahrungsaustausch, gemeinsamer Vorgehensweise, oder Finanzierungshilfen.

Das Herausbilden eigenständiger Zusammenschlüsse scheint dagegen nur regional, oder fachspezifisch erfolgt zu sein. Trotz aller stattgefundenen landes- und bundesweiten Treffen bildete sich kein gemeinsames Bewußtsein oder eine Branche heraus, wie es bei den gewerblichen selbstverwalteten Betrieben wohl teilweise läuft. Die Reaktion auf eine mögliche gemeinsame Vorbereitung und Teilnahme an der Projektemesse in der ASH Krebsmühle vor zwei Jahren zeigte: von über 100 angeschriebenen Häusern meldeten sich keine 10. Schließlich beteiligten sich drei an einem Gemeinschaftsstand.

Ähnlich, wenn auch etwas positiver war die Reaktion auf das an 160 Tagungshäuser adressierte Rundschreiben Kraftzwerg e.V. diesen Sommer, zwecks Herausgabe eines bundesweiten Verzeichnisses, das sich durch inhaltliche Selbstdarstellung auszeichnen sollte. Nach einigen Terminaufschüben gelang es immerhin 50 Häuser für eine Darstellung und meiner Ansicht nach kostengünstigen Werbemöglichkeit zu gewinnen.

Daß es Gemeinsamkeiten gibt, wird deutlich. Allerdings bildete sich nur dort eine regionale Zusammenarbeit heraus, wo materielle Vorteile abzusehen waren. Daß sich eine überregionale Vernetzung erreichen ließe, erscheint also eher unwahrscheinlich.

Wichtig erscheint es mir dennoch, einige Mechanismen, seien sie ökonomischer oder gruppendynamischer Art, gemeinsam herauszufinden um so zu ermitteln, ob dieser Bereich in selbstverwalteter Arbeit eine Zukunft hat.

Rolf Klatta
Jugendhof Bessunger Forst

20 Jahre Bildungsstätte in Selbstverwaltung

Ein weiter Weg

Jugendhof
Bessunger Forst e.V.

Preis 5.– DM
+ 1.– DM Versand

Eine Broschüre, die dokumentarisch und selbstkritisch die Entwicklung unserer Bildungsstätte darstellt, Konflikte und Diskussionen benennt.
Mit vielen Fotos.
Aus dem Inhalt
– Bruchstücke aus der Vergangenheit
– Jungenschaft und Träverein, die früheren Jahre
– der Jugendhof wird zur offenen Bildungsstätte
– Konflikt und Professionalisierung
– der Jugendhof heute
– Ausblick

Bestellungen über:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 183
6101 Roßdorf 1

Tagungshaus – Blues

Stell dir vor, du hast'n Tagungshaus auf dem Land oder in der Stadt,
als erstes brauchst' n Namen, wie wär's denn mit: Kulturwerkstatt,
Freundschaftsheim, Begegnungsstätte, Alte Schule, Freizeithaus,
Sozialistisches Bildungszentrum – das hälste im Kopp nicht aus!

Dann brauchste noch' n paar Leute, das Autonome Kollektiv,
die Finanzierung muß geklärt sein, und geht's vielleicht schief,
wenn das Tagungshaus läuft solo, keine Kneipe im Verbund,
ohne Werkstatt, Töpferladen wird der Geldsack schon bald wund.

Da ist noch eine heiße Sache, die sich unauswechlich naht:
beschaffste dir das Geld von dir aus, oder kommt die Knete auch vom Staat,
biste ewig nur am Putzen, machste auch mal' n Seminar,
fühlst dich wohl im Mühlengrunde, kommste mit den Dörflern klar?

Papa Staat läßt dich nicht sitzen, denn bald komm' n sie allesamt:
Gewerbeaufsichtsamt, Finanzamt, das Bauamt und Gesundheitsamt,
Amtsgericht und Arbeitsamt, die liebe Brandschutzpolozei
machen dir das Leben sauer – cry, Baby, cry!

Bunt wie ein Schweizer Papagei ist die Tagungshausperson:
da schaffen einige wie blöde, der Buchhalter hockt auf'm Thron,
in andern Häusern wird rotiert: in Küche, Büro und beim Bau'n,
und der da stellt sich Leute ein, denn nur in sich hat er Vertrau'n.

Und zwischendurch, da fragste dich: wo gehts' n eigentlich lang?
Wie war doch damals die Parole – ein Leben ohne Zwang!
Jetzt kennste nur noch die Maloche, Aufbau, Ausbau – ja, hurra!
Politisch, menschlich auf'm Zahnfleisch, du Tagungshaussuperstar.

Mensch, keiner hat's uns beigebracht, wie man selbst organisiert,
wie man zusammen was auf die Beine stellt, den Mut dabei nicht verliert.
Und kommen auch mal schwere Zeiten, du weißt nicht ein noch aus,
dann mach dich auf die Socken, besuch ein andres Tagungshaus.

Gerd Müller, Arnshain, Juni 1985
„Alte Kelterei"

„Tag der offenen Tür" aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens des Jugendhofes Anfang September 1986

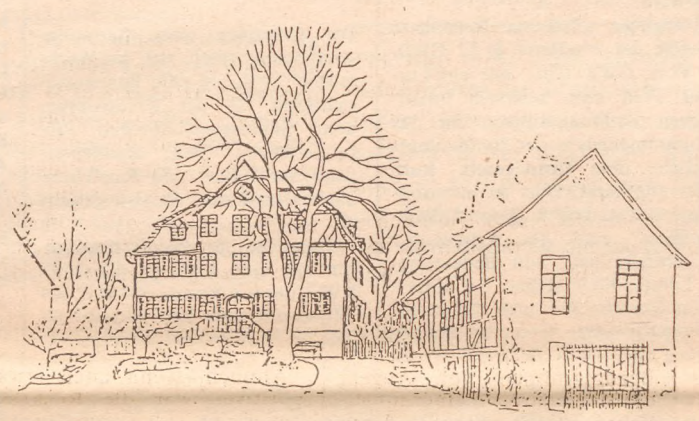
Tagungshäuser in NRW

Red. Heidelberg **Laut dem bundesweiten Verzeichnis der Tagungshäuser gibt es in Nordrhein-Westfalen 18 Häuser, davon sind zwei reine Frauenferienhäuser. Gemessen an der Zahl der alternativen Bildungswerke, von denen allein 40 in der LAAW (Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung) organisiert sind, ist das eine geringe Zahl Wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeit im Tagungshaus viel mehr ist und für Intellektuelle ungewohnt. In der Sammeldarstellung der Baden-Württembergischen Häuser wird Tagungshaus umschrieben mit Bildungsstätte, Freizeithaus, Begegnungsstätte, Freundschaftshaus, die ganz andere Herberge. Die Umschreibung mit so vielen Begriffen macht deutlich, daß sich eine bunte Mischung dahinter verbirgt, die mehr oder weniger alternativ im Sinne von selbstverwaltet ist.**

Auch in NRW gibt es diese bunte Branche in ihrer ganzen Vielfalt (s. Verzeichnis der Tagungshäuser, zu beziehen über die Häuser für 3.– DM). Zwischen den Häusern gibt es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Einige bezeichnen sich als selbstverwaltet, andere als Therapiehäuser, einige sind stadtnah, andere bewußt auf dem Land, einige haben ihre Häuser gepachtet, andere besitzen die Gebäude; nur wenige vereinigen Arbeit und Leben. Relativ einheitlich ist die Rechtsstruktur, da die Mehrzahl von einem Verein getragen wird. Ähnlich sind sich die Häuser auch darin, daß nur selten Profis (z.B. Köche/Köchinnen, Hauswirtschafter/innen, Buchhalter/innen) dort arbeiten. Meist handelt es sich um Angehörige diverser pädagogischer Berufe die dort ansatzweise die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit praktizieren. Aber damit ist schon das erste Konfliktfeld angesprochen. Wer macht überwiegend die Putz- und Kocharbeiten in den Häusern? Die Zivis (falls welche vorhanden), die Neuen, die Frauen oder die Lehrlinge (gibt's welche?)? Haben überhaupt alle Häuser die von der Szene zu den alternativen gezählt werden, den Anspruch, die pädagogische Schreibtisch- und Seminararbeit mit der Handarbeit zu verbinden? Wie ist es mit der Bezahlung der verschiedenen Arten von Arbeit geregelt?.... Diskussionspunkte, an die die Branche sich erst zaghaft heranmacht.

Die Bildungsstätten unter den Häusern vereint mehr. Sie profitieren vom Weiterbildungsgesetz NRW's, also von der Staatsknete, das WBG ist hier breiter angelegt als sonstwo. Die Häuser, die keine Lust und keinen Nerv auf ein eigenes Bildungswerk haben, weil viel Papierkram damit verbunden ist, können einen Kooperationsvertrag mit einem Bildungswerk abschließen. Die Zuschüsse in Zusammenhang mit Seminarwerbung sichern einen Teil der Personalkosten. In NRW gibt es nämlich für Einrichtungen, die spätestens 1982 gegründet wurden, pro durchgeführtem Teilnehmertag 30.– DM, zuzüglich 30.000 DM Personalkostenzuschuß, wenn 2.000 Teilnehmertage nachgewiesen werden. In der Regel also 90.000 DM pro Jahr. Dies ist die Zuschußhöchstgrenze, eine Expansion bringt nichts mehr.

Von außen betrachtet: eine Idylle



Einen Kooperationszusammenhang gab es für diese Bildungshäuser zunächst in der LAAW in der die Bildungswerke zusammenarbeiten.

Der neu im Entstehen begriffene Zusammenhang aller Häuser in NRW ist der Verband selbstverwalteter Tagungshäuser in NRW. Beschleunigend wirkten dabei die Konflikte mit dem Haus Wittgenstein, dem Tagungshaus der Grünen in der Nähe von Bonn. Da die Bildungsarbeit und die Zielgruppenorientierung sich mit denen der anderen Häuser überschneidet, stellt „Wittgenstein" in seiner jetzigen Konzeption eine erhebliche finanzielle und konzeptionelle Gefährdung anderer Häuser dar, indem z. B. Grünen-Arbeitskreise aus ihren bisherigen Beziehungsgeflechten herausgelöst werden.

Der ohnehin schwer zu organisierende Arbeitsbereich der politischen Bildung droht durch die Neugründung von oben zusätzlich geschwächt zu werden.

An den Treffen des entstehenden Verbandes nahmen bisher nur wenige Häuser teil: Bahnhof Ahrdorf, Haus Einschlingen, Friedenskotten Lippinghausen, Schloß Gnadenthal, WDÖFF. Um aus dem Sammelsurium eine Branche werden zu lassen, in der die Vorstellungen alternativer Ökonomie diskutiert werden, bedarf es noch erheblicher Anstrengungen und größerer Beteiligung. (Manchmal wohl auch eines Brückenschlagens über ehemals liebevoll, nun verkorkste private Beziehungen.)

Hanne Bestvater
WDÖFF, Bonn

In diesem Hause putzt der Chef!

Geschrieben in einer optimistischen Phase

Red. Heidelberg **Da stand ich 1982: arbeitsloser Dr., nach zehn Jahren vielfältiger Organisations-, Dozenten- und Leitungstätigkeit in der „etablierten" Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung. Die „Finanzmisere" der „Öffentlichen Hand" hatte mich endgültig gekillt.**

Nicht Tagungshaus oder Herberge war das Ziel beim Kauf eines kleinen, einsam gelegenen Bauernhofes, sondern selbstverwaltete Erwachsenenbildungsstätte mit eigenem Program.

Am Anfang standen

- ein tragfähiges pädagogisches Konzept. musischkulturelle Erwachsenenbildung vor dem Hintergrund der Waldorfpädagogik und der Anthroposophie Rudolf Steiners;
- ein mit 130.000 DM leidlich verschuldeter Hof mit einem Hektar Wiesenland
- 30.000 DM Bares;
- Aussicht auf – durch Honorartätigkeit gestrecktes – ausreichendes Arbeitslosengeld für 2 Jahre;
- gute Ideen und Ausbaupläne
- ein Kreis von Freunden/innen, die helfen wollten;
- Schaffenskraft und der dazugehörige Optimismus.

Es stand also alles bestens – bis die Ablehnung des Bauamtes kam: nach § 35 Bundesbaugesetz dürfe im Aussenbereich der Gemeinde nicht zu unserem Zweck gebaut oder in dem geplanten Umfang um- und ausgebaut werden. Die beantragte Nutzung als Bildungsstätte könne nur für einen Teil des Hauses genehmigt werden, für die Genehmigung der Übernachtungsplätze bestehe keine Möglichkeit.

Da standen – nun – wir: der Johanneshof e.V., ein Kreis von aktiven Freunden/innen, der Förderkreis und ich, der ich davon leben wollte. Jede/r, der/die die Materie kennt, weiß, daß ein Tagungshaus ohne angemessene Übernachtungsmöglichkeiten für Gastgruppen wirtschaftlich keine Chance hat. Das ergab sich auch im Austausch mit den selbstverwalteten Tagungshäusern in unserer schleswig-holsteinischen Arbeitsgemeinschaft...

...aber der Hof war zu schön, um ihn an irgendeinen Pferdeliebhaber zu verscherbeln. Wir fingen also einfach an, stellten die allernotwendigsten Räume (Gruppenraum, Selbstversorgerküche, Sanitäranlagen) her und nahmen auch die notwendigen Sicherungsarbeiten an den anderen Gebäudeteilen vor. Im Herbst 1983 erschien das erste Johanneshof-Programm mit einigen wenigen Veranstaltungen (und Bauwochenenden). Heute drei Jahre später, enthält das Halbjahresprogramm 19 Kurse und Seminare, kommen zwei Drittel der Teilnehmer/innen aus der näheren – ländlichen – Umgebung und nur ein Drittel aus den Städten.

Parallel dazu erhoben wir Klage gegen die Baubehörde. Ihr wurde – dank eines findigen Rechtsanwaltes in unserem Förderkreis – inzwischen weitgehend stattgegeben. Der endgültige Bauschein für das „Bettenhaus" steht noch aus. Bei genauerem Hinsehen – auch auf die Entwicklung in anderen Tagungshäusern mit eigenem Bildungskonzept – denke ich, ich muß sogar dankbar sein für die Engstirnigkeit des Bauamtes. zu einem großen Teil ist es sicher auch den Herren dort (tatsächlich nur Herren!) zu „verdanken", daß der Johanneshof bis heute kein Tagungshaus = Herberge geworden ist, sondern Bildungsstätte blieb.

Ergebnis. das Geld ist längst alle, obwohl an die Stelle des Arbeitslosengeldes eine 70 % geförderte ABM-Stelle getreten ist (bis 30.10.1986!). Gebaut wird seit einem Jahr nichts mehr ein Großteil meiner Zeit geht mit Putzen, Kochen und Einkaufen, Reparieren, Werben (Plakate kleben, Zeitungsnotizen schreiben usw.), nicht zu vergessen. Rechnen drauf (dies vor allem deshalb, weil unsere Seminare und Kurse für Normalverdiener erschwinglich bleiben sollen).

Aber fast jedes Seminar, fast jeder Kursabend bestätigt: Es ist richtig so, auch wenn's ein bißchen leichter sein könnte.

Inzwischen hat ein Freund begonnen, einen biologisch-dynamisch wirtschaftenden Gartenbaubetrieb im Johanneshof aufzubauen. In diesem – zweiten – Jahr wirft er schon etwas ab. Aber auch er schuftet von morgens bis abends zusammen mit freiwilligen Helferinnen und Helfern. Beide sind wir „glücklich" dabei, weil unser Anspruch täglich neu ins Bewußtsein tritt, der Wille, ihn zu erfüllen, sich täglich erweisen muß – in einem letztlich selbstbestimmten, schöpferischen Tätigsein – aber jetzt wartet der Staubsauger (und dabei träum ich dann vom Bettenhaus!)

Ekkehard Krüger
Johanneshof e.V.

Auszug aus dem Herbstprogramm des Johanneshofs

Abendkurse:
Übungswege der Selbstentwicklung – Märchen aus dem alten Persien – Malen: nass in nass – Zur eigenen Sprache finden: schreiben – Eine gute Sache öffentlich vertreten (Redekurs) – In dunkler Winternacht erzählt (Märchenabende für Erwachsene)
Tagesseminare:
Abwassser-Nachreinigung: ökologisch sinnvoll – biologisch-dynamischer Gartenbau – Das Leben zwischen Tod und neuer Geburt – Geburt als Wiederverkörperung – Ehe / Partnerschaft als Entwicklungsmöglichkeit?
Wochenendseminare:
Dasein in wegloser Zeit (Philosophie) – Tschernobyl: Signal zur Umkehr – Der Baugedanke des Goetheanum (Architekturreihe)

Eine Gemeinschaftsproduktion von 55 Tagungshäusern:

TAGUNGSHAÜSER

freie
autonome
unabhängige
selbstverwaltete ....

Stand: August 1986

bundesweites Verzeichnis

erhältlich bei:
Kraftzwerg e.V.
Hüttestr. 8
3396 Altenau

gegen Einsendung
von 3,50 DM
in Briefmarken

Zu diesem Verzeichnis

Diese Broschüre wurde von 55 Tagungshäusern in streckenweise schwieriger Zusammanarbeit erstellt. Organisatorische und vor allem koordinatorische Aufgaben übernahm dabei der Kraftzwerg e.V. – gemeinnütziger Verein für ganzheitliche, ökologische und politische Bildung in den Personen von Michael Beyer und Helga Zamzow..

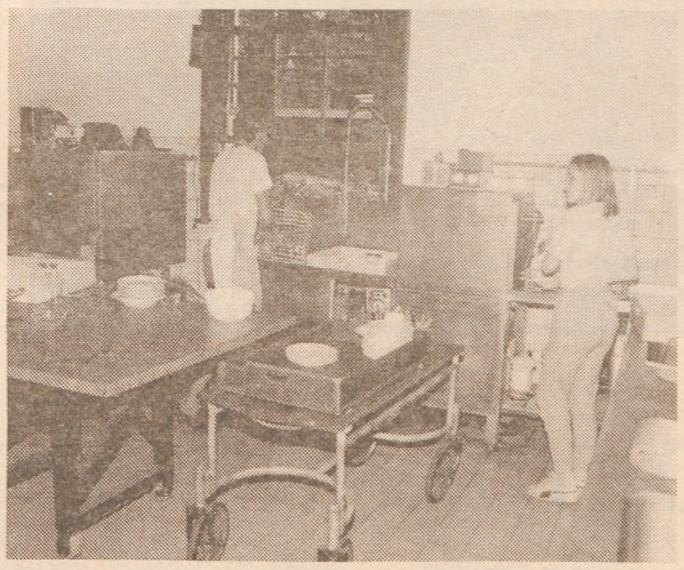
Die etwa 160 um Mitarbeit gebetenen Tagungshäuser verteilen sich – oberflächlich betrachtet – etwa gleichmäßig über das gesamte Bundesgebiet.

Beim genaueren Hinsehen allerdings fallen einige weiße Flecken auf – wie z.B. das Saarland und weite angrenzende Teile von Rheinland-Pfalz, die Stadtstaaten Bremen und Hamburg oder ein breiter Streifen quer durch Nordrhein-Westfalen. Auch in weiten Teilen Bayerns findet sich kein Tagungshaus. Ebenso gibt es einige dunkle Flekken auf der Landkarte der Tagungshäuser; in Südniedersachsen z.B. oder in Mittelhessen treten sich die Tagungshäusler/innen fast gegenseitig auf die Füße.

In einigen Bundesländern gibt es inzwischen landesweite Zusammenschlüsse von Tagungshäusern – so in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg –, oder viele Tagungshäuser sind – wie in Niedersachsen – in einer Landesvereinigung von selbstverwalteten Bildungsinitiativen organisiert. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von regionalen Tagungshaus Zusammenschlüssen. Sie dienen vor allem dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch, dem Abbau von Konkurrenz und wie in – Südniedersachsen – auch der gemeinsamen Weiterbildung. Zum Teil publizieren sie ebenfalls Selbstdarstellungsbroschüren, die – für regionale Benutzer/innen gedacht – gezielte und umfangreiche Informationen über einzelne Tagungshäuser bieten können.

Während also regionale Verzeichnisse genaue Verbraucher/innen - Informationen liefern und damit häufig einzelne Hausprospekte ersetzen, gibt das vorliegende Bundesverzeichnis einen großflächigen Gesamtüberblick, der im einzelnen von konkreten Informationen durch Hausprospekte ergänzt werden muß. In der Regel ist es sogar sinnvoll, die Tagungshäuser zu besichtigen, wenn eine Belegung beabsichtigt ist.

Niedersachsen liegt mit seinen fast 50 vorhandenen Tagungshäusern einsam an der Spitze aller Bundesländer, obwohl es selbst dort einige „weiße Flecken" wie den Raum Uelzen-Celle-Wolfsburg oder Südoldenburg/Ldkr. Vechta gibt. Im Verhältnis zu seiner geringen Größe ist auch Hessen mit seinen knapp 30 Tagungshäusern noch recht dicht besiedelt. Die übrigen Bundesländer verfügen mit ca. 20 Häusern (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bayern) bzw. sogar mit noch weniger (Baden-Württemberg: ca. 15, Rheinland-Pfalz: ca. 10) nur über ein äußerst dünnes Netz von Tagungshäusern. Das Saarland (wie schon erwähnt) hat sogar überhaupt kein autonomes Tagungshaus.



Alltag auch für Hauptamtliche: Geschirrspülen

Der lange Ritt durch den Dschungel der §§

Wer sich mit juristischen Fragen bisher noch nicht beschäftigt hat, wird, sollte er auf die vermessene Idee kommen, eine Ökobank gründen zu wollen, schnell Gefahr laufen sich hoffnungslos zu verirren. Gleich hinter der nächsten Ecke beginnt für ihn der Dschungel, türmen sich die §§ zu fast unüberwindlichen Hürden. Wer hätte geglaubt, daß der Urwald so nahe ist, daß es sogar noch jede Menge von „weißen Flecken" auch in der juristischen Landschaft gibt. Um den Vorhang vor dieser bizarren Landschaft etwas zu heben, um etwas hinter die Kulissen zu schauen, soll im folgenden der Versuch unternommen werden, mit der Lampe von einem Jahr „Dschungelwanderung" etwas Licht in das Dunkel der juristischen Seite einer Bankgründung zu werfen.
Da diese Beleuchtungsaktion sehr trocken zu werden verspricht, sei mir der Rat erlaubt, die weitere Lektüre mit einem guten Glas italienischen Weines anzutreten.

Die Gesetze

Die juristische Bibel jeder Bank ist das **Kreditwesengesetz**, kurz KWG genannt. Es regelt angefangen bei der Frage, was Bankgeschäfte überhaupt sind (§ 1 KWG), über das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, kurz BAK genannt (§ 5 KWG), über die Regelung des Eigenkapitals und der Liquidität von Kreditinstituten (§ 10 bis 12 KWG), über die notwendige Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer (§ 18 KWG), über die Definition, was ein Kredit und ein Kreditnehmer ist (§ 19 KWG), über die Werbung der Kreditinstitute (§ 23 KWG) praktisch fast alles. Die wesentlichen Bestimmungen für die Bankgründer sind die §§ 32 und 33 KWG. Dort wird die Zulassung zum Bankbetrieb geregelt. Darauf soll anschließend noch eingegangen werden.

Neben das KWG tritt als weiteres wichtiges Gesetz, so die Bankgründer die Rechtsform der Genossenschaft wählen, das **Genossenschaftsgesetz**, GenG abgekürzt. Dort wird sowohl die Errichtung der Genossenschaft (§§ 1 - 16 GenG), die Rechtsverhältnisse der Genossenschaft und der Genossen (§§ 17 - 23 GenG), die Vertretung und Geschäftsführung (§§ 24 - 52 GenG), die Prüfung und Prüfungsverbände (§§ 53 - 64c GenG), die Haftsumme (§§ 119 - 121 GenG) und diverse andere genossenschaftliche Rechtsfragen geregelt.

Weiterhin bliebe das **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen** -GWB abgekürzt – zu nennen. Dieses Gesetz kann für die Bankgründer dann wichtig werden, wenn sie die Aufnahme in Wirtschafts- oder Berufsvereinigungen anstreben und hier bei ihrem Anliegen auf Schwierigkeiten stoßen. Insbesondere kann hier der § 27 GWB wichtig werden, der sich auf die „Ablehnung der Aufnahme in Wirtschafts- oder Berufsvereinigungen" bezieht.

Um derartige Vereinigungen handelt es sich bspw. bei den jeweiligen Bankenverbänden der Fachsparte und den diesen angegliederten Institutionen. Im Falle der Gründung einer Kreditgenossenschaft ist dies der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken in Bonn, kurz BVR genannt.

Grundsätzlich haben Verbände das Recht zur Wahrung und Förderung der Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Zu dieser Koalitionsfreiheit gehört natürlich auch das Recht, darüber zu entscheiden, ob ein neues Mitglied aufgenommen werden soll oder nicht. Damit entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen der gesellschaftsrechtlichen Aufnahmefreiheit (Grundrecht der Vereinsfreiheit) und einer Benachteiligung des Bewerbers im Wettbewerb.

Mögliche Tatbestandselemente regelt der erwähnte § 27 GWB.

Vom GWB führt nur ein kurzer Pfad zum obersten juristischen Ordnungsrahmen für das Zusammenleben der Bundesdeutschen: dem **Grundgesetz**, kurz GG abgekürzt. Dort ist insbesondere der Artikel 9 „Vereinigungsfreiheit" und der Artikel 12 „Berufsfreiheit" von Bedeutung.

Letztendlich stellen die einzelnen Grundrechte auch Ordnungselemente der Gesamtrechtsordnung dar. Auch dieses soll später noch näher ausgeführt werden.

Der Vollständigkeit halber soll hier noch das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und das Handelsgesetzbuch (HGB) genannt werden. Auf diese wird nicht näher eingegangen werden.

Die Institutionen

Während die Gesetze den juristischen Rahmen einer Bankgründung vorgeben, hat der Gesetzgeber bestimmte Institutionen qua Gesetz beauftragt, diese juristischen Erfordernisse zu überwachen. So ist das bereits erwähnte **BAK** zuständig für „die Aufsicht über die Kreditinstitute nach den Vorschriften" des KWG (§ 6 Abs. 1 KWG). Dabei hat das BAK „Mißständen im Kreditwesen entgegenzuwirken die die Sicherheit der den Kreditinstituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte beinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen" (§ 6 Abs 2 KWG) könnten. Neu eingefügt durch die dritte KWG-Änderung vom 20.12.1984 wurde, daß das BAK diese ihm zugewiesenen Aufgaben „nur im öffentlichen Interesse" (§ 6 Abs. 3 KWG) wahrnimmt. Als weitere wichtige Institution ist der **Genossenschaftliche Prüfungsverband**, kurz PrüfV abgekürzt, anzusehen. Gem. § 54 Abs. 1 GenG „muß" jede eingetragene Genossenschaft einem PrüfV angehören. Pflichtmitgliedschaft in einem PrüfV ist wesentlicher Bestandteil der Rechtsform der eG.

Neben diese beiden Institutionen tritt das **Registergericht**. Dieses hat zu prüfen, „ob die Genos senschaft ordnungsgemäß errichtet und angemeldet ist. Ist dies nicht der Fall, so hat es die Eintragung abzulehnen" (§11a Abs. 1 GenG). Das Registergericht hat die Eintragung auch abzulehnen „wenn nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft zu besorgen ist" (§ 11a Abs. 2 GenG).

Neben diesen Institutionen, die sogar qua Gesetz ihren Auftrag erfüllen, tritt der **BVR** als Fachverband für die Kreditgenossenschaften. Dieser hat gem. § 4 seiner Satzung die folgende Aufgabe: „Zweck des Verbandes ist die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft".

Als zuständige Institution für alle Fragen im Zusammenhang mit dem GWB bleibt noch das **Bundeskartellamt** zu erwähnen.

Das Verfahren

Die Gründung einer Genossenschaftsbank spielt sich im Wechselspiel zwischen dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, dem Genossenschaftlichen Prüfungsverband, dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken und dem Registergericht ab.

Grundlage für die Verhandlungen mit dem BAK ist der § 32 KWG, der wie bereits erwähnt, die „Zulassung zum Bankbetrieb" regelt. So heißt es dort im Absatz 1: „Wer im Geltungsbereich dieses Gesetzes (des KWG, der Verfasser) Bankgeschäfte in dem in § 1 Abs. 1 KWG bezeichneten Umfang betreiben will, bedarf der schriftlichen Erlaubnis des Bundesaufsichtsamtes".

Zu den in § 1 Abs. 1 KWG bezeichneten Bankgeschäften gehören: das Einlagengeschäft, das Kreditgeschäft, das Diskontgeschäft (Wechseldiskontierung durch Kunden), das Effektengeschäft, das Depotgeschäft, das Investmentgeschäft, das Garantiegeschäft und das Girogeschäft. In der Regel werden Kreditinstitute, die das Einlagen-, das Kredit- und das Girogeschäft betreiben als Universal- oder auch Vollbanken bezeichnet.

In § 32 Abs. 2 heißt es weiter: „Das Bundesaufsichtsamt kann die Erlaubnis unter Auflagen erteilen, die sich im Rahmen des mit diesem Gesetz verfolgten Zweckes halten müssen. Es kann die Erlaubnis auf einzelne Bankgeschäfte beschränken". Das BAK darf die Erlaubnis aber nur dann versagen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen. Derartige Versagungsgründe sind in § 33 KWG erschöpfend geregelt. So darf die Erlaubnis nur versagt werden, wenn: (1) kein ausreichendes haftendes Eigenkapital zur Verfügung steht, (2) das Kreditinstitut nicht mindestens zwei fachlich geeignete und zuverlässige Geschäftsleiter hat, die nicht nur ehrenamtlich für das Kreditinstitut tätig sind und (3) dem Antrag auf Erlaubnis kein Geschäftsplan beigefügt ist, aus dem die Art der geplanten Geschäfte und der organisatorische Aufbau des Kreditinstitutes hervorgehen. Liegen diese Versagungsgründe nicht vor, so haben die Bankgründer einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Erlaubnis. Doch davon sind sie noch weit entfernt. Da ist einmal die Frage der Kapitalausstattung eines „ausreichend haftenden Eigenkapitals". Doch was ist schon ausreichend! Das Gesetz nennt kein generelles Mindestkapital für die Anfangstätigkeit eines Kreditinstitutes, sondern überträgt dem BAK die Aufgabe Grundsätze für die Anfangskapitalausstattung herauszubilden. Damit erhält das BAK einen Ermessensspielraum bei der Bestimmung der Anfangskapitalausstattung. Dieses Ermessen wiederum erfährt seine Grenze in der Zielsetzung des KWG, dem Einlegerschutz. D.h.: als Ermessensgrundlage für das BAK dient in erster Linie der Einlegerschutz. Folglich muß die Frage des Anfangskapitals im Lichte des Einlegerschutzes beurteilt werden. Eine über diese Bemessungsgrundlage hinausgehende Festsetzung der Anfangskapitalausstattung wäre eine unzulässige Ausdehnung des dem BAK vom Gesetzgeber zuerkannten Ermessensspielraums.

Wie geht das nun praktisch vor sich? Unsere Bankgründer müssen dem BAK ein genaues Konzept vorlegen, aus dem die Art und der Umfang der geplanten Banktätigkeit hervorgehen. Sie müssen darlegen, welche Bankgeschäfte sie betreiben wollen (z.B. Einlagengeschäft, Kreditgeschäft, Garantiegeschäft, Effektengeschäft usw.), wie sie diese Bankgeschäfte abwickeln wollen (also welche Absatzwege sie beschreiten wollen, insbesondere, ob es beabsichtigt ist von Anfang an Zweigstellen einzurichten) und welchen Umfang dieser Bankgeschäfte sie erwarten. Sie müssen darlegen, ob sie eine Voll- oder eine Spezialbank gründen wollen.

Das BAK prüft nun vor dem Hintergrund dieser Angaben, welches Anfangskapital zur Erfüllung des mit dem KWG verfolgten Zwecks – dem Einlegerschutz – notwendig ist. Dabei haben sich im Rahmen der Verwaltungspraxis des BAK bestimmte Maßstäbe entwickelt. So verlangt das BAK bei der Neugründung von Kreditinstituten, die das Einlagengeschäft betreiben 6 Mio. DM. Wollen diese Bankgründer allerdings bundesweit über Zweigstellen operieren, so dürfte die Kapitalforderung des Amtes schnell an die 10 Mio. DM herangehen. Zum Betreiben des Garantiegeschäftes sind 1 Mio. DM nötig und zum Betreieben eines Kreditinstitutes ohne das Einlagengeschäft könnten bereits 3 Mio. DM ausreichen. Auch der Umfang der geplanten Bankgeschäfte geht in die Beurteilung mit ein, wenngleich dieser auch im Zusammenhang mit der Frage nach den Zweigstellen zu sehen ist.

Neben der Höhe des Anfangskapitals spielt auch die Frage des Nachweises eine entscheidende Rolle. So muß dieses Kapital zum Zeitpunkt der Antragstellung beim BAK der Gründungsgesellschaft voll in liquider Form zur Verfügung stehen. D. h., es darf sich weder um Refinanzierungszusagen, noch um Anlagewerte, noch um sonstige Finanzierungszusagen handeln Üblicherweise erfolgt der Kapitalnachweis ggü. dem BAK in Form der Bereitstellung des Kapitals auf einem Konto bei der zuständigen Landeszentralbank.

Genau wie die Frage des Anfangskapitals wird auch die Frage der Geschäftsleiter im Rahmen der Zielsetzung des KWG beurteilt.

Darauf und auf die weiteren juristischen Gründungsschritte soll im Teil 2 eingegangen werden.

Meldungen

Qualifizierte Bankkauffrauen für Ökobank-Verein gesucht. Schriftliche Bewerbung an:
Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Postfach 51 25
6370 Oberursel 5

Das nächste Treffen der Regionalgruppen Süd der Ökobank findet am 26.10.1986, 16 Uhr im Jugendhof Bessunger Forst, Aschaffenburger Str. 183, statt.
Weitere Informationen bei Klaus Ahrons, Tel. 06103/ 2 89 74

Wirtschaft von unten -ohne Frauen?

Diese Tagung soll ein erster Versuch sein, Frauen aus den verschiedenen Bereichen (Parteien, Selbstverwaltung, Frauenbewegung) zusammenzubringen, um Ansätze einer feministischen Wirtschaftspolitik zu entwickeln.

Eingeladen sind alle Frauen, aus Finanzierungs- Beratungsinstituten, Frauen aus Parteien und Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten. Die Teilnehmerinnenzahl ist auf 50 beschränkt.

Tagung vom 15. bis 18.11.1986
im Frauenlandhaus Charlottenberg

Name .....

Gruppe/Institution .....

Adresse .....

Tel.: .....

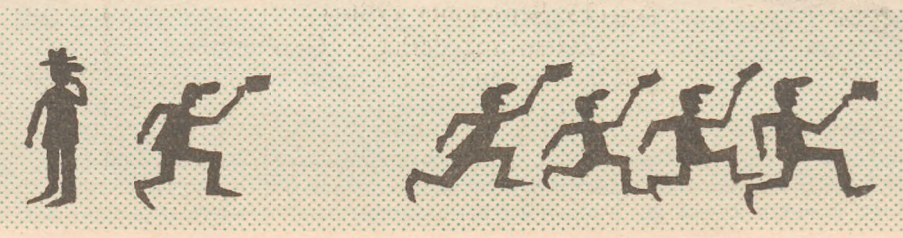
Anreise am: .....Abreise:.....
(Kosten Unterkunft und Verpflegung pro Tag 32,– DM)

Anmeldung auf nebenstehenden Coupon bis zum 20.10.86 an Freunde und Förderer der Ökobank, Jutta Gelbrich, Postfach 51 25, 6370 Oberursel 5

Treugeldstand per 24.09.1986	**5.774.466,00 DM**
Treugeldgeber	**11.880**
Vereinsmitglieder	**2.550**
Treugeldstand nach Regionen	
Baden-Württemberg	1.290.773,00 DM
Nordrhein-Westfalen	1.059.497,00 DM
Hessen	907.535,00 DM
Bayern	809.406,00 DM
Bremen/Niedersachsen	543.161,00 DM
Schleswig-Holstein	277.870,00 DM
Berlin	332.040,00 DM
Hamburg	205.936,00 DM
Rheinland-Pfalz	193.850,00 DM
Saarland	47.800,00 DM
Ausland	23.887,00 DM
diverse	82.710,00 DM

Treugeldkonto: Postgiroamt Frankfurt/Main,
Konto-Nr. 4151 75 – 609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Ökobank gründen!



Keine "Bundesanstalt für Arbeit"

Red. Nürnberg **Die grauenhafte Vorstellung einer „Bundesbürokratie für Selbstverwaltung' eines Kropfes ohne „Fleisch", bestimmte das Bild dessen, was sicher nicht entstehen darf, als sich Vertreter/innen von zeitweise bis zu neun Netzwerken am Rande der Bremer Staatsknetetagung trafen, um ihre weitere BAG-Gründung zu betreiben. Das Stigma der „Bundesbehörde" paßte denn auch gar nicht auf den fidelen Kreis, der vorhatte das Denkbare vom Undenkbaren zu sortieren, um die bundesweit agierenden Netzwerk-Vereine in einer zentralen „Vertretung" zusammenzuschließen. Und dazu waren sie ja alle von ihrem letzten Bundestreffen in Düsseldorf aufgerufen.**

Eins schälte sich schon sehr bald heraus: gegründet wird (noch) nicht im Herbst, sondern im März nächsten Jahres, auch um ein befriedigendes Verhältnis zwischen Gründung und Verkündung zu gewährleisten. Gedacht ist an eine medienwirksame Veranstaltung mit prominenten Teilnehmern als „Begleitmusik" zur Gründungstagung.

Laut gedacht und eifrig gefeilt wird jedoch auch weiterhin an einem Gründungskonzept als Prozeß, der auch alle aktiven Initiativen umfaßt. Formale Klimmzüge stehen an: wird es ein(e) Verein (igung) von Personen oder Vereinen? Erste Papiere wurden ausgetauscht und erste Diskussionsergebnisse sollen verschickt werden. Aber auch „Ressortdenken' ist auf dem mühevollen Weg zur Vernetzung zu überwinden. Weitere Tagungen im Herbst ergeben sicher weitere Stellungnahmen, Verbindungen und neue Tatsachen. So betreffen einige dieser Stelldicheins ja schließlich Aufgaben, die sich mit den Projektionen zur Rolle ihrer BAG vom letzten Bundestreffen der Netzwerke durchaus treffen. Der reale Stand bundesweiter Vernetzung(shindernisse) zeigt sich dann daran:

- Wie die versammelte CONTRASTE-Schar auf ihrem nationalen Plenum ihr projekteeigenes Wirr-Warr ordnet....
- Was in der bundesweiten Beraterszene so alles gedacht wird angesichts der Tatsache, daß ABM Mittel sich erschöpfen und ZERP zur (vorerst) letzten Beraterfortbildung einlädt, weil auch das ZERP-Programm eingestellt wird...
- Auch der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie will sich nicht zwischen Luftschloß und Wolkenkuckucksheim treffen (siehe auch CONTRASTE Seite ....)

.. um nur einige dieser Meetings zu benennen.

Und es waren vor allem die möglichen Aufgaben der BAG, die immer neue Diskussionen „zündeten" Wie politisch darf eine „Geschäftsstelle" sein, wie politisch muß sie sein, um an sie herangetragenen Ansprüchen zu genügen. Zumindest die gleichzeitig von Netzwerk Bremen auf ihrer Tagung versammelten Staatsknetedealer verfeuerten ja schließlich ganze Breitseiten der Ansprüche des innovativen Sozialen, Ökologischen und Demokratischen, wie sie sicher auch etwaigen „Bundesnetzwerkern" gehörig um die Ohren gehauen werden.

Denn irgendein Büro soll es später wohl geben. Netzwerk soll bundesweit am Ball sein– allein, der Wunsch nach Präsenz geriet nur zu rasch zum Problem der Repräsentanz. Wer soll so was und wo machen? Denn ein Bundesbüro der Netzwerke wird sich sicher nur alle halbe Jahre von der Basis der Netzwerkvereine „beaufsichtigen" lassen. Häufigere BAG-Treffs aller Netzwerke wären nicht nur aufwendig, sondern führen vielleicht nur zu einem Quengeln und Gängeln um die Personen in der „Zentrale". Nicht gerade drängeln wird sich vielleicht auch der Kreis von Bewerber/innen um den oder die Jobs als „Bundesnetzwerker".

Dabei waren sich die BAG-Vorbereiter zunehmend einig, daß die „BAG" nach außen und als „Geschäftsstelle" nur das wird sein können, was konkrete Menschen aus ihr machen. Aufgaben und Personen sind also auch in Einklang zu bringen. Immerhin gibt es ja auch noch das positive Bild einer Art Bundesvertretung, die mit phantasievollen Aktionen und Kommentaren für Selbstverwaltung jederman/frau ganz köstlich amüsiert. Oder?

Kurt Regenauer

Netzwerke als "Zweigstellen" der Ökobank

Red. Heidelberg *Oder ist das schon ein Schritt zu weit, weil damit die alternative Szene überfordert ist? Vernetzung wird zwar ständig aus allen Ecken gefordert, doch wenn sie praktisch umgesetzt werden soll, kocht jeder sein eigenes Finanzsüppchen und schimpft und wettert lieber über den traditionellen Bankenapparat, anstatt selbst Nägel mit Köpfen zu machen. Und wie die Erfahrung zeigt, ist es ja allemal leichter die Fehler bei den anderen zu suchen als bei sich selbst anzufangen.*

Wer die CONTRASTE-Beiträge der letzten Monate zum Thema Finanzierung von Alternativ-Projekten einmal verfolgt hat, stellt schnell fest, daß es viele wortreiche Artikel ohne greifbaren Inhalt zu diesem Thema gibt von den leider viel zu wenigen Ausnahmen einmal abgesehen.

Und was wird alles als große Neuigkeit diskutiert und gehandelt; immer schön wie die Netzwerksau mit dem Brett vor dem Kopf aneinander vorbei, als wäre die Szene so groß und so stark, daß wir es uns leisten könnten, noch gegeneinander zu arbeiten. Offensichtlich tragen unsere Profilierungsneurosen dazu bei, uns endgültig ins Abseits zu schieben. Sollten wir nicht statt dessen einmal versuchen, alle alternativen Finanzierungsgruppen unter einen Hut zu bekommen, damit die Bewegung in Bewegung gerät? Oder ist dieser Schritt zu pragmatisch und deshalb zu naiv?

Was gibt es also alles in der alternativen Finanzierungskiste?

Die abgewrackten Netzwerke, die bisher autonom und eigenbrödlerisch nebeneinander standen, schwingen sich nicht zu Landes-, sondern zu Bundestreffen auf. Bravo, das war schon lange überfällig, aber was geschieht auf Landesebene?

Das bundesweite Finanzwunder (sprich Direktkreditvermittlung), von den STATTwerken in Berlin angeleiert, sollte bei den Netzwerken angesiedelt werden und ist wohl aus den Geburtswehen nie so recht herausgekommen.

Was gibt es sonst noch neues? Aha, das Finanzforum unternimmt den Versuch alle Finanzfreaks zusammenzufassen, aber welche?

Ein alternativer Wohlfahrtsverband wird diskutiert um an Staatsknete für soziale und kulturelle Projekte heranzukommen. Sowas heißt dann auf niedersächsischer Ebene NIPBIS (Verein niedersächsischer Projekte und Betriebe in Selbstverwaltung) und verfolgt das selbe Ziel, wie auch der Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen.

Außerdem gibt es dann noch, ebenfalls auf Landesebene angesiedelt, und der alternativen Szene mangels Kompetenz bereits entzogen, die Beratungsgesellschaften für Beschäftigungsinitiativen in NRW und die noch in Planung befindlichen Beteiligungsgesellschaften anderer Bundesländer. Und was haben wir noch vergessen? Den Verein Freunde und Förderer der Ökobank, der mit seiner Initierung von Landesverbänden (von oben nach unten) wohl stecken geblieben ist und festgestellt hat, daß allein mit einem Versuch der Umbenennung des Vereins die alternative Szene noch nicht integriert ist. Und dann gibt es natürlich noch den Ökofonds (oder ist das schon zu sehr parteipolitisch?) auf Bundes-, Landes- und örtlicher Ebene.

Zu vergessen sind auch nicht die verschiedenen staatlichen oder halbstaatlichen Töpfe, die von geschickten „alternativen" Finanzfreaks angezapft werden, seien es Stadt, Land Bund, EG oder diverse Stiftungen und Vereine.

Nach dieser kurzen Bestandsaufnahme schließt sich die Frage an:

Wie könnte ein integriertes bundesweites Finanzmodell für alternative Projekte aussehen?

Bei den Gedanken, die wir uns dazu gemacht haben, sind wir von folgender Voraussetzung ausgegangen (siehe auch Schaubild):

Sollte die Ökobank im nächsten Jahr gegründet werden, was zu hoffen ist, benötigt sie bundesweit „Zweigstellen" (Ökozweige), um ihre Aktivitäten voll entfalten zu können, denn ihr fehlen die Kontakte und Beratungsmöglichkeiten vor Ort und ein System zur Absicherung der zu vergebenden Kredite. Wollen die Netzwerke nach der Gründung der Ökobank nicht zur Bedeutungslosigkeit absinken, können sie ihre Kontakte und Beratungsmöglichkeiten (falls vorhanden) vor Ort der Ökobank zur Verfügung stellen. Gegebenenfalls kann die Ökobank Bildungsseminare veranstalten und Netzwerkberater in Kreditsachbearbeitung ausbilden und kompetent machen. Gleichzeitig können Netzwerker daran mitwirken auf örtlicher bzw. Landesebene Bürgschaftsfonds (Haftungsassoziationen, bzw. Kreditgarantiegemeinschaften) zu organisieren.

Um fundierte Kreditentscheidungen treffen zu können, werden häufig umfangreiche Beratungen notwendig sein, die am kostengünstigsten von hauptamtlichen Netzwerkberatern (ABM) vor Ort, die schon über Projektinformationen verfügen, durchgeführt werden können. Der Netzwerkberater, der auch für die Abwicklung der Formalitäten der Absicherung der Kredite sorgt, legt dann sein Gutachten dem Netzwerkbeirat vor, dieser gibt dann eine Empfehlung an die Ökobank ab, insbesondere, wenn es sich um Förderkredite handelt. Die Ökobank selbst entscheidet dann über die endgültige Vergabe, wobei sie das Recht haben muß, den Netzwerkberater vorher zu autorisieren, damit er nach Ökobank/Netzwerkkriterien die Kreditberatung durchführt. Der ganze, zeitliche Ablauf sollte so organisiert sein, daß schnelle Kreditentscheidungen möglich werden. Im Netzwerkbeirat sollten Vertreter aller relevanten Gruppen vertreten sein.

Dies scheint uns eine bessere Lösung zu sein, als zusätzlich aus den Mitgliedern der Landesvereine der Ökobank Vergabegruppen zu bilden, insbesondere, weil relativ häufig auch Doppelmitgliedschaften von Einzelpersonen und Projekten bestehen, die sowohl Netzwerk-, als auch Ökobankvereinsmitglied sind.

Sind die Netzwerke als eingetragene gemeinnützige Vereine steuerlich anerkannt, wie bereits bei einigen Netzwerken geschehen, haben sie die Möglichkeit Spendenquittungen auszustellen und können damit die Aufgabe übertragen bekommen, soziale und kulturelle Projekte zu unterstützen. In einem Kooperationsvertrag zwischen Ökobank und einzelnen Netzwerken wäre dann eine Vereinbarung darüber zu treffen, daß Spenden an die Bank an die einzelnen Netzwerke weitergeleitet werden, da diese die Möglichkeit haben, Spendenquittungen auszustellen. Dadurch wird die gegenseitige Bindung von Bank und Netzwerk offenbar. Spenden von Netzwerkmitgliedern können weiterhin direkt an Netzwerk gehen. Die Mitglieder wiederum können diese Beträge am Jahresende beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung absetzen.

Darüberhinaus gibt es bei der Gemeinnützigkeit von Netzwerk die Möglichkeit mit der jeweiligen Stadt oder den Kreisen um Zuschüsse aus den entsprechenden Töpfen (z.B. Selbsthilfetopf) zu verhandeln.

Eine weitere Aufgabe wäre für Netzwerk zu sehen in der tatsächlichen Vernetzung der Betriebe und Projekte, damit Netzwerk nicht mehr nur die Kuh ist, die gemolken wird, – weil die Finanzkräftigen in der Szene dazu gut genug sind – aber sonst nur kritisch gesehen wird. Die Möglichkeit der Vernetzung und Mitgliedschaft im Netzwerk ist erfahrungsgemäß am ehesten gegeben, wenn das Interesse an Projekt- und Betriebsberatung erfüllt werden kann und Selbstverwaltern eine Erleichterung bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und bei der Lösung von Gruppenproblemen geboten werden kann. Auch ein

Fortsetzung nächste Seite

Bunte Seiten

Red. Heidelberg Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, soll im November '86 wieder erscheinen.

Dieses ist aber noch keinesfalls gesichert. Wir können nur in die Produktion gehen, wenn sich noch mehr Projekte und Betriebe entschliessen, Anzeigen zu schalten, damit CONTRASTE, die Zeitung für Selbstverwaltung, die durch die beteiligten Betriebe und Projekte auch nach 2jährigen Bestehen leider immer noch subventioniert werden muß, nicht einen noch größeren Schuldenberg aufbauen muß.

Preisbeispiel: Anzeige 1-spaltig, 43 mm breit und 30 mm hoch, kostet 30 DM netto. D. h. der Preis beträgt pro mm 1 Mark. Bei einer 2-spaltigen Anzeige, 90 mm breit und 50 mm hoch müßtet Ihr 100 Mark berappen. Alles klar?

Falls nicht, ruft uns an oder schreibt uns bis **spätestens 13. Oktober 1986 (der Redaktionsschluß war schon am 15. September 1986!)**

Zeitsprung-Verlag, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1 Tel. (06221) 1 34 02.

Fortsetzung von Seite 9

Netzwerkrundbrief, in dem alternative Projekte Werbung machen, kann dazu beitragen, einen Zusammenhalt auch nach außen gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Netzwerk wird um so stärker sein, je mehr Projekte es als Mitglieder vorweisen kann und je breiter das Spektrum an Mitgliedern ist. (Handel, Produktion, Landwirtschaft, Dienstleistung und soziale Projekte, Kultur, Bildung, Dritte Welt, Frauen, Friedensgruppen usw.) Darum wird Netzwerk in Zukunft stärker um Projekte und Betriebe als Mitglieder, als um Fördermitglieder werben müssen.

Neben Netzwerk e.V. als Mitgliederverein kann eine Netzwerk GdbR oder GmbH als Kreditvermittlung und Beratungsgesellschaft arbeiten und so ein differenziertes Kreditsystem geschaffen werden, das neben

- reinen Zuschüssen
- Zinszuschüssen
- zinslosen bzw. zinsgünstigen Direktkrediten

Förderkredite der Ökobank und marktübliche Kredite der Ökobank vergibt, ganz abgestimmt auf die Bedürfnisse des jeweiligen Kreditnehmers mit tilgungsfreien Zeiten, Staffelzinsen und der entsprechenden Absicherung.

Um die Absicherung der Kredite zu gewährleisten, können sowohl bei Direktkrediten als auch bei Ökobankkrediten neben den anderen Sicherungsmöglichkeiten auch Bürgschaften eingesetzt werden, wobei Netzwerk Rückbürgschaften übernehmen kann. Zu diesem Zweck sollten von den Netzwerken entsprechende Töpfe angespart werden, um im gegebenen Fall auch in die Rückbürgschaft eintreten zu können. Über die Vergabe von Rückbürgschaften kann wiederum der Netzwerkbeirat entscheiden, soweit für die entsprechenden Kredite bereits eine Empfehlung als Förderkredit abgegeben wurde.

Da die Ökobank bei vielen selbstverwalteten Betrieben Probleme mit der Kreditabsicherung haben wird, sollten bei einer Zusammenarbeit Netzwerkmittel zum grossen Teil zum Ansparen von Bürgschaftskapital verwendet werden. Hier besteht dann die Möglichkeit, daß die örtlichen Ökofonds (evtl. auch Kirchen?) Teile ihres Etats in einen Bürgschaftstopf einbringen. Das Bürgschaftskapital könnte evtl. wieder bei der Ökobank (oder der GLS-Bank) als kurzfristiges Spargeld angelegt werden.

Um die Netzwerke als Zweigstellen auch vom Namen her „aufzuwerten" könnten in einem Kooperationsvertrag zwischen Ökobank und einzelnen Netzwerken z.B. u.a. den Netzwerken die Berechtigung erteilt werden den Namen „Öko-Kredit-Werk" („Öko-Pump-Werk"?) oder „Öko-Kredit-Netz" zu führen, um so auch nach außen eine stärkere Anbindung an die Ökologie-Bewegung zu demonstrieren. Unter dem Namen „Öko-Kredit-Netz" könnten dann Netzwerk e.V. als Mitgliederverein und Netzwerk GdbR oder GmbH als Kreditvermittlung zusammengefaßt werden. Anzusiedeln wäre hier auch die Zusammenarbeit mit einem alternativen Versicherungsladen.

Soweit also unsere Vorstellungen auf örtlicher Ebene. Aber was hätte als nächstes nun auf **Landesebene** zu geschehen?

Selbstverständlich brauchen wir Zusammenschlüsse auf Landesebene, das soll aber nicht heißen, neben dem hundertsten noch den tausendsten Verein zu gründen, sondern daß Netzwerke Mitglied werden sollten in den Landesverbänden der Freunde und Förderer der Ökobank und entsprechend ihrer Stärke Sitze im Vorstand dieser Vereine anstreben sollten um vorhandene Strukturen zu sichern und zu festigen und nicht noch weitere neue Gebilde zu schaffen.

Neben dem Ökobankverein auf Landesebene besteht z.B in Niedersachsen bereits ein zweiter Landesverband mit dem Namen NIPBIS (s.o.), der sich bisher überwiegend um Staatsknete bemüht hat. Sicher sollten auch hier Netzwerke Mitglied werden und im Vorstand mitarbeiten, falls in Niedersachsen aufgrund der politischen Situation je mit Staatsknete gerechnet werden kann. Staatsknete ist mit ziemlicher Sicherheit immer notwendig bei sozialen, kulturellen, Bildungs-, Frauen-Projekten usw., da diese Projekte sich nicht ökonomisch tragen. Aber warum dafür einen neuen Verein? Können nicht unterschiedliche Interessen derselben Bewegung unter einem Dach zusammengefaßt werden? Oder sollten jetzt im Landesökobankverein nur die Betriebe Mitglied werden, die sich auf Dauer ökonomisch selbst tragen und bei NIPBIS die Projekte zusammengefaßt werden, die immer auf Staatsknete angewiesen sein werden? Auf jeden Fall sind Berührungsängste und Konkurrenzdenken hier völlig fehl am Platze. Nur ‚alle an einem Tisch" (Netzwerke, Ökobankverein, Ökofonds und NIPBIS) kann uns auf niedersächsischer Landesebene weiterbringen und klare Strukturen schaffen.

Was auf Landesebene ansteht, ist die Bildung von Haftungsassoziationen bzw. Bürgschaftsbanken nach dem Muster der STATTwerke in Berlin, nicht um weitere Konkurrenzen entstehen zu lassen, sondern um die Funktionsfähigkeit einer Ökobank erst zu ermöglichen. Zu überlegen ist auch hier, wie vorhandene Strukturen, auch Vereinsstrukturen, dazu genutzt werden können. Auch muß es hier wieder den Landesbürgschaftstopf geben in den sich die entsprechenden Organisationen, wie auf der örtlichen Ebene, einbringen.

Auf Grund der politischen Verhältnisse in NRW sind neben den Netzwerken und dem Landesökobankverein die Beratungsgesellschaften für Beschäftigungsinitiativen entstanden, die durch staatliche Interessen geprägt sind. Bei allen Vorbehalten, die Netzwerker und Ökobänker hier klar mitbringen mögen, sollte abgeklopft werden, wo Kooperationsmöglichkeiten bestehen, dies gilt ebenso gegenüber den in einigen Bundesländern geplanten Beteiligungsgesellschaften. Denn auch die üblichen staatlichen Programme, wie Eigenkapitalhilfe, ERP-Programm oder andere Sondertöpfe können für den alternativen Sektor nutzbar gemacht werden.

Ähnliche Überlegungen wie auf Landesebene sind auf **Bundesebene** anzustellen.

Sicher ist das Netzwerkbundestreffen eine sinnvolle Initiative. Zu einem alternativen Finanzforum auf Bundesebene gehören aber neben den Netzwerkern auch Ökobänker, STATTwerker (Finanzwunder), Bundesökofondsvertreter, Versicherungs-Leute und Wohlfahrtsverbandsverfechter. Auch hier kann die Devise nur lauten „alle an einen Tisch" und bevor neue Vereine gegründet werden, sollten vorhandene Strukturen gestärkt und gefestigt werden. Durch Zersplitterung schwächen wir uns nur selbst. Aber gerade das scheint eine alternative Stärke zu sein. Zu prüfen wäre auch, inwieweit die Haftungsassoziation e.G. der Berliner STATTwerke bei der Absicherung der Ökobankkredite behilflich sein kann. Oder ist dieser Gedanke total tabu? Denn wie zu hören ist, fließen (nicht zuletzt wegen der Ökobankgründung?) die Direktkredite nur noch schwach. Vermutlich aber ist die Haftungsassoziation an das Land Berlin gebunden oder wäre auf dem Verhandlungswege eine Öffnung zu erreichen? Was auf jeden Fall möglich wäre, daß die STATTwerke ihre Erfahrungen auf Landesebene einbringen, um neue Bürgschaftsgemeinschaften entstehen zu lassen.

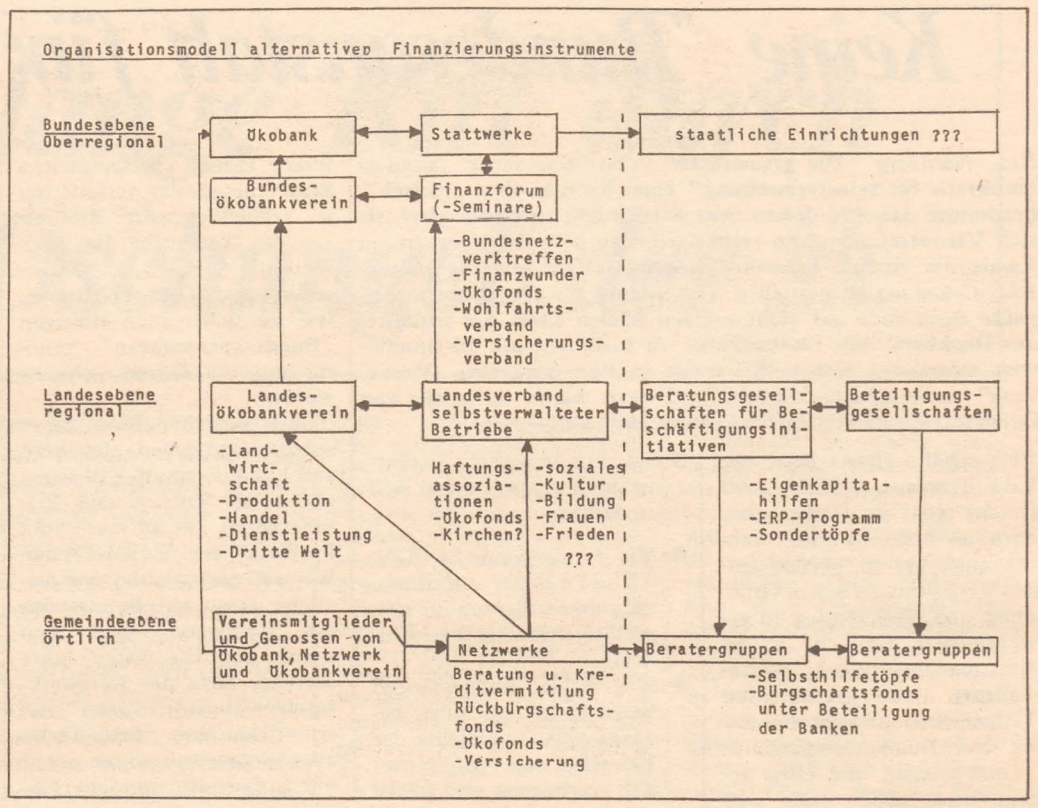
Wenn die **Ökobank** im nächsten Jahr ihre Arbeit aufnehmen sollte, wird sie sicher noch einige Abstriche von ihren Konzept-Idealen machen müssen, denn wollen die Mitarbeiter ihren Lebensunterhalt in der Bank verdienen, werden sie schnell unter den ökonomischen Druck geraten ihr Geld oder besser, unser Geld in Bewegung zu setzen, bzw. ihr Kreditpotential auszuschöpfen. Dies ist nur möglich, wenn das Geld wieder zurückfließt in die Regionen, aus denen es gekommen ist.
Hierbei könnten die Netzwerke, wie oben erläutert, wichtige Dienste leisten. Die Ökobank wäre dann in der Lage, die alternative Ökonomie entscheidend voranzutreiben. Über Bildungsseminare würde ein Gedankenaustausch und überregionale Vernetzung wahrscheinlich schneller und einfacher bewirkt werden können, als über alle anderen Versuche! Gemeinsame Probleme und Lösungswege und gegenseitige Hilfestellung sind beste Voraussetzungen.

Da aber das Kreditvolumen der Ökobank über den Bedarf in der alternativen Szene hinausgeht, wird es notwendig sein, auch andere Bereiche mit einzubeziehen, wie die sogenannten „neuen Selbständigen" oder traditionelle Kleinbetriebe, soweit ihnen Netzwerk- bzw. Ökobankkriterien nahegebracht werden können bzw. wenigstens von Bewußtsein her angestrebt werden, was bei vielen sogenannten „Alternativbetrieben" ja häufig auch „nur" der Fall ist.

Sollte die praktische Arbeit der Ökobank Probleme mit sich bringen, dann sei auf die GLS - Gemeinschaftsbank in Bochum verwiesen, die nach 12 Jahren praktischer Arbeit beachtliche Erfolge vorweisen kann. Ist der ideologische Überbau von Ökobank und GLS-Bank auch grundlegend verschieden, so wird sich die praktische Arbeit der Ökobank wohl kaum von der der GLS-Bank unterscheiden und wie die aussieht, ist auf Seite 39 des Bankspiegels über das Geschäftsjahr 1984/85 kurz und deutlich zusammengefaßt (siehe Kasten)

Um es zum Schluß noch mal zu wiederholen: Will die Ökobank keine Bauchlandung machen, ist sie auf die Netzwerke angewiesen und umgekehrt können die Netzwerke durch die Ökobank endlich Fleisch auf die nackten Rippen bekommen. Es geht darum, vorhandene Strukturen zu stärken und zu festigen und miteinander zu kooperieren und nicht darum, noch weitere schwammige Gebilde zu schaffen. Oder anders: vernetzen statt zerfetzen, Ökobank statt Ökopunk.

Klemens Speer
Andries ter Heide
Netzwerk Osnabrück



Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aufgaben und Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaftsbank

Mit der Gemeinschaftsbank können alle Menschen zusammenarbeiten, denen es ein Anliegen ist, in ihrem wirtschaftlichen Verhalten die Bedürfnisse anderer und das Leben der Umwelt zu berücksichtigen. Eine Bank für Leihen und Schenken hat Aufgaben und Tätigkeitsbereiche, die zum Teil den Funktionsrahmen konventioneller Banken überschreiten, andererseits werden nicht alle banküblichen Geschäfte betrieben.

Was getan wird

Neben der Verwaltung von Einlagen – Einlagen mit täglicher Kündigung, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist –, und der Übernahme von Bürgschaften bietet die Gemeinschaftsbank insbesondere die folgenden Dienstleistungen an:

- Persönliche und individuelle Beratung bei der Lösung von Aufgaben und Problemen im Bereich gemeinschaftlichen Wirtschaftens. Beratungsgespräche werden unentgeltlich geführt.
- Die Vermittlung und Verwaltung von Schenkungen.
- Hilfe zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung im geistig-kulturellen und im gewerblichen Bereich durch banktechnische Abwicklungen wie z.B. Kontoführung, Vermögensübertragungen, Vermittlung und Verwaltung von Direktkrediten usw.
- Vergabe von Personalkredit, um jene Vorhaben in den Bereichen von Produktion und Verteilung zu fördern, die auf Sachkompetenz und persönlicher Initiative gründen und sich orientieren an den Notwendigkeiten der Gemeinschaft.
- Förderung freier Forschung und freier Ausbildung in Zusammenhang mit Bemühungen um eine geisteswissenschaftlich orientierte Wirtschaftsweise.
- Entwickeln und Erüben von Methoden und Techniken für ein Wirtschaften, das nicht auf Konkurrenz beruht, sondern auf der Zusammenarbeit aller Menschen, die an der Lösung wirtschaftlicher Probleme von der Produktion bis hin zur Konsumation bewußt beteiligt sein wollen und diese Lösungen als Betroffene konzeptionell und praktisch mitgestalten. Die Erforschung und die Entwicklung assoziativer Wirtschaftsformen zählen daher zu den notwendigen Aufgaben der Bankarbeit.

Was nicht getan wird

Um ihren besonderen Aufgaben gerecht zu werden, verzichtet die Gemeinschaftsbank darauf, gewinnwirtschaftliche Ziele zu Gunsten des eigenen Instituts zu verfolgen. Die Gemeinschaftsbank führt nur in besonderen Ausnahmefällen private laufende Konten, wie Gehaltskonten, Geschäftskonten usw. Dasselbe gilt auch für Daueraufträge und Lastschriften. Sie hat keinen eigenen Zahlungs- und Scheckverkehr. Diese Geschäfte erfordern ein breites Filialnetz und einen Schalterbetrieb und damit eine andere Struktur der Arbeit.
Die Gemeinschaftsbank vermeidet soweit wie möglich reine Geldgeschäfte. Sie unterstützt diese auch nicht bei ihren Kunden.
Es werden keine Sondersparformen wie Sparbriefe mit Höchstzinsen und Sonderzulagen sowie prämienbegünstigte Sparformen angeboten.
Da die Gemeinschaftsbank ihre Kredite nach dem Prinzip des Personalkredite vergibt, werden keine langfristigen Realkredite wie Grundschulddarlehen, Hypotheken usw. mit Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren gewährt.
Die Gemeinschaftsbank betreibt keinen Wertpapier- und keinen Devisenhandel. Sie führt keine Depotgeschäfte durch, arbeitet aber auf diesem Felde mit anderen Banken zusammen.
Ein Kredit an einen Kreditnehmer darf ohne Beschluß der Generalversammlung den Betrag von 200.000 DM nicht übersteigen.
Um den verschiedenartigen Aufgaben in der Bemühung um ein assoziatives Wirtschaften gerecht zu werden, ist die Arbeit der Gemeinschaftsbank gegliedert in

Gemeinnützige Treuhandstelle e.V.
Gemeinnützige Kredit-Garantiegenossenschaft eG
GLS Gemeinschaftsbank eG

Diese Institutionen arbeiten eng zusammen und werden zum grossen Teil von denselben Personen verwaltet. Es besteht keine strenge Trennung der Funktionen. In der täglichen Arbeit wird entschieden, welcher Einrichtung man sich im einen oder im anderen Fall am besten bedient.

Anzeige

Orientierungspunkte auf dem Weg aus der politischen Irrelavanz

Neuerscheinung:
„Macht und Gegenmacht"

Das zur Buchmesse bei der AG SPAK (Kistlerstr. 1, 8000 München 90) erschienene Buch „Macht und Gegenmacht" von Thomas Mathiesen ist der Versuch, Taktik und Strategie außerparlamentarischer Bewegungen aus soziologischer Perspektive zu analysieren. Der zentrale Wert des Buches liegt in der Entwicklung konkreter Modelle möglicher Widerstandsformen, mit deren Hilfe das Dilemma zwischen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Absorption, das fast alle Gegenbewegungen über kurz oder lang in die politische Irrelevanz treibt, überwunden werden kann.

Für die grün-bunten alternativen sowie sozialen Bewegungen, die sich in den vergangenen Jahren mit ihren Forderungen und Diskussionen mit ähnlichen Fragestellungen beschäftigten, liefern die Überlegungen sicherlich neue Denkanstöße.

Thomas Mathiesen, Professor an der Universität Oslo, ist in Skandinavien und im englischen Sprachraum durch eine Reihe von Publikationen, die sich mit Problemen der politischen Aktion in Gesellschaften auseinandersetzen, bekannt.

2. erweiterte Auflage, März 1986

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe ' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Mit dem Umbau beginnen!

Zur Entwicklung des Ansatzes

Red. Berlin *Nicht mal einen Sturm im Wasserglas hat es gegeben. Ein paar Pressenotizen, ein Kongreß und ein Parteitag. Doch dann ward nichts mehr gehört und gesehen.*

Eigentlich war es der erste pragmatische Rundumschlag grüner Parteistrategen, war es ein Hoffnungsschimmer grüner Utopisten, die erstmalig ihre Visionen in Zahlen, Gesetzesänderungsvorschlägen und Entwürfen für Verwaltungsrichtlinien wiederfanden.

Gut, den einen war es zu radikal, den anderen zu reformistisch und dritten zu staatsfixiert. Doch scheinbar hat sich die Diskussion darüber ohnehin erübrigt. Eine zur Durchsetzung notwendige Regierungskonstellation scheint in weiter Ferne. Die Chancen einer kleinen Oppositionspartei, Ansätze davon in einem „ökologischen Grundkonsens" einzubringen sind gleich Null.

Ein guter Denkanstoß — mehr nicht! Gemeint ist das Umbauprogramm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, in dem Schritte (mittlerer Reichweite) zu einer ökologischen Wirtschaft, zu einer sozialen und demokratischen Wirtschaft und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit skizziert werden.

Ohne den hämischen Ton eines ich-habe-es-doch-gleich-gewußt anschlagen zu wollen, erweist sich die Fixierung auf staatliche Regelungsmechanismen, bzw. die eindimensionale Betrachtungsweise des Umbaus über parlamentarische und fiskalische Instrumente als größter Hemmschuh. Die Abhängigkeiten von parlamentarischen Mehrheiten und Koalitionsinteressen stumpft den ganzen Ansatz derart ab, daß der geplante Umbau zum Sandkastenspiel degeneriert.

Schon in früheren CONTRASTE-Ausgaben wurde die Ergänzung durch einen sogenannten „Initiativ-Ansatz" angeregt. Über diesen sollten sich die Initiativen, Projekte und selbstverwalteten Betriebe auf ein gemeinsames Umbaukonzept verständigen, das dann in kleinen Schritten umgesetzt wird. Dies ist natürlich ein sehr mühseliger Weg, aber er ist weitgehend unabhängig von den Machtverhältnissen in Bund und Ländern, dafür geprägt von der „inneren Power" der Szene.

Natürlich erscheint so der Umbau eher als kleine Bastelei, doch auch kleine Basteleien zeigen ihre Wirkung, wie jeder Heimwerker weiß. Wenn sich nun Leute hinsetzen und solch einen Initiativ-Ansatz entwickeln und niederschreiben, wird das wenig Konseqenzen haben. Nicht daß es an „Bastlern" fehlt. Jedoch mag man im Moment den Eindruck nicht loswerden, daß die Bastelleidenschaft insgesamt sehr nachgelassen hat (im Klartext: die Szene ist wahnsinnig schlaff geworden). Also setzen wir darauf, daß auch wenige Aktive Impulse für Veränderungen im Kleinen geben können. Schließlich hat Gustav Landauer schon gesagt, daß der Sozialismus mit so vielen Leuten möglich und praktizierbar ist, wie mitmachen wollen. Somit fangen wir nun an, die kleinen Netze für den Umbau zu spannen.

Es geht erstmal um die Entwicklung eines Umbau-Konzeptes. Dabei geht es weniger um neue Papierberge, sondern um die Begutachtung und Auswertung von Erfahrungen. Denn: wir fangen nicht bei Null an, sondern es arbeiten hunderte von Initiativen und Projekten schon seit Jahren am Umbau von Strukturen. Konzeptentwicklung in diesem Zusammenhang heißt daher, erstmal kritisch zu reflektieren, wo Fehler gemacht wurden, Grenzen ausgemacht werden konnten und Risiken erkennbar sind.

Aus diesen Erfahrungen heraus sollen Strategien entwickelt werden, wie der Sprung von der „Bastelei" zum „planerischen Umbau" geschafft werden kann. Wie sehen die nächsten Schritte aus, z.B. zur Integration der bestehenden Ansätze, wie können die Hauptprobleme der Weiterentwicklung gelöst werden?

Die verbesserte Kommunikation, Kooperation und Koordination (im Szene-Deutsch: Vernetzung) sind dabei die entscheidenden Voraussetzungen. Nicht die projektindividuelle Existenzsicherung steht im Vordergrund, sondern die kollektiven Veränderungen an der Struktur unserer Gesellschaft.

Zum Verhältnis von oben und unten

Basisdemokratisch konsequent wäre eine Vollversammlung aller Initiativen und Projekte zur Diskussion und Verabschiedung einer Umbauplattform. Ein organisatorisch und gruppendynamisch unmögliches Unterfangen. Also müssen Strukturen her, die einerseits eine breite Beteiligung von Interessierten und Betroffenen gewährleisten, andererseits eine nervenschonende und (klein-)gruppenorientierte Konzeptbildung und Diskussion zulassen.

Die Arbeiterbewegung hatte ihr Rätesystem, was allerdings in den traditionellen Strukturen (Betriebe, Branchen, Gewerkschaften) eingebettet war und die Herausbildung von Funktionärskader auch nicht verhindern konnte. Aber es geht (noch) nicht um Macht und Geld und die Hierarchiefrage dürfte sich später stellen.

Die Strukturentwicklung in der alternativen Szene fängt dementsprechend in den Bereichen/Branchen und Regionen an. Die Formierung der Segmente, würden die Soziologen sagen. Die Ökobauern und die Gesundheitsinis, die Frauen und die Medienfreaks, die Selbstverwalter und die Anhänger von ökologischem Bauen sollten sich erstmal in ihren Bereichen orientieren und möglichst auch organisieren. In der zweiten Stufe sollten sich dann die vernetzten Bereiche zusammentun. Parallel ist auf regionaler Ebene branchenübergreifend zu vernetzen. Wobei die Kunst darin besteht, eine Vernetzung ohne großen bürokratischen Aufwand hinzukriegen: verbindlich, aber nicht starr; tragfähig, aber nicht unbeweglich.

Es findet nun keine Vollversammlung statt. Dafür gibt es eine Reihe von Tagungen, Seminaren und Kongressen, die der Orientierung und Organisierung einzelner Bereiche dienen sollen. Diese Treffen finden ihre Fortsetzung auf regionaler Ebene und werden dann zum Zweck der weitestgehenden Informationsverbreitung in Buchform dokumentiert.

Wie schon des öfteren angekündigt, finden nun im November die ersten beiden Tagungen statt. Dazu mehr auf dieser und der nächsten Seite.

M.M.

Ein falscher Ansatz zur falschen Zeit

Red. Berlin *Kaum ist die Idee geäußert, hagelt es auch schon Kritik. In diesem Fall kam der Vorwurf der Aufgesetztheit, der zu engen Anlehnung an grüne Parteipolitik und der Einwand der Überschätzung des Vernetzungspotentials. Die zunehmende Tagungsmüdigkeit und das abnehmende Interesse an übergreifenden Initiativen würden ein übriges tun, um diesen Ansatz zum Scheitern zu bringen. Eine solche Unausgegorenheit sollte man sich als Szenekenner nicht leisten.*

Nun ja: ein bißchen Selbstbewußtsein gehört schon dazu, um mit diesem Ansatz hausieren zu gehen. Dadurch mag die Kritiksensibilität ein wenig leiden. Aber diese ewige Nörgelei der Besserwisser und Resignierten führt zu Abstumpfungserscheinungen.

Die „Aufgesetztheit" ist ein richtiger Vorwurf. Aber er kommt zur falschen Zeit. Die Zeiten, wo sich von „unten" was entwickelt, neigen sich dem Ende. Das, was sich in den letzten Jahren von „unten" entwickelt hat, stagniert oder ist verkümmert. Und diese Entwicklung kann nach meiner Einschätzung nur von „oben" wieder in Gang gesetzt werden. Wenn von „oben" nichts kommt, wird sich von „unten" auch nichts entwikkeln. Die „Aufgesetztheit" ist auch an sich nichts verwerfliches, solange die „Aufsetzer" keine Führungsansprüche anmelden und durch die Form des „Aufsetzens" die Strukturen nicht vorgegeben werden.

Die gesamte „linke Szene' dämmert im Moment vor sich hin (die aufrechten Anti AKW-Aktivistinnen und -en 'und die Hausbesetzer in Frankfurt und Freiburg mögen mir verzeihen). Die Bewegung steht oder tritt bestenfalls auf der Stelle und der starre Blick nach Bonn wird mehr und mehr zum bestimmenden Element des Politik-machens. In diesem Moment zu einem großen Vernetzungsringelreihen zu blasen, läßt nicht viel Szenegespür vermuten.

Doch warum sollte nicht auch aus solch einer Starre heraus ein derartiger Impuls bewegungsauslösend wirken. Große und bekannte Projekte, wie die taz und das Netzwerk sind schließlich auch in einer Zeit der Erstarrung — dem deutschen Herbst 1977 — ausgetüftelt worden. Deshalb: nichts, wie mit dem Umbau beginnen.

Opti-michael

Selbstverwaltungsseminar:

Es hat sich einiges getan an Vernetzung — in den letzten Jahren. Es gibt Regionalverbände und Branchenzusammenschlüsse, von den informellen Kungelclubs ganz zu schweigen. Doch der Zustand ist nach wie vor unbefriedigend. Es kommen wenig Impulse aus der Vernetzungsarbeit und diese wird eher als zusätzlicher Streß empfunden. Interne Projektnervereien werden auf die überbetriebliche Ebene übertragen.

Doch es soll kein „Jammerseminar" werden, wo alle beklagen, daß sie nicht recht weiterkommen. Eine nüchterne Betrachtung dessen was es gibt, steht im Vordergrund. Ein bißchen Reflektion über Grenzen und Risiken von Vernetzung — Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Netzen. Doch dabei soll nicht stehengeblieben werden. Das Seminar soll nicht nur den Status quo konstatieren, sondern es sollen gemeinsame Strategien und Perspektiven entwickelt werden. Pragmatisch und realistisch sollen Schritte erarbeitet werden, wie Vernetzung unterstützt werden kann und wie Netze vernetzt werden können.

Nach dem Seminar wollen wir ein Stückchen mehr Infrastruktur haben, soll klar sein, wie es weiter geht.

Tagungsprogramm Selbstverwaltungsseminar:

Verbände und Netze selbstverwalteter Betriebe

vom 7. bis 9. November 1986 im Lagerhaus, Bremen, Schildstraße

Freitag

20.00 Uhr **Horizontale und vertikale Vernetzung (Risiken, Grenzen, Chancen)**
Es geht um Kooperationsprojekte (Werbung, Leasing, Einkauf) und um Zuliefer-Abnehmer-Ketten (Prinzip von eigenen Kreisläufen).

Sonnabend

10.00 Uhr **Block A**
Überbetriebliche Job-Rotation (Mitarbeiter-Tausch). „Willi vom Buchladen in Oldenburg will mit Ulla vom Tagungshausprojekt in der schwäbischen Alb tauschen, wenigstens mal für einen Monat"
Block B
Finanzierung
Was gibt es (Kreditvermittlung, Haftungsfonds und Ökobank) und wie läßt es sich integrieren — aus der Sicht der Betriebe?

15.30 Uhr **Politische Organisierung**
Brauchen wir eine Lobby und wenn ja, wie muß die Struktur aussehen (basislegitimiert, handlungsfähig, repräsentativ).

Sonntag

10.00 Uhr **Gemeinsame Perspektiven und Strategien**
Wie kommen wir raus aus der Nischenwirtschafterei und werden eine wirtschaft (spolitische) liche Kraft.
(Nicht nur für Selbstverwaltungsfunktionäre und Reisekader)

Anmeldung und Info bei Bernd Scheda
Sielpfad 27
2800 Bremen

Bitte bei der Anmeldung unbedingt angeben, ob ein Übernachtungsplatz benötigt wird.
Eine Teilnehmergebühr gibt es nicht, ggf. wird eine Umlage für die Essensversorgung erhoben.
Anmeldeschluß ist der 31. Oktober 1986

Fortsetzung: „Mit dem Umbau beginnen!" v. Seite 11

– Trägerkonstruktionen, Finanzierung, integrierte Konzepte –

Natürlich hat es auch in diesem Bereich schon dutzende solcher Treffen gegeben, allerdings haben die Organisationen die Hoffnung, daß neben einer guten Übersicht über den Ist-Zustand der Bauökologie auch eine Reihe konkreter Initiativen auf der Tagung entwikkelt werden, die dazu beitragen, die Gruppen in diesem Bereich näher zu bringen (zu vernetzen) und für bestimmte ökologische Maßnahmen wirtschaftlich umsetzbare Strategien beinhalten.

Trägerkonstruktionen, Finanzierung, Vernetzung und Aufbau einer Infrastruktur sind die Schwerpunkte der Tagung. Und die Fragen, die diese Aspekte aufwerfen, sollen – wenn auch nur im allgemeinen – auf dieser Tagung beantwortet werden.

Tagungsprogramm
Ökologische Haus- und Stadtsanierung
–Trägerkonstruktionen, Finanzierung, integrierte Konzepte –
vom 14. bis 16. November 1986 in der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, Badensche Str. 50

Freitag

9.30 Uhr **Einführung in die Stadtökologie**
Trägerkonzepte für ökologische Sanierungsmaßnahmen
Finanzierung und Wirtschaftlichkeit
Integrierte Ökologie-Konzepte

15.00 Uhr **Arbeitsgruppen**
Vorstellung von Projekten

AG 1 Baubiologie
AG 2 Abfallvermeidung und Recycling
AG 3 Alternative Energiekonzepte
AG 4 Umweltinformation und Umweltlernen
AG 5 Wasser und Atemluft
AG 6 Haus- und Stadtbegrünung
AG 7 Alternative Verkehrskonzepte
AG 8 Integrierte Projekte

Sonnabend

9.30 Uhr **Fortsetzung der Arbeitsgruppen**
Auswertung der Projekterfahrungen bezogen auf die Schwerpunkte: Trägerkonstruktionen, Finanzierung und Vernetzung der verschiedenen ökologischen Bereiche

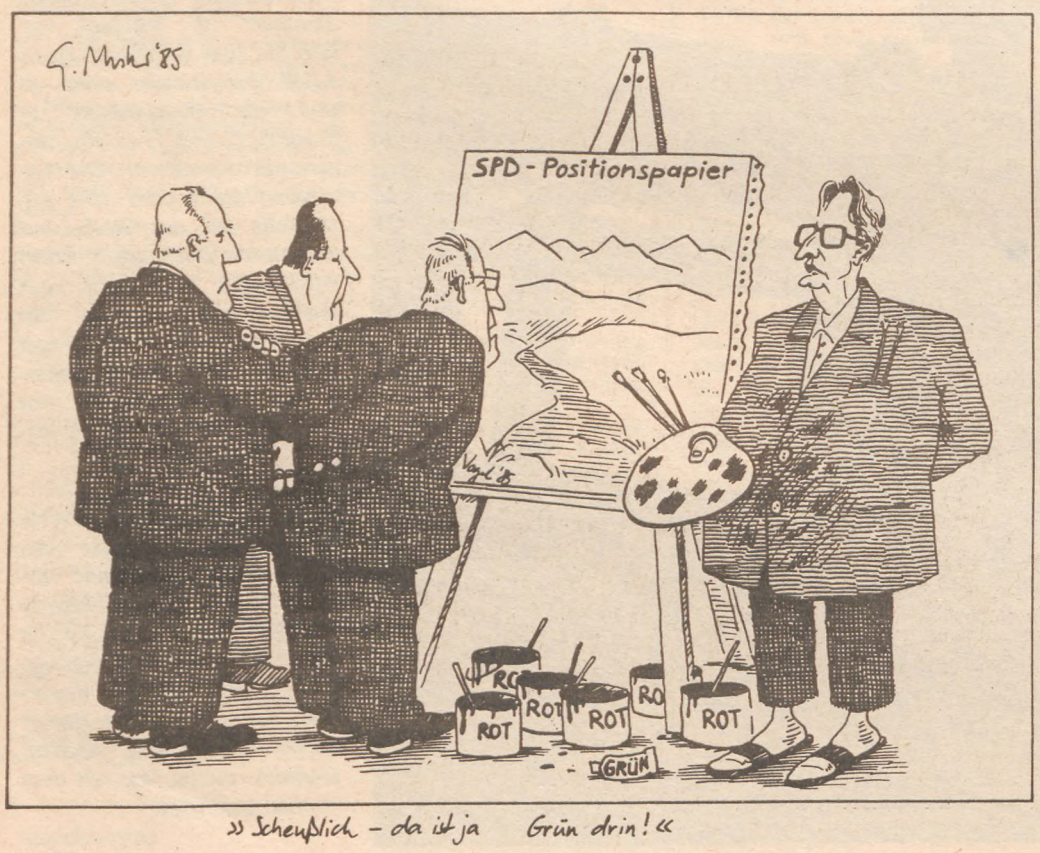
15.00 Uhr **Forums-Veranstaltungen**
Forum I
Trägerkonzepte
Forum II
Wirtschaftlichkeit und Finanzierung
Forum III
Integrierte Konzepte
Forum IV
Erarbeitung einer Infrastruktur für ökologische Haus- und Stadtsanierung

Sonntag

10.00 Uhr Zusammentragen der Ergebnisse aus den Forums-Veranstaltungen
Entwicklung weiterer Schritte und Strategien

Anmeldung und Info bei STATTwerke
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 59 04

Bitte bei der Anmeldung unbedingt angeben, ob Ihr einen Übernachtungsplatz braucht.
Teilnahmegebühr: 40 DM (für besser verdienende 80 DM)
Anmeldeschluß ist der 31. Oktober 1986



»Scheußlich – da ist ja Grün drin!«

Die kleine Projektmesse beim SPD - Parteitag

Im Inneren des Wales

Red. Ffm Parallel zum Parteitag, der Ende August in der Nürnberger Frankenhalle tagte, hatte der SPD-Parteivorstand, Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen, verschiedene Genossenschaften und selbstverwaltete Betriebe zu einer kleinen Projektmesse unter dem Motto „Gemeinsam und Selbstbestimmt" in die angrenzende Messehalle als Gäste eingeladen.

Eingerahmt wurde das Ganze von der gleichnamigen Ausstellung (vergl. Beitrag in dieser CONTRASTE-Ausgabe). Direkt nebenan der Bereich ‚Solidarität mit Arbeitslosen", wo sehr unterschiedliche Arbeitsloseninitiativen über ihre Ziele und Aktivitäten informieren. Den Großteil der Halle füllte jedoch die Parteibasis mit der Ausstellung „Lebendiger Ortsverein".

Seit nunmehr fast zwei Jahren bemüht sich die AG Genossenschaftswesen um eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens innerhalb der SPD. Deshalb hatte der Organisator Rüdiger Reitz neben selbstverwalteten Betrieben (Handwerkergenossenschaft Mannheim, blätterwald Genossenschaft und ASH Krebsmühle, beide Oberursel) auch neue Mietergenossenschaften (Rheinpreussensiedlung eG, Duisburg und Mietergenossenschaft Heimat, Frankfurt) und alte gestandene Genossenschaften (COOP Dortmund eG und Spar- und Bauverein Solingen eG), ein Ausbildungsprojekt (Werkhof Darmstadt) und die Arbeitslosenselbsthilfe - Genossenschaft Rems-Murr eG, Waiblingen eingeladen. Auch der Ökobank-Verein war – allerdings an anderer Stelle – vertreten.

„Diesem vielfältigen Erscheinungsbild entsprechend wird die SPD nicht unter sich sein, sondern sie wird sich in der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in kritischer Solidarität herausgefordert sehen, zuzuhören, zu lernen und sich politisch einzubringen. Die gleiche Dialogbereitschaft setzen wir auch bei Euch voraus." (aus dem Einladungsschreiben).

Neben vielen kleinen Gesprächen am Rande mit Delegierten und Parteitagsbesuchern stellten sich täglich Politiker, Gewerkschafter und Betriebsräte den Diskussionen mit Arbeitsloseninitiativen und Genossenschaften. Eines wurde allen Beteiligten schon zu Beginn klar: Nämlich, daß selbstverwaltete Betriebe nicht der Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit sind. Als wichtiger wurde ihr qualitativer und experimenteller Charakter betrachtet und die Erkenntnis, daß sie eine Alternative für diejenigen Arbeitslosen sein können, die bereit sind vorübergehend ein Stück ihrer sozialen und finanziellen Sicherheit aufzugeben. Die wenigsten Arbeitslosen zeigen sich wohl bereit – z.B. über eine Kapitalisierung des Arbeitslosengelds (daß sich also ein Arbeitsloser das ihm zustehende Geld zwecks Unternehmensgründung im voraus auszahlen läßt) – den Sprung ins kalte Wasser des (selbstverwalteten) Unternehmertums zu wagen.

So kam es denn auch, daß Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Leiterin der Bundesanstalt für Arbeit und SPD-Vorstandsmitglied, auf die Frage nach der Möglichkeit einer Kapitalisierung von Arbeitslosengeld und -hilfe antworten konnte, daß dies bislang von keiner gesellschaftspolitisch relevanten Gruppe gefordert worden sei.

Desungeachtet setzt der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann auf Beschäftigungseffekte Unter seiner Federführung wurde unlängst in dem Bundesland, das von Anzahl und Lautstärke der dort ansässigen selbstverwalteten Betriebe her getrost als Selbstverwaltungs - Entwicklungsland bezeichnet werden darf, die „Beratungsgesellschaft für Beschäftigungsinitiativen" (vgl. CONTRASTE, Nr. 21, 6/86) mit recht großem Aufwand ins Leben gerufen. Gerade im Ruhrgebiet sollen – mit beratender Unterstützung – durch Firmenneugründungen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Als Gewerkschafter betonte er, daß gewerkschaftliche Forderungen und Errungenschaften wie die 38-Stunden-Woche, Tariflöhne, Arbeitnehmervertretung usw. natürlich auch in den zu gründenden Beschäftigungsinitiativen und selbstverwalteten Betrieben Gültigkeit haben müssen. Zumindest für Mitarbeiter, die nicht durch Gesellschaftsvertrag Miteigentümer des Unternehmens sind. Den Einwand, daß dies in der Startphase eines selbstverwalteten Unternehmens wohl kaum realisierbar ist und daß die Mitarbeiter eines selbstverwalteten Betriebes wohl eher ein Team von Unternehmern mit alternativen Grundsätzen und Zielen als eine Gruppe von ausgebeuteten Arbeitnehmern sind, wollte er nicht gelten lassen.

Überhaupt dürfen wohl die zahlreichen Gespräche und Diskussionen mit Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären zu den Highlights dieser „Kleinen Projektmesse" gezählt werden. Es wurde deutlich, daß die Politik der Gewerkschaften von den selbstverwalteten Betrieben und Arbeitsloseninitiativen sehr wohl – z.T. auch sehr kritisch – beobachtet wird, daß aber die wenigsten Kolleginnen und Kollegen sich jemals um eine Sichtweise der Selbstverwaltungswirtschaft bemüht haben. Noch keiner hatte einen selbstverwalteten Betrieb von innen gesehen, die unbestätigten Vorurteile reichten von den „Zuständen wie zur Zeit der industriellen Revolution" über die „Entpolitisierung und individueller Ausstieg für Akademiker" bis hin zur immer wieder vermuteten „Selbstausbeutung".

Die sachlich-offene Atmosphäre, die Geduld und das im Einsteigen begriffene Interesse aller Beteiligten machten jedoch ein gegenseitiges Zuhören und Aufeinandereingehen möglich. So gelang es den Selbstverwaltern häufig, die andere Seite davon zu überzeugen, daß es verkehrt ist, die Binnenstruktur der selbstverwalteten Betriebe allein mit gewerkschaftlichen Maßstäben zu messen. Wichtige qualitative Aspekte wie die gegenseitige soziale Verantwortlichkeit und die sozialen Leistungen, die Möglichkeiten des Lern- und Entwicklungsfeldes „selbstverwalteter Betrieb", die Trennung von Lohn und Leistung, Kapitalneutralisierung usw. werden dabei außer acht gelassen. Daß eine engere Zusammenarbeit und ein häufiger Dialog sicherlich für beide Seiten vonnutzen ist, war denn auch das Ergebnis der zahlreichen Gespräche. Aktive Bemühungen, dies in die Tat umzusetzen, sind sicher nicht nur Sache der Gewerkschaften.

Neben diesen Gesprächen gab es noch eine Reihe anderer interessanter Diskussionen zu Themen wie Ökobank, Belegschaftsbetriebe, Förderpraktiken u.v.m. Über all dies umfassend zu berichten, würde sicherlich den Rahmen sprengen und mein Gedächtnis allzu stark strapazieren. Unter dem Strich läßt sich sagen, daß sich Teile der SPD – und da vor allem die aufrückende Generation der Vierzigjährigen – geöffnet haben für Ideen, wie sie von selbstverwalteten Betrieben Neuen Sozialen Bewegungen geäußert werden. Ob diese Offenheit und Lernbereitschaft innerhalb der Partei mehrheitsfähig sind, darüber waren die Meinungen denn doch sehr unterschiedlich.

Jochen Reinalda

Veranstaltung

Alte und neue Genossenschaften

Red. Heidelberg Der SPD-Vorstand veranstaltet am 29. Oktober 1986 in Bonn eine Veranstaltung zum Thema „Alte und neue Genossenschaften".

Programm:
10 Uhr Begrüßung
Hans-Ulrich Klose, MdB

Referate.
Dr. Hans-Jochen Vogel
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Klaus Weiser
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
Dr. Ulrich Steger
Minister für Wirtschaft und Technik des Landes Hessen

Pause
11.45 Uhr Aussprache
dazwischen kurze Situationsberichte von den Problemen neuer Genossenschaften
– Handwerkergenossenschaft eG, Mannheim
– Mietergenossenschaft iG Frankfurt
13.15 Uhr Mittagspause
(während der Mittagspause szenische Darstellungen, ausgeführt von Mitgliedern des mobilen Theaters Rhein-Main)

Arbeitskreise

Arbeitskreis I
Neue Genossenschaften und Prüfungsverbände
– rechtliche und finanzielle Probleme

Einführung
Oswald Paulig
Vorstandssprecher des Revisionsverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften
Walter Weinkauf
Direktor beim Genossenschaftsverband Hessen/Rheinland-Pfalz

Moderation
Magdalene Hoff, MdEP

Arbeitskreis II
Genossenschaften zwischen Markt und Politik

Einführung
Heinz Kruse

Wolfram Schorn
LtMinRat im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Land NRW
Karl Bergmann
ASH-Krebsmühle, Oberursel

Moderation
Michael Müller, MdB

Workshop:
Gemeinschaftsprojekte zwischen alten und neuen Genossenschaften

Einführung
Alfred Bußmann
Aufsichtsratsvorsitzender der Coop Dortmund eG
Dr. Dieter Hockel
DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kulturpolitik
Irene Reifenhäuser
Ingenieur- und Beratungsgesellschaft Karlsruhe

Moderation
Burghard Flieger
Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

15.30 Uhr Plenum
17.30 Uhr Ende des Forums

Kontaktanschrift:
Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen, SPD-Parteivorstand
Tel. (0228) 532 - 286
bzw. 532 - 418

4. BUNDESWEITER GESUNDHEITSTAG 1987 IN KASSEL (28. – 31. MAI 1987)

Moloch Gesundheitsapparat

Red. Heidelberg *Der Gesundheitstag in Kassel soll einerseits als* **Spiegel gesundheitspolitischer Zustände** *und andererseits als* **Forum dienen, das Anstöße für systemverändernde Handlungsperspektiven sichtbar macht.**

Voraussetzung dafür ist, daß die soziale und politische Funktion der für die Gesundheit zuständigen Wissenschaften, Instutitionen und Techniken offengelegt wird.

Was wir vorfinden, ist der Moloch eines durchrationalisierten, hochtechnisierten und auf vielfältige Weise aufgesplitterten Gesundheitsapparats, der durch immer größere Spezialisierung den Menschen in immer kleinere zu behandelnde Teile fragmentiert. Dies führt zu immens steigenden Kosten und Profiten, einem Heer zusätzlicher Gesundheitsarbeiter (1 Mio. in der BRD) immer abstrakteren Techniken, jedoch nicht zu einem allgemein besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Gesundheit ist in der kapitalistischen Gesellschaft weder ein Wert für sich, noch ein politischer Indikator für gesellschaftliche Bedingungen. So stellt die Gesundheitspolitik auch keinen eigenständigen politischen Bereich dar. Sie fungiert auf Grundlage der Sozialpolitik als Umverteilungspolitik.

Das heißt, daß sie vorwiegend wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen unterworfen ist. Damit ist auch der Charakter ihrer Organisations- und Durchsetzungsform beschreibbar:

Das Gesundheitssystem hat in erster Linie gesellschaftsstabilisierende Aufgaben. Die destruktiven Wirkungen von entfremdeten Arbeitsstrukturen sollen kompensiert werden, ohne dabei das System selber anzugreifen. Gleichzeitig sollen durch staatliche Gesundheitspolitik aktiv die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse hergestellt werden.

Dies wird geleistet über Mechanismen der Ausgrenzung und Selektion der nicht im Sinne des Systems „Funktionierenden". Gesundheitspolitik beschränkt sich somit einerseits auf die „individuelle Krankheitsbehandlung", wobei gewisse „Opferraten" in Kauf genommen werden, andererseits auf Krankheitsprävention, was zunehmend heißt: individualisierte Schuldzuweisung für Krankheit, Selbstverantwortung für Gesundheit.

Es zeigt sich, daß die spezialisierte Behandlung menschlicher Einzelteile nicht zum dauerhaften Erfolg führt. Dies liegt in der zunehmenden Komplexität der Krankheit verursachenden Faktoren. Eine Behandlung allein der Krankheitseffekte wird zunehmend ein sinnloses Unterfangen. Die Betrachtung der Voraussetzungen und Ursachen von Beschwerden innerhalb des Gesamtlebenszusammenhanges (z.B. Arbeit, Umwelt) eines betreffenden Menschen scheint somit der einzig akzeptable Weg.

Aus der gesellschaftspolitischen Perspektive betrachtet, wird **Gesundheit** somit Resultat und Indikator einer gesellschaftlichen Veränderung in Richtung auf den Abbau von Machtstrukturen durch den Einfluß bisher „ohnmächtiger" gesellschaftlicher Gruppen.

Die Utopie einer herrschaftslosen Gesellschaft wird nicht ohne gesellschaftliche Kämpfe erreicht werden können. Erst wenn die Subjekte einer Gesellschaft sich die Chancen ihrer individuellen und kollektiven Emanzipation und Autonomie auf verschiedenen Ebenen (und bestimmt auch auf verschiedenen Wegen) erarbeiten, kann Gesundheit möglich werden. Für den gesellschaftlichen Bereich Gesundheitswesen wäre die konkrete Umsetzung der Menschenrechte ein richtiger Schritt.

Krankheit, verstanden als individueller Ausdruck ungelöster gesellschaftlicher Konflikte, als Ausdruck für die Ohnmacht des Einzelnen gesellschaftlich bedingten Konflikten gegenüber, andererseits als individualisierte Zuschreibung ungelöster Konflikte (Ausgrenzung von „Anderen" wie Behinderten, psychisch Leidenden, Ausländern, Frauen, Alten...etc.) zielt auf eine Betrachtungsweise, die die Ursachen von Krankheit in den Mittelpunkt stellt, zielt auf Gesellschaftsveränderung.

Gesundheit muß einerseits erkämpft werden, über eine „Umverteilung von Macht, Möglichkeiten Mitteln, Finanzen und Einkommen" (John Mc Knight) und zwar nicht nur im Gesundheitswesen, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Gesundheit wird damit zum Indikator für die Möglichkeit des Subjekts, seine Arbeits- und Lebensumwelt aktiv zu gestalten.

Andererseits verstehen wir die Auseinandersetzung um das Gesundheitswesen auch als eine kritische Auseinandersetzung mit der bestehenden medizinischen Versorgung sowie staatlicher Präventionspolitik. Wir wehren uns gegen die Form der Prävention, die Gesundheit lediglich zur Verpflichtung für den Einzelnen macht, denn wir verstehen Krankheit innerhalb unhaltbarer Lebensumstände als eine relativ gesunde Reaktion des körperlich-seelischen Bereichs, sofern keine anderen Mittel zur Verarbeitung zur Verfügung stehen. Prävention darf somit auch nicht bei der Anpassung des Verhaltens des Einzelnen an die neu geschaffenen Umweltbedingungen durch industrielle und gesellschaftliche Sachzwänge (Bsp. AKW-Strahlung) stehenbleiben. Prävention kann nur die Abschaffung krankheitsverursachender Lebensbedingungen bedeuten.

Auch eine ökologisch nur „konservierende" Präventionsstrategie ohne Gesellschaftsanalyse, der Rückzug in gesellschaftliche Nischen mit der Hoffnung auf mehr Lebensqualität, bleibt somit bei individueller Verhaltensänderung stehen.

Das medizinische System droht neben seiner technologischen und pharmazeutischen Komponente sich zunehmend zu einem medizinisch-psychologischen Komplex auszubauen. Dies gilt auch für Wissenschaften und Therapieformen, die ursprünglich auf die Befreiung des Subjekts angelegt waren.

Das heißt, daß die Medizin sich immer ausgefeilteren Techniken der Natur- und Menschenbeherrschung bedient, ohne an Krankheitsursachen zu rütteln. Damit werden Krankheitsursachen vertuscht und die Krise der medizinischen Versorgung überdeckt.

Forderungen nach (regionalen/ambulanten) interdisziplinären Teams innerhalb der medizinischen Versorgung dürfen nicht auf immer besser funktionierende Verwertungssysteme hinauslaufen.

Der Aufbau alternativer Versorgungszentren muß parallel laufen mit der Auseinandersetzung um die Rolle und Funktion der Gesundheitsarbeit als „Reparaturwerkstatt".

Selbsthilfe als neuer Versuch der Aneignung von Expertenwissen um Krankheiten gerät vor diesem Hintergrund in die Gefahr, eine bessere „Verwaltung der eigenen Krankheit" zu leisten oder zum alternativen Dienstleistungsbetrieb zu werden, wenn sie nicht darüber hinaus die ursächlichen gesellschaftlichen Konflikte öffentlich macht und in ihre Arbeit mit einbezieht. Dies kann nur über eine Öffnung der „krankheitsbezogenen Selbsthilfegruppen" hin zu einer Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen möglich werden.

Ein Gesundheitsbegriff, der sich – wie beschrieben – nicht mit den bestehenden Vorstellungen von Medizin und Prävention in Deckung bringen läßt, muß ein entsprechend breites Fundament mit gesamtgesellschaftlichen Analysen beinhalten.

Seine Definition muß ebenfalls kompromißlos aus der Sicht der Betroffenen und der Betroffenheit erfolgen und seine Umsetzung über die sich dort zuordnenden Bewegungen finden.

Die Gesundheitsbewegung überschneidet sich dementsprechend mit großen Komponenten der medizinischen, sozialen und auf Umwelt bezogenen Bewegungen, die sich kennzeichnen lassen durch tendenziell ähnliche staats- und wirtschaftspolitische Analysen sowie einem ähnlichen Spektrum an Strategien zur Bekämpfung der angeprangerten Mißstände.

Die erhebliche Breite und Vielfalt dieser Bewegungen bringt eine Unmenge von Erkenntnissen in den jeweils von ihnen bearbeiteten Teilgebieten hervor.

Diese nach bestimmten Zeitabschnitten einem breiteren Spektrum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, darüber zu diskutieren und zu neuen Bewertungen im Rahmen und in Reflexion einer sich verändernden gesamtgesellschaftlichen Realität zu kommen, muß wesentliche Aufgabe eines **Gesundheitstages** sein.

Es wurde während der bisherigen Vorbereitungen versucht, die hauptsächlichen Arbeits- und Interessenfelder der relevanten Bewegungen zu analysieren und deren schwerpunktmäßige Umsetzung auf dem Gesundheitstag zu ermöglichen.

Zum Beispiel werden im Rahmen des Schwerpunktes Großtechnologien die Atom- und Gentechnologie wegen ihrer Aktualität eine besondere Gewichtung erfahren.

In dem bisher zum größten Teil von der Gesundheits- und Frauenbewegung getragenen Komplex der Gentechnologie soll besonderen Wert auf die Verbreitung des Wissens über bereits vorhandene Fakten sowie über die teilweise auch für Wissenschaftler/innen unüberschaubaren Auswirkungen gelegt werden. Die jetzt weiterführende Diskussion wird die Frage nach den Begleitumständen eines Moratoriums oder Stop der Gentechnologie zu klären haben.

Die Atomtechnologie soll mit der Forderung nach sofortiger Abschaltung der AKWs und der Nichterrichtung der WAA behandelt werden. Ziel ist sicherlich auch eine weitere Aufklärung der Bevölkerung sowie die Erarbeitung neuer Gegenstrategien.

Die Hochtechnisierung sowie der damit einhergehende Abbau sozialer Leistungen rücken den Sozialbereich wieder stärker ins Blickfeld gesellschaftlicher Brennpunkte.

Unter dem Stichwort Ausgrenzung soll eine Spiegelung der schnell ausufernden gesellschaftlichen Randbereiche stattfinden, die einer zunehmenden Regression ausgeliefert sind. Bereiche wie Armut, Einschränkung des Asylrechts, Ausbau von Knästen und Hochsicherheitstrakten für politische Gefangene und Drogenabhängige müssen wieder stärker ins Bewußtsein rücken.

Ein Schwerpunkt wird hierbei eine Reflexion des jahrelangen Kampfes gegen die Institutionen sozialer Kontrolle sowie die Erarbeitung neuer Strategien hierzu. Insbesondere die Forderung nach Auflösung der Psychiatrien und diese erweitert auf Heime soll mit neuem Leben gefüllt werden.

Die Durchstrukturierung der Welt nach wirtschaftlichen Interessen durch Banken, Konzerne und militärische Macht hat die 3. Welt bis kurz vor einen Kollaps gebracht. Sie wird immer mehr zum Ausgangsort kriegerischer Differenzen zwischen Ost und West. Dieser produzierte Krisenherd droht ein schneller Auslösepunkt für die hier reichlich auf Halde liegenden Horrorwaffen zu werden. Die täglich über uns schwebende Gefahr sowie die jetzigen Auswirkungen auf uns und besonders auf die Menschen in der 3. Welt verlangt nach immer deutlicherer Darstellung.

Neben vielen Arbeitsschwerpunkten unserer weitgefächerten Bewegung sollen die obengenannten vordringlich einer umfassenden Analyse unterzogen und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden.

Ziel und unsere Hoffnung für den Gesundheitstag ist neben der Analyse die Erarbeitung besserer kurz- und langfristiger Handlungsperspektiven, die auf breiter Grundlage getragen werden. Es soll dazu eine Reflexion bisheriger Strategien und Herangehensweisen stattfinden. Hauptsächlich betrifft dies die übergreifenden Begriffe „Ökologie" und „Ganzheit", deren inflationäre Benutzung eine klare Benennung und Einbindung in Gegenstrategien erschwert.

Die Teilstrategien Deinstitutionalisieren, Kommunalisieren und Vernetzen können und müssen mittlerweile auf Umsetzungseffekte hin untersucht werden.

In Kurzfassung hier noch einmal die übergreifenden Fragenkomplexe, die auf dem Gesundheitstag 1987 behandelt werden sollen:

- Was leisten die mit der Gesundheitsbewegung verbundenen Gruppierungen einschliesslich der Gewerkschaften hinsichtlich der Ursachenerklärung von Krankheit?
- Wie reihen sich die Gruppen in den herrschenden medizinischen Block ein?
- Inwieweit lassen sie sich vereinnahmen?
- Welche Wege einer Systemveränderung sehen sie?
- Welche Gemeinsamkeiten einer politischen Handlungsorientierung können gefunden werden?

Übergreifende Themenkomplexe:

Wer verwaltet wen wie wohin?

– Bestehende Praxis der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und die Suche nach neuen Modellen –

Es geht um die Kollision der Gesundheitsbewegung und ihrer Ziele mit der staatlichen Gesundheitspolitik, die sich kennzeichnen läßt durch verschärfte Sparmaßnahmen, Sozialabbau, dem Inkaufnehmen von „Opferraten", neuer Armut und der aktiven Ausgrenzung sozial schwacher und ungewünschter gesellschaftlicher Gruppen.

Welche Ansatzpunkte sehen die verschiedenen sozialen Bewegungen wie Selbsthilfebewegung, Bewegungen im Behinderten-, Alten-, Drogen-, ...bereich, die Antipsychiatriebewegung zur Verteidigung wichtiger sozialstaatlicher Funktionen. Wo sind die Ansatzpunkte zur Überwindung des bestehenden Systems und welche politischen Handlungsperspektiven ergeben sich daraus für die Gesundheitsbewegung.

Die Zukunft hat schon begonnen – ... ist überall

Zur Diskussion steht die Analyse der durch die Großtechnologien verursachten Gesundheitsgefahren. Technologische Großstrukturen wie z.B. EDV, Atomtechnologie, Gentechnologien sollen hinsichtlich der folgenden Aspekte untersucht werden.

Es geht um die politischen, ökonomischen sowie die kulturellethischen Aspekte der Großtechnologien und deren gesellschaftliche Konsequenzen auch für die 3. Welt.

Dies erfordert die Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung, der 3. Welt-Bewegung, der Anti-AKW-Bewegung.

Krankheitsauslösende Faktoren der alltäglichen Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen

Schleichende Belastungsfaktoren müssen aufgedeckt und auf ihre krankheitsauslösenden Wirkungen hin überprüft und entlarvt werden. Wesentliche Grundbedingung für Gesundheit ist die Einflußnahme der Einzelnen auf die Gestaltung der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen. Heilmethoden, die nicht im Sinne der herrschenden Medizinkonzepte auf Krankheitsgeschehen, besonders chronische Zivilisationskrankheiten eingehen, wie z.B. klinische Ökologie, Naturheilkunde, Homöopathie sollen diskutiert werden.

Der widerspenstigen Zähmung – oder patriarchale Medizin am Ende?

Analyse der linear-„logischen" Strukturen des patriarchalen Gesundheitssystems und seines Zugriffs auf den „dark kontinent" des Weiblichen /Körpers (z.B. in der Reproduktionstechnologie). Dazu die aktuelle Diskussion der Frauenbewegung.

Psyche und Gesellschaft

In den letzten Jahren ist ein gewaltiger, teils privater, teils öffentlicher Psychoboom entstanden, der auf seine politische Bedeutung und Veränderungsmöglichkeiten hinterfragt werden soll. Psychische Eigenschaften und Entfremdungszusammenhänge werden zum einen – nach wie vor – zur Ausgrenzung und Benachteiligung benutzt, sind zum anderen für Ansätze des politischen Kampfes bedeutsam (Konfliktfähigkeit, Gesamtverhältnisse, ganzheitliche Konzepte in der Praxis).

Gesellschaftliche Veränderung ist solange blockiert, wie die Veränderung nicht auch in den Subjekten stattfindet. Diese Wechselwirkung zwischen Individuen und gesellschaftlicher Veränderung muß auch von Therapieeinrichtungenberücksichtigt werden, sofern sie nicht als Herrschaftsmoment mißbraucht werden wollen.

Revolten in Theorie und Tat

– Auseinandersetzung mit konkreten Gesellschaftsbedingungen und die Standortbestimmung alternativer Gesellschaftsmodelle in Theorie und Praxis –

Untersucht werden sollen traditionelle politische Vorstellungen und Wertmaßstäbe, insbesondere die Ideologie des technisch-naturwissenschaftlichen Komplexes. Welche radikalen Widerstandskonzepte könnten dem gegenübergestellt werden und welche Übergangsstrategien sind denkbar?

Daneben sollen verschiedene Vorstellungen einer Gesellschaft der Zukunft entworfen und gegeneinander diskutiert werden. Diese utopischen Konzeptionen sollen in konkreten Handlungsstrategien einmünden.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in den anderen Themenbereichen soll z.B. die Möglichkeit eines „alternativen hegemonialen Blocks" im Sinne Gramscis diskutiert werden.

Susanna Nolden

Alle Interessierten seien hiermit aufgerufen, sich an der Vorbereitung und Gestaltung des Gesundheitstages zu beteiligen. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, wende sich bitte an:

Verein Gesundheit und Ökologie, Friedrich-Ebert-Str. 177
3500 Kassel
Tel. (0561) 3 40 00

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kultur als Standortfaktor

„Bisher wurden die staatlichen Kulturausgaben fast ausschließlich begründet mit der Schutzfunktion des Staates für tradierte kulturelle Güter und Werte der Gesellschaft, für individuelle Künstlerfreiheit und mit der Förderung der künstlerischen Kreativität. Erst langsam wächst heute das Verständnis, daß es bei der Kultur auch um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze, Umsätze, Gewinne Investitionen, kurz um Beiträge zum Sozialprodukt geht."

Mit dieser Feststellung umschreibt Senatsrat Opper die Umorientierung der Kulturpolitik des Landes Bremen gerade so, als handle es sich nach langer Orientierungslosigkeit um den rettenden Einfall zur Lösung finanzpolitischer Probleme des Kulturhaushalts. Vergessen oder in den Hintergrund gedrängt werden bei derartigen Aussagen alle emanzipatorischen Ansprüche einer Kulturförderung und Kunstvermittlung, alle Diskussionen um Mäzenatentum und seine Folgen, vehement geführt zu Beginn der 70er Jahre. Die solcherart lancierte und ansatzweise praktizierte Orientierung auf Mäzenaten und Sponsoren geht einher mit der Vorstellung, Kulturpolitik müsse als „Standortpolitik" betrieben werden. Dieser Gedanke taucht in Wedemeiers Antrittsrede auf, und er liegt dem jüngst publizierten Gutachten Prof. Traubmanns zugrunde. Nun ist diese Konzeption keine Erfindung Bremer Kulturpolitiker. In sozialdemokratischen Kreisen tauchten derartige Vorstellungen erstmals bei Klaus von Dohnany in einer Rede vor Hamburger Reedern auf, umgesetzt wurde diese Politik von der Koalitionspartnerin Helga Schuchardt.

Die erste Premiere der Hamburger Staatsoper 85/86 war „Faust", das 100.000 DM teuere Bühnenbild wurde von der Firma Phillipps gefördert. Bedauerte man zu diesem Zeitpunkt, daß der wissenschaftliche Nachweis für Kultur als wichtigen Faktor bei der Industrieansiedlung noch nicht erbracht sei, wurde diese Lücke jetzt mit dem Gutachten von Traubmann geschlossen. Wenngleich der Wissenschaftler selber auch immer wieder betont hat, Kulturförderung dürfe nicht unter diesem Gesichtspunkt allein gesehen werden, weil dabei Alternativkultur und Basisinitiativen – (und erst recht die sozialen Belange der ortsansässigen Künstler, incl. Autoren/innen - d. Red.) auf der Strecke blieben, dennoch mit dem Gutachten die Voraussetzung dafür geschaffen, daß dem Gesichtspunkt „Kultur als Standortfaktor" mehr Relevanz eingeräumt wird. Welche Folgen eine derartig orientierte Kulturpolitik haben kann, sei schlaglichtartig am Beispiel Hamburgs verdeutlicht: Beispiel „Alstervergnügen 1985" (der ehemaligen Weserlust vergleichbar) standen einst für dieses Fest 175.000 DM zur Verfügung, wurde 1985 dieser Betrag gestrichen und die Organisierung eines vergleichbaren Festes dem Hamburger Schaustellerverband übertragen. Und anstatt experimentell-interessanter und innovativer Kultur sahen die Hamburger Spielmannszüge und Schlagersternchen.

Vergleichbares konnten nun auch die Bremer anläßlich des ersten (Kommerz-) Stadtfestes Ende Mai erleben. Das Fest wurde als Erfolg verbucht, ohne daß dabei auch nur gefragt worden wäre, ob neben unterhaltender Kunst und Bratwurstbuden für ähnliche Spektakel auch noch andere Kriterien gelten könnten; angeboten wurde was 'ankommt', und daß das nicht immer das ist, was auch kulturellen Ansprüchen gerecht wird, ist dabei kein Geheimnis. Wer in dieser Weise Publikumsgeschmack 'bedient' und derartige Feste unterstützt, muß sich die Frage nach seiner kulturellen Orientierung gefallen lassen. Eine derartig orientierte Kulturpolitik, die ihre Billigung im Senat findet und die in den Sparvorschlägen Wedemeiers abgesegnet wird, wird langfristig schwerwiegende Folgen haben. Die Richtung zeigt sich im erwähnten Sparpapier an – bis 1995 sollen im Kulturbereich 19,5 Millionen DM eingespart werden, vorgeschlagen ist z.B. dort das Einfrieren des Anschaffungsetats der Stadtbibliotheken auf 800.000 DM und das Einfrieren der Etats der Theater auf den Jetzt-Stand, vorgeschlagen sind Gebührenerhöhungen in den Stadtbibliotheken und Schließung weiterer Stadtbibliotheken, die Aufgabe von Spezialsparten wie „Reiseliteratur" (die nun bekanntermaßen gerade für die Urlaubsplanung bei vielen höchst unentbehrlich ist), das Einfrieren des Stellenhaushalts im technischen und Verwaltungsbereich des Theaters usw. usw.

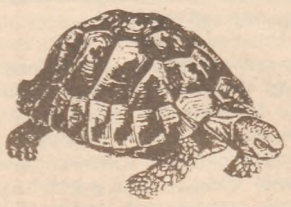
Gleichzeitig werden Initiativen, Institutionen und Einzelkünstler in immer stärkerem Maße auf „Sponsoren" orientiert und selbst bei Kulturveranstaltungen des Senats spekuliert man auf Zuschüsse aus der Wirtschaft. (Übrigens: Ergebnis einer solchen Orientierung ist auch der hohe Anzeigenteil in unserer Zeitung – selbst der geringe Betrag von 4.000 DM für 6 Ausgaben dieser Zeitung wurde nicht bewilligt - es handelt sich um die Bremer Literaturzeitung von der hier die Rede ist, die Red. Heidelberg). Hat sich gegen das Stadtfest erster Protest artikuliert, bleibt es insgesamt hinsichtlich der Kurskorrektur in der Kulturarbeit in Bremen noch merkwürdig still. In Hamburg haben die GRÜNEN gegen diese Orientierung anläßlich der Haushaltsdebatte deutlich artikuliert, wohin die Reise geht: Ihr Abgeordneter Kurt Erler hat in der Bürgerschaftsdebatte zum Kulturetat und zu dieser Konzeption insgesamt angemerkt: „Es gibt keinen haushaltsrelevanten Zusammenhang von Stadtteilkultur und Umlandkaufkraft. Den sollte es auch nicht geben. Man kann nicht bei jeder Kultureinrichtung die Hand drunterhalten. Es gibt menschliche Bedürfnisse die man nicht einfach in Beträgen ausrechnen kann und in die Standortkasse eintippen kann. Schon die Mentalität der eben zitierten Senatsvorgabe („Kultur als Standortfaktor" - d. R.) ist kulturfeindlich, läßt jedes Verständnis für Autonomie von Kunst und Kultur vermissen. Das Kulturangebot ist keine Warenpalette, die beliebig zu arrangieren ist – außer natürlich in den ohnehin schon existierenden umsatzschweren Bereichen rein kommerzieller Kultur.... Gerade die Stadtteilkultur und die Alternativkultur lassen sich doch in ihren gesellschaftlichen Funktionen nicht auf Ökonomie reduzieren. ...Der Senat kann nicht glaubhaft bestreiten, daß seine wirtschaftliche Ausrichtung der Kultur inhaltliche Zwänge schafft.

Was für auländische Manager und Nonos „Intolleranza" gilt, gilt auch für den sogenannten Kulturtourismus. Die Kasse stimmt nur dann, Kaufkraft wir nur mobilisiert, wenn erfolgreich am Konsumbedürfnis der Kulturtouristen angesetzt wird – gleichgültig ob er aus Itzehoe oder Tokio kommt. Die Repräsentationskultur für wenige und die vermeintlich 'volkstümliche' Kultur für Nordseeurlauber erzwingen beide auf ihre Weise einen inhaltlichen Zuschnitt, der die emanzipatorische Leistung von Kunst und Kultur ausschließt." Wir meinen, Recht hat er, der Abgeordnete.

aus: Bremer Literaturzeitung „skript" Nr. 3/86

Ein neuer Verlag stellt sich vor

Brandes & Apsel



Schildkröten mögen zwar langsame Tiere sein, doch haben sie gute Chancen, ein Wettrennen gegen einen flinken Hasen zu gewinnen. Wie, das erzählt Jusuf Naoum in seinen bei uns gerade erschienenen orientalischen Märchen.
Wir wollen mit niemandem um die Wette rennen – was übrigens auch die Schildkröte in Naoums Märchensammlung *Karakus* nicht will.
Wir wollen mit unserem neuen Verlag das Ziel vielmehr auf einem von uns selbst bestimmten Weg erreichen: ein anregendes Buchprogramm verlegen, Lesefreude und -spaß bereiten, Wissen vermitteln und ein wenig Mut machen, auch gegen den Strom zu schwimmen.
Wer unser Verlagsprogramm kennenlernen möchte, schreibe uns!

Brandes & Apsel
Fichardstr. 39
6000 Frankfurt 1

Das Handbuch für die Kritischen in Projekt, Politik und Publizistik

Verzeichnis der Alternativ-Presse

Die anderen Zeitungen und Zeitschriften auf 150 Seiten für 29,80 DM
Hrsg.: Informationsdienst Frankfurt und dreiex im Basis Verlag Berlin
Bestellungen an dreiex, Mehringdamm 51, 1000 Berlin 61

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Detail an der Tür des Aufgangs zu Netzwerk im Mehringhof

Filmbesprechung: „Arbeit im Mehringhof oder Wege ins Paradies"

»Ich bin nicht alternativ oder sonst was...«

Red. Heidelberg *Seit 1980 gibt es in Berlin-Kreuzberg den Mehringhof, einen Zusammenschluß alternativer Gruppen, die angetreten sind mit dem Anspruch, selbstverwaltet, selbstbestimmt und nicht in erster Linie profitorientiert sich eine neue Arbeits- und Lebenswelt zu erschliessen.*

Die Initiative zum Kauf des 5000 qm großen Fabrikgebäudes der Fotosatzfirma Berthold AG ging von der Schule für Erwachsenenbildung SfE aus, einer selbstverwalteten Tages- und Abendschule. Gemeinsam mit anderen Gruppen (ÄuK, Gesundheitsladen, Mixed Media, Netzwerk, Spektrum und STATTbuch) wurde im August 1979 der Kauf beschlossen. Der Kaufpreis – rund 2 Mio. DM – wurde von den sieben GmbH-Projekten zum Teil selbst aufgebracht, der Rest wurde über Bankkredite finanziert.

Da das Haus von den sieben Gruppen nicht voll genutzt werden konnte, kamen nach und nach andere Projekte als Mieter dazu, die den gemeinsam festgelegten Kriterien „Selbstverwaltung, keine privaten Profite, Unabhängigkeit von Staat, Kirchen und Verbänden, Mitarbeit in der Selbstverwaltung des Mehringhofs" entsprachen. Inzwischen nutzen 40 Gruppen das Gelände, die allerdings kein großes, gemeinsam organisiertes Produktionskollektiv bilden, sondern über die obligatorische Mitgliedschaft im Mieterverein des Mehringhofs ein Stimm- und Entscheidungsrecht besitzen und ansonsten unabhängig voneinander arbeiten.

Der Film stellt sieben Gruppen vor, reflektiert über Qualität und Sinn von Arbeit, vergleicht Ansprüche mit Realität, konfrontiert die einzelnen Kollektive mit Fragen, die von Betriebsräten der Fa. Berthold gestellt werden, Fragen nach dem Unterschied im Selbstverständnis eines Kollektivisten und eines Arbeiters in einer Aktiengesellschaft.

Über alte Filmaufnahmen werden Geschichte und Entwicklung der Arbeit auf dem Mehringhof-Gelände vermittelt, von der Bleibuchstabenherstellung 1930 bis zur Umstellung auf Fotosatz im Jahr 1978.

Insgesamt ein erstaunlich ruhiger Film, fast wäre ich versucht zu schreiben: In stillen Bildern .... Nein. Noch nicht.

Zunächst wird der Fahrradladen vorgestellt. Nach unendlich langen Einstellungen, Fahrräder nah, Fahrräder überall, sind wir im Laden. „Ich bin nicht alternativ oder sonst was', sagt einer der Gründer des Ladens, doch der Unterschied zu anderen Fahrradläden sei einmal der andere Umgang mit der Kundschaft, die ausführlich beraten wird, Anleitung zum Selberreparieren bekommt und auch mal was mitgehen lassen darf. Es wird zwischen vier und sechs Tage pro Woche gearbeitet bei einem Netto-Lohn von 800 Mark im Monat.

Im „Graph Druckula", dem Grafiker- und Druck-Kollektiv, leben fünf Grafiker/innen von der Arbeit im Kollektiv bei einem Lohn von 1200.– DM netto pro Monat. In der Aufbauphase des Kollektivs wurden zwischen 70 und 80 Wochenstunden gearbeitet, um dem Traum von der ganzheitlichen Arbeit näher zu kommen: die Verantwortung für ein Projekt liegt von der Auftragsannahme über Kalkulation, Herstellung und Lieferung in einer Hand, es gibt keine Zerstückelung der Arbeitsprozesse, keine Teilspezialisierung, keine Hierarchie, keinen Chef.

Im seit sieben Jahren bestehenden Ingenieur-Kollektiv „Wuseltronik" gibt es inzwischen allerdings den Wunsch oder sagen wir die Notwendigkeit nach einem „Chef", einem Koordinator. „Bei zehn Leuten muß sich zwangsläufig ein Chef herauskristallisieren wegen des Überblicks.. Am Anfang standen anarchische Modelle, der Wunsch nach familiärem Zusammensein, nach Geborgenheit in der Gruppe, doch wir haben uns mit Geburtswehen vom Bedürfnisprinzip getrennt". Das generelle Konzept der Windkraftwerk-Entwicklung zieht sich als roter Faden durchs Kollektiv, doch die Komplexität des Gesamtprojekts macht eine Aufsplitterung der Gruppe in einzelne Forschungs- und Entwicklungsgruppen unumgänglich. Dennoch besteht nach wie vor die Idee, auch im großen Bereich selbstverwaltet zu arbeiten, zu zeigen, daß dies möglich ist.

Für Menschen, die in ähnlichen Zusammenhängen wie die Gruppen im Mehringhof leben und arbeiten, wiederspiegelt der Film zum großen Teil die eigenen Erfahrungen. Den Gruppen, die sich in ähnlicher Weise zusammenschliessen wollen, macht der Film Mut, dies zu tun. Er zeigt das Machbare vom Aller-Anfang-ist-Schwer-Fahradladen bis zum hochspezialisierten Ingenieur-Kollektiv.

Der Abschiedsfilm

Ich hasse Filmkritiken. Ich hasse Filme, die ich für mich Abschiedsfilme nenne. Da wird konstatiert, resümiert, bilanziert, intellektualisiert, aussortiert, balanciert Fünf Jahre taz, fünf Jahre Mehringhof, fünf Jahre Netzwerk, fünf Jahre ichweißnichtwas. Die „Bewegung" schafft sich ihre Jubiläen. Permanenz, Kontinuität: menschliche Konstanten? Hier leider die Stille nach dem Kampf, nicht die Ruhe vor dem Sturm.

Da gab's doch mal Ende der 70er, Anfang der 80er diese „Bewegungsfilme". S-8 oder Video waren immer dabei – es könnte ja sein, daß was passiert. Zugegeben, zu sehen gab's da oft nicht viel, irgendwelche grauen Punkte auf grauflimmerndem Monitor ganz da hinten, das sollten wohl die Bullen sein. Ach ja, und da unten rechts, lag ein Pflasterstein, eben flog er durch's Bild.

Zugegeben, ich habe mich immer aufgeregt. Das soll Film sein? Zumutung, Permanenz, Kontinuität paradiesische ewige Ruhe, das sind doch ... himmlische Konstanten. Oh Verzeihung, ich bin ungerecht. Denn was, bitteschön, könnte ein Dokumentarfilmer anderes abbilden, als das was er vorfindet? Träume, die keine mehr sind? Bewegung, die es nicht mehr gibt? – Doch. Film ist Traum, Form ist Bewegung. Davon jedenfalls träume ich.

Angelika

Berlin-West 1985, 90 min. Dokumentarfilm, 16 mm und VHS-Video, Farbe, Magnetton. Verleihpreis: 200 DM / 16 mm, 80 DM / VHS-Video.
Bestellung:
Zentral Film GmbH
Friedensalle 14 - 16
2000 Hamburg 50

In der Zeit vom 15.10. bis 15.11.86 plant der Verleih mit diesem Film eine Rundfahrt durch selbstverwaltete Betriebe. Die Filmemacher (Film- und Videokoop im Mehringhof) wollen über den Film diskutieren.
Gruppen oder Einzelpersonen, die Veranstaltungen durchführen wollen, melden sich bitte bei Zentral Film GmbH 040/391676

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR

Versicherungsfachfrau/mann für selbstverwaltete agentur mit langfristiger perspektive und bereitschaft zu intensiver und offener kundenberatung gesucht. Nicht für die üblichen absahner geeignet. Wer lust auf viel arbeit hat, schreibt bitte an: KOLLEKTIVE Versicherungsagentur, Märkische Str. 53, 4000 Düsseldorf.

REIHE SELBSTVERWALTUNG

Neu

BÜCHER DER AG SPAK

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
AG SPAK M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheint zur Buchmesse 1986
pro Band ca. DM 24.–
zusammen ca. DM 39.–

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion, bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Kreditvermittlung, soziale Absicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge
- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

AG SPAK – Publikationen
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Reihe Selbstverwaltung

Graswurzel-Kalender '87

Mit Beiträgen zu Anarchismus, Feminismus, Sicherheitsgesetze, Volkszählung, Transnationalismus, Selbstverwaltung u v.m.
320 Seiten, UWS-Papier, Fadenheftung, DM 7,50
Wiederverk. (30 % Rabatt) gesucht: G. Koepf, Daimlerstr. 49, 7000 Stuttgart 50

Kleinanzeigen / Stellenanzeigen

Wir suchen eine/n Mitarbeiter/in für den Verwaltungsbereich. Wir sind ein Regionalverteiler für Naturkost und versuchen, ohne hierarchische Strukturen zu arbeiten. Wir erwarten Bereitschaft, ein dynamisches Organisationsmodell zu praktizieren und weiterzuentwickeln; Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Arbeiten; Berufserfahrung im kaufmännischen Bereich und Interesse an EDV/Programmieren. Bewerbungen bitte schriftlich bis zum 15.10.86 an:
Westpreußenstr. 32
4150 Krefeld 12

Druckerei im Süden sucht Frau oder Mann für Geschäftsführungsaufgaben. Er/sie sollte eine betriebswirtschaftlich - kaufmännische Ausbildung und besonderes Interesse oder Erfahrung im Graphischen Gewerbe haben.
Wir sind ein Kollektivbetrieb mit 14 arbeitenden Gesellschaftern und stellen vor allem Bücher und Broschüren her.
Bundschuh Druckerei und Verlag GmbH, Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg. Tel. (0761) 55 31 56

Tischlereikollektive im **Raum Hannover** gibt es wohl keine, oder? Falls doch, würde ich gern einsteigen od. Kollegen finden, die mit mir zusammen eins aufbauen.
Doris Freimann, Naunynstr. 64, 1000 Berlin 36, Tel. 030/6141185

Suche Anerkennungsstelle als Sozialarbeiterin/-pädagogin zum Herbst 1987, möglichst im Norddeutschen Raum.
Antje Gadeberg, Bürgerstr.19
2900 Oldenburg
Tel. (0441) 8 76 27

Wer hat Lust: Auswertung histor. u. aktueller Kommuneerfahrungen – unter welchen Bedingungen sind Großkommunen in der BRD erstrebenswert und wie realisierbar?
Karl-Heinz Meyer, Stettiner Str. 5, 3204 Rössing

Aktive und finanzielle Beteiligung an Tagungshaus, EB-Stelle, Kinderladen, Kinderheim etc. von Erzieher gesucht.
Hans Wulf, Humboldtstr. 125, 2000 Hamburg 76
Tel. 040/220 92 17
(Di-Fr. nicht nach 18 Uhr)

Wir (2 ♂, 2 ♀ mit Kind) suchen größeren renovierungsbedürftigen **Bauernhof,** auf dem man mit einer großen Gruppe von Menschen leben kann, mit Garten für Selbstversorgung, langfristig zu mieten. Wer uns bei der Suche behilflich sein kann schreibt oder ruft uns sehr bald an. N. Naumann, 6830 Schwetzingen, Mannheimer Str. 10, Tel. 06202/2 24 51

Videoproduktion im Rhein-Main-Gebiet. Wer macht bei GbR mit? Tel. (06151) 42 33 75 od. 71 92 65, Christian

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin: jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

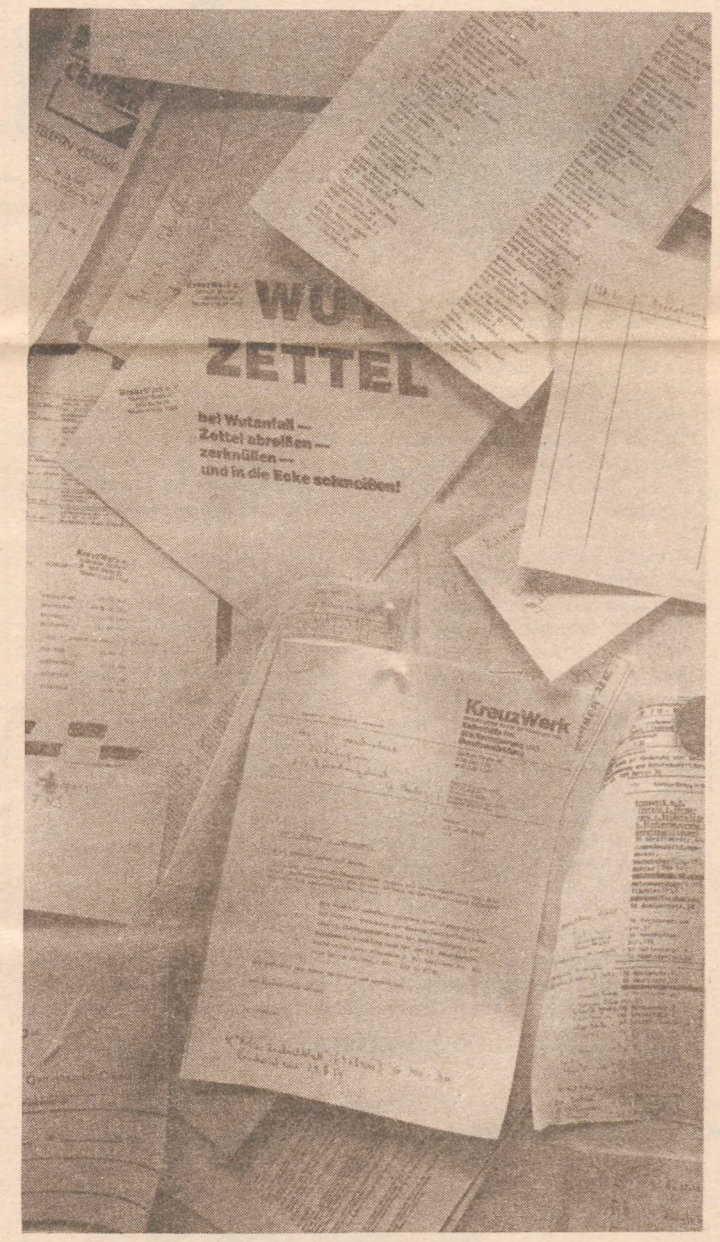
Telefon ..... Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Leserbrief

Liebe Redakteure/innen,
seit geraumer Zeit schon drängt es in mir, einen Vorschlag zur Umuntertitelung Eurer/Unserer Zeitung zu machen.
„Selbstverwaltung" ist besetzt durch Jugoslawien, die Gremien der Sozialversicherungen und die Kommunalpolitik. Es steckt auch d'rin: „Jetzt verwalten wir selbst, was andere für uns eingerichtet haben." **„Selbstorganisierung"** ist da viel breiter. Zur Komplizierung der Namensdiskussion die anschliessenden Zitate aus dem Wörterbuch der Brüder Grimm:
„man hatte gehofft, dasz die staatsbehörden durch die einführung der heutigen lokalen selbstverwaltung an geschäften und an beamten würden entbürdet werden; aber im gegentheile, die zahl der beamten und ihre geschäftslast sind durch correspondencen und frictionen mit den organen der selbstverwaltung erheblich gesteigert worden. Die 'selbstverwaltung' ist also verschärfung der bürokratie, vermehrung der beamten, ihrer macht und ihrer einmischung ins privatleben."
Bismarck, Otto von, gedanken und erinnerungen, Stuttgart 1898, Bd. 1, S. 11f.
„So ward er (Niebuhr) wie Stein ein abgesagter feind aller politischen systemsucht und fand wie ein jener den eckstein der freiheit in der Selbstverwaltung, die den bürger gewöhne mannhaft auf eigenen füszen zu stehen und das regieren... handanlegend zu lernen."
Heinr. v. Treitschke, deutsche geschichte, im neunzehnten jahrhundert, Leipzig 1879f, Band 2, S. 64.

Wolfgang Beywl



ANALPHABETISMUS TROTZ SCHULPFLICHT

Alphabetisierungskampagne in der BRD

Schätzungen zufolge liegt der Anteil der erwachsenen Analphabeten zwischen 0,75 und 5 % der Bevölkerung. Wer aus der Schule entlassen wird, ohne Lesen und Schreiben gelernt zu haben, ist weitgehend aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen. Er lebt in der ständigen Angst vor Entdeckung, diese Entdekkung bedeutet nicht nur soziale Diskriminierung, sondern gefährdet auch den schon erreichten sozialen Status.
Neben den Volkshochschulen bieten inzwischen eine Reihe von Alphabetisierungsprojekten Kurse an. In den vergangenen Wochen ist eine öffentliche Kampagne, unterstützt von den Massenmedien zugunsten der Alphabetisierung angelaufen.
Zur Buchmesse ist der Reader „Die geheiligte Schrift", herausgegeben von der HEB (Hamburger Erwachsenenbildung e.V.) bei der AG SPAK (Kistlerstr. 1, 8000 München 90) erschienen. Er stellt Projekte und Träger von Alphabetisierungsmaßnahmen mit ihren recht unterschiedlichen Bildungskonzepten vor, setzt sich mit der Situation von Betroffenen auseinander und zeigt, daß Erwachsene nicht in 'Schulen für Analphabeten' Lesen und Schreiben lernen können. Dies würde für die Analphabeten bedeuten, noch einmal dem ausgesetzt zu werden, woran sie gescheitert waren: abhängiges entfremdetes Lernen nach dem Leistungsprinzip.
Ein Buch, das nicht nur die Alphabetisierer, sondern auch alle an sozialen und pädagogischen Fragen Interessierten zu Diskussionen anregen kann (und soll)

GRASWURZELREVOLUTION NR. 109

Männergewalt

Täglich tausendfach werden Frauen von Männern bedroht, geschlagen, gequält, mißhandelt und vergewaltigt.

- Patriarchat und Militarismus
- Gewalt und Sprache
- Männer gegen Männergewalt
- Knast für Vergewaltiger!?
- Wider eine männerorientierte Gewaltfreiheit
- Der schwangere Mann

Die GRASWURZELREVOLUTION erscheint jeden Monat, ist die Zeitung des gewaltfreien Anarchismus und wird herausgegeben von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen.

Probeheft für DM 3,60 in Briefmarken bei GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

Ökonomie Alternativen 2
Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken
Wachstum bis zur Krise?
Drei Aufsätze
88 S. mit Abb., 14.80 DM

Helmut Creutz: **Wachstum bis zur Selbstzerstörung? Auswirkungen des Zinssystems.** Eine Analyse.
Dieter Suhr: **Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms.** Geldreformansätze der 30er Jahre u. Wirtschaftskrise heute.
Werner Onken: **Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld.** Dokumentation der 'Schwundgeld-Experimente' dieses Jahrhunderts.

neu

Basis Verlag
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

Ökonomie Alternativen 1
Hugo Godschalk
Die geldlose Wirtschaft
Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club
64 S. mit Abb., 14.80 DM

Ein Abriß der Geldreformbewegungen, deren Geschichte wahrscheinlich so alt ist wie die 'Erfindung' des Geldes. Godschalk weist nach, daß die alte Frage, ob Geld abgeschafft werden sollte, zwar legitim, aber auch eine Frage der Definition ist, und daß es darauf ankommt, das Geld auf seine Hauptfunktion als Tauschmittel zurückzuführen. Damit würde es seine die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschende und Krisen verursachende Rolle verlieren.

neu

Basis Verlag
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

Tagungen...Seminare...Treffen

Kultur

Wochenendseminar der „Gesellschaft für Politische Ökologie" und der „LAKS Baden-Württemberg" in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum „Goldener Anker" in Pforzheim vom 10. bis 12. Oktober 1986

Red. Heidelberg *Wo steht die freie Kulturarbeit auf dem Weg zwischen Aufbruch und Anpassung?*
Die grundsätzliche Frage nach dem Standort freier Kultur soll zuerst anhand von Modellen aus der kulturellen Praxis beleuchtet werden – Darstellung der Modelle der „Roten Fabrik" / Zürich und des „Pavillon" /Hannover).

Die These von der Erneuerung der „Kultur" von unten, in der Kommune, eröffnet Perspektiven für die Kulturarbeit der 90er Jahre, welche „von Solidarität geprägt sein wird oder nicht stattfindet" (Siegfried Hummel, Kultusdezernent der Stadt Osnabrück). Ausgehend von der Kulturszene Frankfurts weist Dr. Dieter Kramer (Wiss. Mitarbeiter im Kulturamt der Stadt Frankfurt/Main) auf das Eingebundensein von Kultur hin.

Die Problematisierung und gleichzeitige Suche nach dem Standort der Alternativen soll Rückschlüsse auf die freien Träger innerhalb der gemeinsamen politischen Kultur geben (Arno Huber, AG SPAK)

Die noch relativ unbekannte Seite freier Kultur als Wirtschaftsfaktor rundet den themenbezogenen Block ab (Rainer Frank, Zentrum für Kulturforschung/Bonn)

Artikulierung im gesellschaftlichen Bereich muß auch immer nach Umsetzung, Aggregierung im „Politischen" drängen. Und die Politiker stehen in der Verantwortung (abschließende Podiumsdiskussion mit Vertretern aus CDU, SPD, FDP und den Grünen).

Anmeldung und Information:
Goldener Anker, Bernd Kotz,
Felsenstr. 2
7530 Pforzheim-Dillweißenstein,
Tel. (07231) 7 44 33, Di-Fr 14 bis 18 Uhr

AG SPAK

KRAK
Kriminalpolitischer AK

Haftneubauprogramm Baden-Württemberg
vom 11. bis 12.10.1986
in Freiburg
Anmeldung und Information:
Öffentlichkeitsgruppe der Anlaufstelle für Strafentlassene,
Bromstr. 6
7800 Freiburg

Treffen des Kriminalpolitischen Arbeitskreises:
vom 17. bis 19.10.1986
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ)

Verbände und Netze selbstverwalteter Betriebe
vom 7. bis 9.11.1986
im Lagerhaus, Bremen
Anmeldung und Information:
Bernd Scheda
Sielpfad 27
2800 Bremen

Selbstverw. Jugendzentren

Regionale Zusammenarbeit der Jugendzentren
vom 13. bis 19,10.1986
im Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde
Anmeldung und Information:
Tiedeke Heilmann
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf

Vertretertag

Jahreshauptversammlung der AG SPAK
vom 31.10. bis 2.11.1986
in Frille
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Übergreifende Tagungen

Konzepte alternativer Bildungsarbeit
vom 24. bis 26.10.1986
in Nürnberg
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

KoBI

Im Oktober beginnen im Rahmen des Sonderprogrammes: Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze/für selbstorganisierte Betriebe und Projekte folgende Kurse:
Projektfindung
Ideen für neue Arbeitsmöglichkeiten ergeben sich aus bisherigen Erfahrungen und Qualifikationen als auch auf die Zukunft ausgerichteten Interessen. Beide Stränge sollen durch ein Ideenfindungsspiel zutage gefördert werden.
Kompaktkurs am 12. Oktober '86
Nutzungsmöglichkeiten des Computers
ab 14. Oktober 1986
Büroorganisation
ab 15. Oktober 1986
ABM-Kooperation
ab 13. Oktober 1986
Personengebundene Finanzierung
ab 4. November 1986
Fremd- und Eigenfinanzierung
ab 5. November 1986
alle Kurse finden in Dortmund statt und sind **ohne** Übernachtung und Verpflegung!
Weitere Auskünfte beim
Kommunikativen Bildungswerk
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23
Dort ist auch gegen Rückporto (–.50 DM) ein ausführliches Programmheft erhältlich.

Jugendhof Bessunger Forst

Der Jugendhof Bessunger Forst hat sein Kursprogramm für das 2. Halbjahr 1986 herausgegeben.
Es enthält eine Kursreihe mit dem Schwerpunkt **Einsatz von *Personalcomputern* in Initiativen, Vereinen, und sozialen Einrichtungen** mit folgenden drei Wochenendkursen:
19. bis 20.11. Verwaltungsvereinfachung mit PCs
5. bis 7.12. Hilfen bei der Geschäftsführung mit PCs
19. bis 21.12. Wissenschaftliches Arbeiten mit PCs
Weiterhin findet im Oktober ein **Bildungsurlaub für Frauen** statt mit dem Thema Frauen im öffentlichen Leben.
Aus Anlaß des **20-jährigen Bestehens** des Jugendhofes findet am Samstag den 6.9. ein Tagesseminar unter dem Titel: Vom bündischen Jungenleben bis zur emanzipatorischen Bildung statt. Am Sonntag den 7.9. findet von 10 bis 22 Uhr ein **Tag der offenen Tür** mit Bands, Theater, Kinderprogramm und Informationen statt. Dazu gibts natürlich auch zu Essen und zu Trinken.
Programm anfordern bei:
Jugendhof Bessunger Forst
6101 Roßdorf 1

Werkschau

Am 10. Oktober 1986 findet im Rahmen der Internationalen Filmwoche in Mannheim die WERKSCHAU des Filmbüros Baden-Württemberg statt. Gezeigt werden Filme und Videos von unabhängigen Filmemacher/innen aus ganz Baden-Württemberg, so z.B. auch der neueste Film der Medienwerkstatt Freiburg „GEISTERFAHRER - eine utopische Kolportage", die sich dreht um den Wandel oppositioneller Politik von der selbstbewußten Kraft utopischer Entwürfe zu den kleinen Schritten und Kompromissen der sogenannten Realpolitik. Die Werkschau beginnt um 11.00 h im Planken-Kino-Center, Kino 1, Mannheim..

Öko bildungswerke

„Ich sehe die Sache so"
Selbstbehauptung und Rhetorik im Alltag
vom 27. bis 31. Oktober 1986

Kreatives Töpfern - eine Hilfestellung für die Praxis
vom 3. bis 7. November 1986
Anmeldung und Information:
Ökobildungswerke
Herwarthstr. 22
5000 Köln 1

Für DM –,80 in Briefmarken gibt es das Gesamtprogramm mit Kursen, Workshops, Wochenenden zu den Bereichen Ökologie, Atom, Geschichte, 3. Welt, Sprachen, Körperarbeit und Kreativität

Frauennetzwerk

Frauenprojekte
– Frauenmacht – Frauenland
Vom 24. bis 26. 10.1986 veranstaltet das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation einen bundesweiten Kongreß zur autonomen Frauenpolitik, selbstbestimmten Frauenarbeit und Ausweitung von Frauenräumen. Veranstaltungsort: Zeche Carl (a), Hömannstr. 10 in 4300 Essen-Altenessen.
Parallel zu dem Kongreß finden Infobörse, Kunsthandwerkerinnenmarkt und eine Postersession statt.
Samstag, 25.10. ab 20 Uhr Frauenfest mit dem Fantastischen Da*menensemble. Eintritt: 7.– DM*
Anmeldung (bis 15.10.) und Infos zum Kongreß bei:
Gisela Netzeband
Maybachstr. 1
4800 Bielefeld

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Lokaler Hörfunk
Lokalradio in Theorie und Praxis Bildungsurlaub!
vom 6. bis 10. Oktober 1986

Sozialfotografie
Workshop: Endbearbeitung und Präsentation
vom 10. bis 12. Oktober 1986

Bewegung und Bewegungstherapie mit Kindern
Bildungsurlaub
vom 22. bis 24. Oktober 1986

Yoga für den Alltag
vom 24. bis 26.10.86

Die Geschichte vom pfiffigen Peter und der Faden Anna
oder: Männer handeln, Frauen kommen vor – ein Seminar zum Rollenverständnis in Bilderbüchern
vom 31.10. bis 2.11.1986

Praktische Videoarbeit in der Schule
Videoproduktionen und Unterrichtsreihen in Projektwochen
Bildungsurlaub!
vom 3. bis 7. November 1986

Computerkids, Hacker und Cracker
Computer im Kinderalltag – eine neue Kinderkultur?
vom 3. bis 7. November 1986

Kleider machen Leute
Textilwirtschaft hier und in der „dritten" Welt
vom 8. bis 9. November 1986

Chirologie – die Kunst des Handlesens
Einführung in die wichtigsten Erfahrungsregeln
vom 7. bis 9. November 1986
Anmeldung und Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 67 46 63

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Sozialarbeit?

Läßt sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auch in der Sozialarbeit feststellen? Und wenn ja wie sieht sie aus? Wie wird sie hergestellt? Wie von Frauen erlebt? Soll man/frau sie abbauen oder selbstbewußt vertreten und stärken?
vom 10. bis 12. Oktober 1986
Anmeldung und Information:
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
6460 Gelnhausen

Alte Molkerei Frille

Frauenleben heute
Erwerblosigkeit von Frauen, Gentechnologie, Technologiewahnsinn. Was müssen Frauen dagegen tun?
vom 3. bis 5. Oktober 1986
Arbeitsplätze selber schaffen
Ein Seminar für Leute, die ein Projekt planen und Wissen über Finanzierung, Rechtsformen, Kooperationsstrukturen usw. brauchen.
vom 10. bis 12. Oktober 1986
Berufsausbildung ja-bitte, aber mit Arbeitsplatzzukunft!
Teil II, für Mitarbeiter/innen aus Aus- und Weiterbildungsprojekten.
Anmeldung und Information:
HVHS Frille
Freithof 16
4953 Petershagen
Tel. (05702) 97 71

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Baufachfrauentreffen
Fr., 30.10. bis So., 2.11.86
Kosten: 50 bis 70 DM

Einführung in gebrauchsgrafisches Arbeiten
So., 2. bis Fr., 7.11.86
Kosten: 200 bis 300 DM

Zukunftswerkstatt: Arbeitsplatz
Fr., 7. bis So., 9.11.86
Kosten: 100 bis 200 DM

Buchführung, Lohnbuchhaltung, Kalkulation und Steuern für selbstverwaltete Projekte
So., 9. bis Fr., 14.11.86
Kosten: 200 bis 300 DM

Frauenbewegung und Ökologie Politische Strategien und praktische Handlungsmöglichkeiten
Fr., 14. bis So., 16.11.86
Kosten: 100 bis 200 DM

Selbsterfahrung für Lesben
So., 16. bis Fr., 21.11.86
Kosten: 200 bis 300 DM

Ist CONTRASTE immer pünktlich?

Wir wollen unsere Abo-Vertriebswege überprüfen.
Wenn CONTRASTE nicht pünktlich ist, laßt es uns wissen.
Wir gehen Eurer Beschwerde nach, und werden für eine regelmäßige Belieferung sorgen.
Schickt Eure Beschwerde an:
STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Abo-Nr. (lt. Adressaufkleber)

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

Tel.: . . . . . .

CONTRASTE kam in folgenden Monaten unpünktlich:

. . . . . .

CONTRASTE kam in folgenden Monaten garnicht:

. . . . . .

Andere Unregelmäßigkeiten: . . . . . .

. . . . . .

. . . . . .

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Kerstin Schmidt, ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.